BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Juli 1961 DM 2,–
Postverlagsort Köln - G 1800 E

INHALT

- Die Lage
  Im Mittelpunkt: Sicherheit und Frieden für Deutschland S. 595
- Dr. Richard Werner, Gedankenkonstruktionen kontra Abrüstung S. 603
- Dr. Hermann Rauschning, Im Schatten des Nationalsozialismus (2) S. 611
- Klaus Ehrler, M. A., CDU — Ursprung und Metamorphose S. 624
- Prof. Dr. Erich Kahler (USA), Kapitalismus, Sozialismus und der Weltfriede S. 632
- Vikar Albrecht Bausch, Christliche Rechtfertigungen? S. 643
- Dipl.-Kfm. Dr. Erwin Flaschberger (Salzburg), Südtirol und Europa S. 649
- E. S. Sachs (London), Dr. Verwoerds Republik S. 655
- Anmerkungen, Glossen, Zuschriften (u. a. Grüber, Heuss und die Emigrantenfrage) S. 661
- Buchbesprechungen S. 672
- Dokumente zum Zeitgeschehen (u. a. MdB Behrischs Deutschland-Vorschläge) S. 675

HERAUSGEBER:

Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

VI. Jahrgang Heft 7

In Vorbereitung sind u. a. folgende Aufsätze:

General a. D. Dr. Franz Beyer:
Zur Frage der Internationalen Polizeitruppe

Manfred Clemenz:
Akademische Freiheit im Würgegriff

Lorenz Knorr:
Der Kalte Krieg und der entpersonifizierte Mensch

Peter Loewenberg (USA):
Nonkonformismus in den USA

Prof. Dr. med. Heinrich Meng (Basel):
„Zauberdroge" Frieden

Pfarrer Werner Stroh:
Was soll werden?

Dipl.-Volkswirt Alfons Vogel:
Abrüstung und Weltwirtschaft

Der für dieses Heft angekündigte zweite Kuba-Aufsatz von Dr. Achim v. Borries muß wegen Raummangels auf August verschoben werden.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf von Westphalen.
Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim. Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.
Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, Telefon 21 53 36; Postscheckkonto Köln 65 14; Bankverbindung: Deutsche Bank, Köln.
Erscheinungsweise Anfang jeden Monats zum Preise von DM 2,—, zuzüglich DM —,15 Porto oder DM —,03 Postzustellgebühr.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe.
Sprechstunde der Redaktion: Montags von 15 bis 17 Uhr.
Druck: Franz W. Wesel, Druckhaus, Baden-Baden. Printed in Germany.

BLÄTTER

FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

HERAUSGEBER: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf v. Westphalen

VI. Jahrgang | **Juli 1961** | **Heft 7**

Die Lage

Im Mittelpunkt: Sicherheit und Frieden für Deutschland

Die Aufgabe jeglicher Diplomatie ist es, vorausschauende Lösungen zu finden, um Engpässe zu vermeiden, in denen die Wahl nur noch Kapitulation oder Selbstmord heißt ... Berlin ist das hervorstechendste Beispiel einer Lage, die ... eine Sackgasse werden könnte, in der für jede Seite die Wahl nur noch Kapitulation oder Selbstmord wäre.
Walter Lippmann in New York Herald Tribune, Anfang Juni 1961.

Die Wiener Konferenz zwischen Präsident Kennedy und Ministerpräsident Chrustschow — deren plötzliches Zustandekommen unter allen Interessenten des Kalten Krieges nur schlecht verhohlene Bestürzung auslöste — ist, so viel weiß die Welt heute mit Bestimmtheit, anders verlaufen, als es unserer Öffentlichkeit von amtlicher und halbamtlicher Seite prophezeit worden war. Es handelte sich bei diesem Treffen weder um jenes harmlose „persönliche Kennenlernen", von dem Dr. Adenauer zu seinen Anhängern begütigend gesprochen hatte, noch auch darum, daß Präsident Kennedy die Gelegenheit des „persönlichen Kennenlernens" wahrzunehmen gedenke, um dem „Herrn des Kreml" mit aller gebotenen Klarheit auseinanderzusetzen, wie weit er an irgendeinem Punkt der Erde gerade noch gehen dürfe, wenn er von den USA nicht auf die Finger geklopft zu bekommen wünsche. Mit anderen Worten: Von bestimmter Seite sollte unserer Öffentlichkeit weisgemacht werden, Kennedy werde Chrustschow in Wien sozusagen zum Rapport antreten lassen.

Heute weiß die Welt, daß es sich bei diesem Zweiergespräch der Vertreter der beiden stärksten Mächtegruppierungen der Welt um eine Gipfelkonferenz von höchster politischer Brisanz und, zumindest was die Deutschlandfrage betrifft, wahrscheinlich um einen Wendepunkt in der Zeitgeschichte gehandelt hat. Und nach alledem, was von der Wiener Konferenz inzwischen bekannt geworden ist, wird heute auch niemand mehr zu behaupten wagen, der Regierungschef der Sowjetunion habe in Wien die Rolle desjenigen gespielt, der gekommen war, um sich die Leviten lesen zu lassen. Eher war es schon umgekehrt: In der überraschenden Überreichung des neuesten Deutschland-Memorandums der Sowjetregierung bekundete sich nicht nur ein weiteres Mal die sowjetische Entschlossenheit, „die Reste des Zweiten Weltkrieges auf deutschem Boden zu liquidieren", sondern auch die offenkundige Überzeugung, daß die Zeiten der militärischen und machtpolitischen Überlegenheit der USA vorbei sind.

Der Leser findet im Dokumentationsteil dieser Ausgabe das Deutschland-Memo-

randum, ebenso wie einige andere wichtige Dokumente zu dieser Frage, im Wortlaut wieder. Wir können es uns daher ersparen, an dieser Stelle auf Einzelheiten einzugehen. Entscheidend ist: Die Deutschland-Frage — und mit ihr das Problem Westberlin — ist seit der Wiener Konferenz in ein neues, möglicherweise entscheidendes, auf alle Fälle aber sehr ernstes Stadium eingetreten. Nicht zum ersten Male haben die Sowjets darauf hingewiesen, daß es unerläßlich sei, mit Deutschland Frieden zu schließen, — doch haben sie es bisher nie in einem so ernsten, entschlossenen Ton gesagt wie in ihrem Wiener Deutschland-Memorandum und in all den anderen bekannten Erklärungen nach der Wiener Konferenz. Wer, wie zum Beispiel der Leitartikler Benno Reifenberg von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, angesichts dieser Lage glaubt, es komme jetzt „für uns" nur darauf an, „die Nerven nicht zu verlieren", sondern uns ruhig darauf zu verlassen, daß der Kalte Krieg, der bisher immer gut gegangen sei, auch weiterhin gut gehen werde, — wer jetzt noch glaubt und andere glauben machen will, wir brauchten immer noch nichts weiter zu tun, als „hart" zu bleiben und das Kopfzerbrechen über politische Lösungen getrost anderen zu überlassen, der versucht, genau jene Bonner Illusionspolitik, die uns bis hierher gebracht hat, unbelehrbar und mit nihilistischer Sturheit solange fortzusetzen, bis es wirklich nur noch die Alternative „Kapitulation oder Selbstmord" gibt.

Nachdem Chrustschow im Herbst 1958 jene, man könnte sagen zweite Phase seiner Berlin-Politik eröffnet hatte, die bis zur Wiener Konferenz andauerte und nun von einer gesteigerten dritten abgelöst worden ist, schrieb Hermann Rauschning, einer der bedeutsamsten deutschen politischen Publizisten unserer Tage, in diesen „Blättern" unter anderem:

„Die Bundesregierung und die Westmächte stehen gewiß vor schweren Entscheidungen, die unter Umständen bereits die unsichtbare Entscheidung über einen nahen Krieg oder einen noch möglichen dauernden Frieden in sich bergen. Das große Versäumnis der Jahre 1953/55 in den kommenden Monaten noch einmal wiederholen zu wollen, hieße die Wiedererstehung Deutschlands endgültig zu verscherzen. Die Deutschen sollen in dem russischen Vorstoß in der Berliner Frage nicht einen unfreundlichen Akt sehen, sondern einen Ansatzpunkt für eine schrittweise Lösung ihrer Schicksalsfragen. Es ist die Chance, die vermutlich letzte Chance, eine Lösung der deutschen Frage doch noch zu Bedingungen zu erlangen, die ihnen erlauben, eine bedeutsame und selbständige Funktion im Kreise der Nationen auszuüben."

Gottseidank, in einem Punkt irrte Rauschning damals: Die von ihm erwähnten „kommenden Monate" blieben nicht die letzte Chance. Die russische „Härte" manifestierte sich bisher vor allem im Zuwarten. Auch diesmal wird es nicht von heute auf morgen jenen „großen Knall" geben, der alle Probleme über Nacht aus der Welt schaffen könnte, aber: Die Uhr tickt wieder. Gleichviel, ob das „halbe Jahr", das Chrustschow nun genannt hat, genau aus sechs oder aus ein paar Monaten mehr bestehen wird, gleichviel auch, ob die Formulierung „noch in diesem Jahr" buchstäblich oder elastisch gemeint war: der Friedensvertrag wird kommen! Die Frage ist nur: Wird er auch mit der Bundesregierung, ohne die Bundesregierung, oder gar gegen die Bundesregierung abgeschlossen werden.

Wenn die „New York Times" schreiben: „Es gibt nichts, was die Westmächte tun könnten, um die Sowjets vom Abschluß ihres Separat-Friedensvertrages mit ihren eigenen Agenten in Ostdeutschland abzuhalten", so wird hier jedem Bundesbürger unbarmherzig klar gemacht, wohin Adenauers Neinsager-Politik uns geführt hat: in jene lähmende Isolierung, die uns jedes politische Mittel entfallen ließ, auf die Entwicklung im anderen deutschen Teilstaat einzuwirken. Wer nicht verhandeln will, kann in der Konsequenz auch nicht mehr handeln.

Doch ist es dazu auch heute noch nicht zu spät. Von Dr. Adenauers Märchen, seine „Politik der Stärke" werde uns die Wiedervereinigung bringen, ist zweierlei übriggeblieben: einmal der offenkundige Beweis, daß gerade diese Politik uns mehr als ein Jahrzehnt lang Tag für Tag weiter von der Wiedervereinigung abgetrieben hat, zum anderen aber auch die im deutschen Volk immer mehr um sich greifende Erkenntnis, daß erst Frieden geschlossen werden muß, bevor eine neue Entwicklung auf die Wiedervereinigung hin denkbar ist.

Es ist weder unsere Aufgabe noch unsere Absicht, die Interessen der Sowjetunion zu vertreten. Immerhin muß jeder vernünftige Mensch in Deutschland einsehen, daß Hitlers meuschlerischer, vertragsbrüchiger, mörderischer Überfall auf die Sowjetunion Tatsachen und Veränderungen zur Folge hatte und daß jedes Polemisieren gegen sie nur im Rahmen jener Möglichkeiten einen Sinne hat, die von Hitlers Aggressionskrieg geschaffen wurden.

Es geht nicht um das sowjetische, es geht um das deutsche Interesse. Der Anspruch des Siegers im Osten auf Sicherstellung jener Ergebnisse, die der verloren gegangene Krieg eines größenwahnsinnig gewordenen „Dritten Reiches" ihm in den Schoß hat fallen lassen, kann von uns ebenso wenig bestritten werden, wie wir den Siegern im Westen ihre Ansprüche streitig machen konnten, — und doch geht es nicht in erster Linie um diese Ansprüche, sondern vor allem um uns Deutsche selbst, um unsere eigene Zukunft, um unsere eigenen Ansprüche.

Zu deren Befriedigung gehört in dieser geschichtlichen Stunde vor allem der Abschluß eines Friedensvertrages. Das verlangt unser wohlverstandenes eigenes politisches Interesse und unsere militärische Sicherheit, das verlangt die Welt von uns als Beitrag zum Frieden, und das verlangt unser nationales Prestige — das erst wieder Geltung und Würde bekommen kann, wenn es sich auf der Grundlage der veränderten Weltsituation erneuert.

In den nächsten Monaten sind alle Anstrengungen darauf zu konzentrieren, daß auch die Bundesrepublik ihren Friedensvertrag erhält. Das wäre endlich einmal positive „Gemeinsame Außenpolitik". Es ist nicht so, daß wir uns dabei einem „Diktat" zu beugen hätten; niemand denkt daran, die Souveränität der Bundesrepublik anzutasten, niemand verlangt von uns Gebietsabtretungen oder Reparationen; um was es geht, ist nicht ein zweites „Versailles", sondern das längst fällig gewordene Ziehen des Schlußstriches unter den vor sechzehn Jahren zu Ende gegangenen Zweiten Weltkrieg, den es durch einen Friedensvertrag endgültig zu bannen gilt, damit er nicht noch länger wie ein unerlöstes Gespenst durch die Nachkriegsgeschichte geistert, Gift und Unsicherheit um sich verbreitend, die Entwicklung hemmend, — nicht in Deutschland allein. Nur Wahnsinnige können noch glauben, die 1945 eingetretenen Tatsachen könnten anders als durch Gewalt wieder aus der Welt geschafft werden; Gewalt aber hieße Krieg, und Krieg hieße Untergang. Das deutsche Volk will aber nicht untergehen, es will leben, es will friedlich arbeiten, es will seinen Kindern die Zukunft sichern, es will der Welt beweisen, daß es aus der Geschichte gelernt hat, und es will all denen im östlichen wie im westlichen Ausland, die immer noch an seiner Friedfertigkeit zweifeln, zeigen, daß es aus einem Volk von Militaristen zu einem Volk von Zivilisten geworden ist.

1945 stand unser Volk in der Stunde Null; heute steht es in einer Stunde kurz vor Zwölf. Damals war es von übermächtigen Kräften angehalten, Opfer zu bringen; heute kommt es für das deutsche Volk darauf an, weitere Opfer zu vermeiden. Damals hätte kein Deutscher auf den Gedanken kommen können, von den Siegern einen Friedensvertrag zu verlangen; heute ist ein solches Verlangen gerechtfertigt und aktuell. Die Bildung zweier deutscher Teilstaaten — so schmerz-

lich sie für unsere Generation ist — hat niemand verhindern können; niemand kann heute eine andere Möglichkeit sehen, sie eines Tages wieder aus der Welt zu schaffen o h n e den vorherigen Abschluß eines Friedensvertrages, der, mag er nun von beiden Regierungen zugleich oder getrennt abgeschlossen werden und dem Text nach gleichlautend oder verschieden sein, in der Perspektive eine wie auch immer geartete und wie langsam sich auch immer vollziehende Annäherung Deutschlands an Deutschland ermöglicht.

Nur eine in einem Friedensvertrag fixierte Entspannung kann den Weg zu einer deutschen Wiedervereinigung überhaupt noch erkennen lassen. Wenn Ministerpräsident Chrustschow anbietet, die Bundesrepublik könne auch nach Abschluß eines Friedensvertrages ruhig weiter in der NATO und die DDR weiter im Warschauer Pakt verbleiben, so glauben wir demgegenüber, daß solche Bindungen auf die Dauer nicht zu rechtfertigen wären. Wir können uns die Wiedervereinigung — an deren Anfang der Friedensvertrag zu stehen hat — nur vorstellen im Zustande militärischer Neutralität für beide deutsche Teilstaaten, also im Zustande der Befreiung von Bindungen an einen einseitigen Militärpakt. Nur auf dieser Basis ist es auch möglich, volle Souveränität zu erlangen und das nach einem Friedensvertrag wahrscheinlich werdende gleichberechtigte Auftreten zweier deutscher Delegationen in der UNO von Belastungen freizumachen. Wir sind aufgerufen, im Friedensvertrag die Grenzen aller Nachbarstaaten mit zu garantieren — als Gegenleistung hätten wir gerechtfertigten Anspruch darauf, umgekehrt auch unsere Grenzen von allen Unterzeichnerstaaten garantieren zu lassen (was sie bis jetzt von keiner Seite her sind!). Deutschland ohne Friedensvertrag oder ein deutscher Teilstaat mit einem Friedensvertrag nur von e i n e r Mächtegruppe her — das würde bedeuten, daß unser Land auch weiterhin ein internationales Spannungsfeld ersten Ranges und ein latenter Krisenherd bliebe; erst ein Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten könnte den Weltmächten die Zusicherung abverlangen, Deutschland aus seinem besonderen Engagement im Kalten Krieg zu entlassen, Deutschland sozusagen sich selbst zurückzugeben und es in die Lage zu versetzen, aus der Kraft positiver, aktiver Neutralität aufbauend und friedensfördernd in die Welt hinauszuwirken. Und erst ein solcher Friedensvertrag könnte uns in der Bundesrepublik jene Sicherheit garantieren, die wir zur ruhigen Fortentwicklung unserer blühenden Wirtschaft benötigen (und die wir bis heute nicht haben).

Die Entwicklung seit der Wiener Konferenz hat Deutschland in den Mittelpunkt des Weltinteresses gerückt. Da ist es für uns Deutsche gestattet, aber auch höchste Zeit, uns vor allem auf unsere nationalen Interessen zu besinnen. Diese haben im Vordergrund zu stehen, wenn wir nach einem Friedensvertrag verlangen, der, von der Anerkennung längst vollzogener Tatsachen ausgehend, unter eine für unser Volk unselige Vergangenheit einen Strich zieht und den Weg in eine gesicherte, auf Frieden begründete Zukunft öffnet. Dieser Tage trafen sich in Frankfurt über vierhundert unabhängige Männer und Frauen aus allen Teilen der Bundesrepublik zu einer politischen Diskussion, als deren Ergebnis eine Erklärung veröffentlicht wurde, aus der wir folgende Kernsätze zitieren:

„Sache der Bundesregierung wäre es, im Interesse des deutschen Volkes nachdrücklich auf eine allgemeine kontrollierte Abrüstung in der Welt zu drängen und selbst einen Beitrag hierzu zu leisten. Die Bundesregierung bleibt jedoch in dieser Sache offensichtlich untätig. Deshalb unterbreiten wir den Bürgern der Bundesrepublik folgenden Vorschlag für einen deutschen Beitrag zur Abrüstung und einen ersten Schritt zu einer Entspannungspolitik in Mitteleuropa:

Verzicht beider deutscher Teilstaaten auf atomare Waffen; Vereinbarungen beider deutscher Teilstaaten mit ihren jeweiligen Bündnispartnern, die auf deut-

schem Territorium stationierten fremden Truppen nicht atomar auszurüsten; Rüstungsstop und Begrenzung konventioneller Bewaffnung in beiden deutschen Teilstaaten; Garantie der vier Großmächte für diesen militärischen Status deutschen Territoriums. Eine solche Politik würde Notstandspläne überflüssig machen und die materiellen Kräfte unseres Volkes auf soziale und kulturelle Leistung hinlenken. Eine solche Politik ist überdies der einzige wirkliche Weg, um Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands zu schaffen." Unterzeichnet wurde diese Erklärung von den Professoren Dr. Heinrich Düker, Marburg, D. Heinrich Vogel, Berlin, D. Ernst Wolf, Göttingen, den Schriftstellern Stefan Andres und Erich Kästner, dem Bühnen-Regisseur Heinz Hilpert, den Kirchenführern D. Martin Niemöller und D. D. Heinz Kloppenburg, von Dr. Arno Klönne und anderen mehr.

Alle solche Vorschläge — die von einer erfreulichen politischen Aktivität künden und jedenfalls mehr Gedankenarbeit und Verantwortung für Deutschlands Zukunft verraten, als wir sie von unserer Bundesregierung und vom Bundestag präsentiert bekommen — münden auch dort, wo es nicht ausgesprochen wird, in die Forderung nach einem Friedensvertrag. Denn nur ein solcher kann die aus der Vergangenheit zurückgebliebenen Hemmnisse auf dem Wege zu einer besseren Zukunft beseitigen und die Garantie bieten, daß diese bessere Zukunft sich ungestört entfalten kann.

„Bonns Blütenträume reifen nicht . . ."

Chrustschow hat Kennedy in Wien kein Ultimatum gestellt. Vielleicht konnte er das nicht, vielleicht wollte er es nicht; jedenfalls hat er es nicht getan. Ihm kommt es auf Verhandlungen an, und für Verhandlungen sind Ultimaten ein schlechter Hintergrund. Umgekehrt gilt, daß auch der Westen nicht in der Lage wäre, den Sowjets, beispielsweise in der Berlin-Frage, ein Ultimatum zu stellen. Dafür ist das Gleichgewicht der Kräfte schon zu offenkundig geworden. Der Raum für Verhandlungen ist offen geblieben — doch muß er jetzt auch betreten werden. Und man wird ihn betreten; es wird über Westberlin verhandelt werden — entweder mit, ohne oder gar gegen Konrad Adenauer. Kennedy weiß so gut wie Chrustschow, daß schon der erste Schuß in Berlin — ganz gleich, wer ihn abfeuert oder wem er in der Aufregung „passiert" — wenige Stunden später, auch ganz woanders als nur in Berlin, im apokalyptischen Getöse der Wasserstoffbombe widerhallen kann. Darum wird er verhandeln — auch wenn er jetzt vor der Öffentlichkeit Erklärungen abgibt, die anders klingen. Und wenn MacMillan erwägt, seine für September geplante Fern-Ost-Reise abzusagen, weil sich „während dieser Zeit die Berlin-Krise vermutlich zuspitzen" wird, so glauben wir eher, daß er dann mehr von Berlin-Verhandlungen als von einem Berlin-Krieg in Anspruch genommen sein wird. Dunkler erscheint die Haltung de Gaulles; er, der als erster westlicher Staatsmann erklärt hat, Deutschlands Ostgrenzen seien zu respektieren, und der schon eine Reihe außerordentlich starker Verdachtsmomente dafür geliefert hat, daß ihm an der deutschen Wiedervereinigung nicht das geringste liegt, hat vor wenigen Tagen die Verlegung einer französischen Division von Algerien nach Frankreich angekündigt, mit der Begründung, die Berlin-Krise könne „über Europa Gefahren heraufziehen" lassen. Wir vermuten, daß es sich hierbei eher um eine Aktion im Rahmen des französisch-algerischen Dramas — eventuell mit dem psychologischen Nebeneffekt einer Beruhigung für Konrad Adenauer — als um eine erste Ankündigung dafür handelt, daß ausgerechnet die Franzosen bereit wären, für Berlin zu sterben.

Unsere Überzeugung, daß über Berlin verhandelt werden wird, stützt sich nicht zuletzt auf die von Chrustschow abgegebene Garantie, daß in einem separaten

Friedensvertrag mit der DDR die Rechte der Westmächte auf freien Zugang nach Berlin verankert sein würden. Auch steht in eingeweihten Kreisen so gut wie fest, daß die am 19. Juni aufgenommenen Gespräche des sowjetischen UN-Delegierten S o r i n mit dem Abrüstungsbeauftragten Kennedys, M c C l o y , sich nicht auf die eigentliche Tagesordnung — nämlich auf die Erörterung rein verfahrenstechnischer Möglichkeiten zur Weiterführung der Abrüstungsgespräche — beschränken, sondern als „Keimzelle zu kommenden Ost-West-Konferenzen", natürlich auch über Deutschland und Berlin, anzusehen sind. Es versteht sich von selbst, daß Kennedy seinem Beauftragten ein solches Mandat nicht ohne Abstimmung mit seinen Alliierten erteilen würde.

Was geschieht demgegenüber in Bonn? Statt nach Veröffentlichung des Deutschland-Memorandums, und wenn schon nicht sofort (denn in Bonn schaltet man nicht schnell), so doch wenigstens nach den inzwischen wiederholt stattgefundenen, unmißverständlichen Bekräftigungen der sowjetischen Entschlossenheit, eine außenpolitische Debatte im Bundestag zu veranstalten — die nie so dringend gewesen wäre wie jetzt —, sind unsere Volksvertreter anscheinend durch kein Ereignis davon abzubringen, in die Ferien zu fahren. Und das Bundeskabinett zeigt ein weiteres Mal, daß es entschlossen bleibt, die Suche nach politischen Lösungen, die dem Besten des deutschen Volkes dienen, anderen zu überlassen: das scheinbar großherzige Angebot, Lebensmittel „in die Zone " zu liefern, kann nur als Versuch verstanden werden, die Bevölkerung der DDR gegen ihre Regierung aufzubringen; denn daß diese Regierung Hilfe aus Bonn, und wenn es Gold wäre, nicht annehmen k a n n , solange man mit ihr nicht verhandelt und sie nicht als bestehend anerkennt, liegt auf Hand. Das ist nicht Politik — das ist gefährliche Abenteuerei. Wie es auch immer gemeint gewesen sei — es muß die andere Seite gerade zu diesem Zeitpunkt zu dem Schluß kommen lassen, die Bundesregierung habe als einzigen eigenen Beitrag zu den politischen Auseinandersetzungen der kommenden Monate nichts weiter anzubieten als eine Neuauflage des Kalten Krieges. „Bonns Blütenträume reifen nicht. Der Bundeskanzler wünschte anscheinend, die brennenden Fragen der Deutschland-Politik möglichst bis nach den Bundestagswahlen auf Eis zu legen, um während der zu erwartenden innenpolitischen Auseinandersetzungen mit dem Brustton der Überzeugung sagen zu können, wenn der Kanzler-Kurs Deutschland auch nicht die Wiedervereinigung brachte, so habe er dem Volk doch wenigstens Sicherheit beschert. Aber selbst mit dieser Parole wird Adenauer nun nicht vor seine Wähler treten können. Kriegerische Töne mischten sich bereits erneut in den Streit um Berlin" („Westdeutsches Tageblatt", 24. Juni). „Kriegerische Töne" sind es auch, den Bürgern eines anderen Staates vor aller Welt caritative Hilfe anzubieten, die die Regierung dieses Staates vor aller Welt in Verlegenheit bringen soll. Wenn man wirklich helfen will — warum bietet man diese Hilfe nicht diskret der zuständigen Regierung an? In der Form, wie es geschehen ist, irrlichtert im Hintergrund das Gespenst eines zweiten 17. Juni 1953. Fast sieht es aus, als wünschten sich manche Leute bei uns eine solche Entwicklung. Aber sie wird nicht eintreten. Abgesehen davon, daß zum Beispiel der Pro-Kopf-Verbrauch an Butter in der DDR höher ist als in der Bundesrepublik: Wir haben hier immer noch manches, was die Menschen drüben noch nicht haben, aber ohne Normalisierung der Beziehungen, ohne einen Friedensvertrag, der klare, bereinigte Verhältnisse schafft, muß jedes Angebot von der Art, wie die Bundesrepublik es soeben machte, Ausflucht, Flucht vor der politischen Verantwortung und eine Vertiefung der menschlichen und nationalen Kluft zwischen hüben und drüben bleiben.

Niemand kann prophezeien, welches Ergebnis die neuen Verhandlungen haben und wie lange sie dauern werden. Jedenfalls wird an ihrem Ende ein anderes Westberlin stehen als heute; ein Westberlin, von dem wir im deutschen und im Interesse der Sicherheit seiner Bewohner hoffen, daß es aufgehört haben wird, eine Hochburg des Kalten Krieges zu sein, und dessen neues Statut — das ein Friedensstatut sein muß — auf „genaue und dauerhaftere" internationale Garantien gestellt ist. Denn daß seine bisherigen Garantien „unsicher" sind, das weiß mit Walter Lippmann inzwischen die ganze Welt. Dieser, dann Mansfield, Montgomery und andere mehr haben sich in letzter Zeit ernsthafte Gedanken gemacht, wie dieses neue Westberlin im einzelnen aussehen könnte. (Nach Redaktionsschluß veröffentlichte der Bundestagsabgeordnete Arno Behrisch in diesem Zusammenhang wertvolle Vorschläge; wir veröffentlichen sie im Dokumentationsteil dieser Ausgabe im Wortlaut und weisen nachdrücklich auf sie hin.)

Nur einer hat sich in Wahrheit Gedanken um Deutschland und Berlin nie gemacht, und gerade er wäre dazu am ersten berufen gewesen: Konrad Adenauer. Allein schon die Tatsache von Verhandlungen über Berlin bedeuten für ihn eine weitere, schwere außenpolitische Niederlage, — nur noch zu mildern durch ein Einschwenken im letzten Augenblick. Entscheidend für Bonns weitere Politik wird sein, auf wen es in Zukunft mehr hört: auf die Radikalen oder auf das Volk, das nur an der Stabilisierung der Verhältnisse — und das bedeutet in der Perspektive: an einem Friedensvertrag — interessiert sein kann. Adenauers „großer Bruder", Charles de Gaulle, hat beim Putsch der algerischen Generale bewiesen, daß er mit Unterstützung des Volkes fähig war, mit den französischen „Ultras" fertig zu werden. Adenauer ist dem deutschen Volk einen ähnlichen Beweis von Größe schuldig geblieben: die deutschen Radikalen haben von ihm nicht nur nichts zu fürchten, sie leben von seiner Gunst oder Duldung. Niemals hat er einen ernsthaften Versuch gemacht, mit ihnen fertig zu werden, — mit den Revanchisten, mit denen, die aus der Geschichte nichts gelernt haben, und mit denen, die schon wieder von „deutschem Lebensraum im Osten" faseln. Geben wirs zu: Es existiert bei uns eine Schicht, der ein Friedensvertrag Ungemach brächte; es ist die Clique derer, die Hitlers Krieg noch nachträglich gewinnen möchte. Ihr steht die Masse des Volkes gegenüber. Dem Volk, das die Ergebnisse seiner sechzehnjährigen mühevollen Aufbauarbeit gesichert wissen möchte, kann ein Friedensvertrag nur Gutes bringen. Das Volk möchte Hitlers Krieg nicht zweimal verlieren.

Nur in dieser Perspektive kann man ehrlicherweise vom Selbstbestimmungsrecht der Deutschen sprechen. Es geht nicht an, einerseits den Bundesbürgern eine Volksabstimmung darüber zu versagen, ob die Bundeswehr atomar ausgerüstet werden solle, und andererseits Selbstbestimmung mit einem Zungenschlag zu fordern, der vom Osten als Verlangen nach Wiederherstellung der Grenzen von 1937 oder gar 1939 aufgefaßt werden muß — und der auch in weiten Kreisen des Westens so aufgefaßt wird. Erst die endgültige, aktenkundige Klarstellung, daß niemand bei uns an eine gewaltsame Revision denkt, wird unser Verlangen nach Selbstbestimmung von allen Nebentönen befreien. Auch hier würde ein Friedensvertrag wie ein reinigender Filter wirken.

Ist die Diskussion um ihn erst einmal von den Fesseln der Diskriminierung, die die Radikalen um sie geschlagen haben, befreit, erkennen wir gerade in einem solchen Vertrag eine Chance für unser Selbstbestimmungsrecht: Wir müssen uns in ihm das Recht auf Wiedervereinigung verbriefen lassen. Nach Erlangung der vollen Souveränität beider deutscher Teilstaaten — die nach der

Bannung der Atomkriegsgefahr der nächstgrößte Gewinn eines Friedensvertrages wäre — käme dem verbrieften Recht der Deutschen, sich wieder zu einem Staat zu vereinigen, jedenfalls mehr konkrete Bedeutung zu als dem gegenwärtigen Bonner Immobilismus, der nicht herausfindet aus seiner eigenen Zauberformel, die Wiedervereinigung sei ausschließlich Sache der vier Großmächte. Sechzehn Jahre lang haben wir mitansehen müssen, daß keine der vier Großmächte die Wiedervereinigung zu ihrer Sache gemacht hat. Wessen Sache soll sie in Zukunft werden? Machen wir sie nicht zu der unseren, wird sie von der Tagesordnung der Geschichte für immer abgesetzt werden.

Eine durch einen Friedensvertrag in vollem Umfang souverän gewordene Bundesrepublik brauchte sich keinen Augenblick vorzuwerfen, sie habe „vor dem Kommunismus kapituliert". Sie hätte lediglich die Verhältnisse in der DDR — in die ohne Gewaltanwendung nicht mehr einzugreifen ist — in aller Form zur Kenntnis genommen. Das ist etwas grundlegend anderes als „Kapitulation vor dem Kommunismus": die Übertragung des Kommunismus auf die Bundesrepublik steht überhaupt nicht zur Debatte. Erwiese sich eine Wiedervereinigung ohne eine solche Übertragung als unmöglich, müßte an ihre Stelle eine gutnachbarliche, gewaltlose, auf die Grundlage der friedlichen Koexistenz gestellte Verbindung der beiden deutschen Bruderstaaten treten, praktikabel gemacht durch jenes im Friedensvertrag zu fixierende Minimum an gemeinsamen Interessen, das den kulturellen Zerfall in zwei deutsche V ö l k e r aufzuhalten im Stande wäre, das einen deutschen Bruderkrieg ausschlösse und das vor allem unmöglich machte, daß sich an den Deutschen jemals wieder ein Weltkrieg entzündet.

Die volle Größe der Gefahr, die für das deutsche Volk darin besteht, daß in dieser kritischen Phase die Radikalen gegenüber den Vernünftigen die Oberhand behalten könnten, zeigt der Leitartikel des „Münchner Merkur" vom 24./25. Juni auf. Dort wird der Bundesregierung allen Ernstes empfohlen, die Ankündigung eines separaten Friedensvertrages mit der DDR mit einer „wirksamen Abschreckungsstrategie" zu beantworten. Mit einem Wort: Alle die Weigerungen aus Bonn, die im Verlaufe von sechzehn Jahren folgerichtig zu der nun eingetretenen Zuspitzung geführt haben, sollen nicht etwa überprüft, sondern im Gegenteil noch verstärkt werden. Dazu würde erstens gehören: „Die Bundesrepublick müßte ein nukleares Vergeltungs-Potential erhalten, das ihrem politisch-strategischen Wert in der Gleichung der nuklearen Zerstörung entspricht . . .", und zweitens müßte gegenüber der DDR die „politische, psychologische, propagandistische und nicht zuletzt auch organisatorische und subversive" Tätigkeit verstärkt werden. Dazu würde „von der Sabotage der Produktion und des Verkehrs über eine Streikwelle bis zum vollständigen passiven Widerstand, von der Massendesertierung und von Straßendemonstrationen" alles gehören können, „bis hin zur völligen Auflösung der Volksarmee und bis zum regelrechten Volksaufstand gegen die Sowjettruppen".

Diesem blanken, verbrecherischen Aufruf an das deutsche Volk, Selbstmord zu begehen und Europa in die atomare Verwüstung hinabzureißen, können wir nur einen Appell an die Vernunft entgegensetzen. Wir wissen uns hierin getragen nicht allein von jenen 43% der Bundesbürger, die laut einer neuen EMNID-Umfrage für deutsche Neutralität sind, sondern auch von jenen noch unentschlossenen Millionen Menschen in unserem Volk, die einer deutschen Entspannungspolitik, wenn sie nur erst einmal da wäre, sofort ihre Zustimmung geben würden:

Deutsche Bürger, wo immer ihr politisch steht: setzt euch gegen die Radikalen zur Wehr, die besessen sind davon, Hitlers übeltäterisches, hexenhaftes Wort in die Tat umzusetzen, daß das deutsche Volk, wenn es s e i n e n Krieg verliere, nicht wert sei, weiterzuleben! Bannt die bösen Schatten der Vernichtung, die die

Radikalen über unser blühendes Land heraufbeschwören wollen! Verlangt einen Friedensvertrag, der uns Frieden, Freiheit und Sicherheit gewährleistet und der endlich den gefährlichen, krisenhaften Schwebezustand beendet, in dem Hitlers Krieg das deutsche Volk zurückgelassen hat! Gebt am 17. September eure **Stimme nur solchen Kandidaten, die euch ruhig in die Augen blicken können,** wenn ihr sie fragt: Wie hältst du's mit dem F r i e d e n ? Befürworter der Atomrüstung sind Befürworter des Untergangs unseres Volkes; i h n e n k e i n e S t i m m e !

(Abgeschlossen am 28. Juni)

Albert Schweitzer ermutigt die Atomwaffen-Gegner

Albert Schweitzer hat in einem Glückwunschschreiben aus Lambarene anläßlich des fünfjährigen Bestehens der Münchner Zeitschrift „Das Gewissen" an deren Herausgeber Wolfgang Bartels die Atomwaffen-Gegner aufgefordert, nicht mutlos zu werden, auch wenn „solche, die anfangs mit uns im Kampf standen, aus unseren Reihen ausgetreten sind". Schon mehrten sich die Zeichen in der Welt, daß „eine gegen die Nuklear-Waffen gerichtete öffentliche Meinung aufkommen und sich nicht darunter beugen wird, daß einige Staatsoberhäupter ihr Nuklear-Waffen auferlegen wollen."

Süddeutsche Zeitung v. 29. VI. 61

Dr. R i c h a r d W e r n e r

Gedankenkonstruktionen kontra Abrüstung

Ende des Monats Juni begann in Genf eine neue Phase weltweiter Abrüstungsverhandlungen. Die Regierungen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion haben die Wiederaufnahme der an den Folgen der U-2-Affäre im Juni des Vorjahres gescheiterten Abrüstungskonferenz beschlossen. Der Kreis der bislang an den Verhandlungen beteiligten zehn Mächte, der sich aus fünf NATO-Paktstaaten — USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada, Italien — und aus fünf Mitgliedern des Warschauer Bündnisses — UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien — zusammensetzt, wird um eine noch unbestimmte Zahl neutraler Staaten erweitert. Legitimation und Auftrag der bevorstehenden Konferenz leiten sich nach wie vor aus der einstimmig angenommenen Entschließung der UN-Vollversammlung vom 20. November 1959 her, in der es heißt:

„Die Vollversammlung ist der Ansicht, daß die Frage einer allgemeinen, vollständigen Abrüstung das wichtigste Problem darstellt, dem sich die Welt heute gegenüber sieht. Sie fordert daher die Regierungen auf, sich in jeder nur möglichen Weise darum zu bemühen, eine konstruktive Lösung dieses Problems herbeizuführen ... Sie gibt hiermit der Hoffnung Ausdruck, daß Maßnahmen, die eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle zum Ziel haben, in ihren Einzelheiten ausgearbeitet werden und über diese in der kürzest möglichen Zeit Übereinstimmung herbeigeführt wird."

D i e S a b o t a g e d e r E n g a g i e r t e n

Die an dieser neuen Abrüstungskonferenz teilnehmenden Staaten werden ihre Beratungen unter dem Druck einer unerhörten Verantwortung zu führen haben. Belastet von den Mißerfolgen früherer Verhandlungen über eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung, beeinflußt von der offenkundigen Unvereinbarkeit der gegensätzlichen Positionen in der Genfer Konferenz über ein Verbot nuklearer

Versuchsexplosionen, sehen sich die Verhandlungspartner zudem einer akuten militärpolitischen Verschärfung der Lage gegenüber, die durch eine ständige Beschleunigung des Wettrüstens charakterisiert ist. Mächtige Interessengruppen in den Vereinigten Staaten haben ihre nun schon traditionellen Bemühungen verstärkt, die Abrüstungskonferenz bereits vor ihrem Zustandekommen zu torpedieren. Unter dem Druck des Pentagon und der Atomenergiebehörde — den wichtigsten Stützpunkten der abrüstungsfeindlichen Kräfte — hat sich Präsident Kennedy dazu verleiten lassen, mit der Wiederaufnahme der amerikanischen Nukleartest-Serie zu drohen. Der stellvertretende Verteidigungsminister der USA, Roswell L. Gilpatric, hat am Tage nach der Wiener Begegnung Kennedys mit Chrustschow ohne einen spezifischen Anlaß — in demonstrativer Absicht also — die unerschütterte Bereitschaft des Pentagon unterstrichen, gegebenenfalls nukleare Waffen als erste einzusetzen, ohne Rücksicht darauf, mit welchen Waffen der Gegner kämpft. Kennedy selbst hat die sehr folgenschwere Absicht bekundet, den Geltungsbereich der NATO und damit ihre Beistandsgarantien auch auf die kolonialen Gebiete der NATO-Staaten — beispielsweise auf Angola und Neuguinea — auszudehnen. Auch damit folgt er einer vom Pentagon und einschlägig interessierten europäischen NATO-Kreisen seit Jahren erhobenen Forderung, deren negative politische Tragweite sich jetzt noch gar nicht abschätzen läßt.

Auf die Aneinanderreihung ähnlich brisanter Erklärungen aus jüngster Zeit — die sich mühelos fortsetzen ließe — sei hier verzichtet. Diese wenigen Beispiele zeigen bereits deutlich genug, daß zu den substantiellen Schwierigkeiten, deren Überwindung selbst bei beiderseitiger Abrüstungsbereitschaft große Mühe kosten wird, noch der durch verantwortungslose Gruppeninteressen geschürte politische Widerstand gegen wirksame Vereinbarungen zur Abschaffung der Superrüstung in Ost und West hinzutritt. Die bevorstehende Abrüstungskonferenz steht vor der Aufgabe, diese Hindernisse beiseite räumen zu müssen, soll das Ziel — der Stopp des mit Riesenschritten zur Katastrophe führenden Rüstungswettlaufs und der Abbau der Kriegskapazitäten auf ein jeden Angriff ausschließendes Mindestmaß an militärischer Bewaffnung überall in der Welt — nicht in unerreichbare Ferne rücken.

Mit der Kriegsdrohung leben?

Auf beiden Seiten scheint man sich darüber klar zu sein, daß die Chance einer vertraglich garantierten und kontrollierten Abrüstung nicht mehr lange besteht, wenn das Tempo der waffentechnischen Entwicklung anhält. Doch diese Übereinstimmung in der Analyse der Gefahr bedingt keineswegs zwangsläufig auch eine einmütige Bereitschaft zur Abrüstung. In besorgniserregender Dichte werden im Westen Stimmen laut, die an die Stelle der Abrüstung die Forderung setzen, sich auf die durch das Wettrüsten in geometrischer Reihe wachsenden Kriegsgefahren „einzurichten" — so wie uns einst das „Mit-der-Bombe-leben!" gepredigt wurde. Welche unermeßlichen Bedrohungen hier in das angeblich realpolitische Kalkül bedenkenlos einbezogen werden, geht aus einer Rede des damaligen Senators und heutigen Vizepräsidenten der USA, Lyndon Johnson, vor dem amerikanischen Senat im Jahre 1958 hervor. „Das Rennen, in das die Vereinigten Staaten nun eintreten müssen", proklamierte Johnson, „ist nicht nur ein Rennen, um vollkommene ballistische Langstreckenraketen zu schaffen. Wichtiger als jede äußerste Form einer Waffe ist die äußerste Position — die Position, die eine totale Herrschaft über die Erde ermöglicht und irgendwo draußen im Weltenraum liegt." Und Johnson erläuterte auch, warum ihm dieses Ziel erstrebenswert scheint: „Wissenschaftler haben gesagt, daß die Beherrschung des Weltraums

eine weit totalere Beherrschung der Welt bedeutet als jede Herrschaft, die man jemals durch Waffen oder Besatzungstruppen ausgeübt hat oder sie je ausüben könnte. Vom Weltraum aus würden die Herren des Unendlichen die Macht haben, das Wetter auf der Erde zu bestimmen, Dürre und Überschwemmung zu verursachen, die Gezeiten zu ändern und die Höhe des Meeresspiegels zu heben, den Golfstrom abzulenken und gemäßigte Klimazonen in eisige zu verwandeln."

So segensreich diese vor wenigen Jahren noch utopisch erscheinende Ausweitung menschlicher Fähigkeit und Potenz in den Händen einer friedlichen Wissenschaft sein kann, so katastrophal würde sie sich mit Sicherheit auswirken, benutzte man sie als Mittel jener makabren Machtpolitik, die — wie Johnson es so drastisch und werbend darzustellen wußte — nach der „absoluten Herrschaft über die Erde" strebt. Aber es bedarf nicht der infernalischen Schrecken eines Weltraumkrieges — eines Krieges, für den bereits gerüstet wird —, um die Öffentlichkeit von der zwingenden Notwendigkeit schneller Abrüstungsvereinbarungen zu überzeugen. Die Vernichtungskapazität der heute bereits auf beiden Seiten angehäuften Nuklearwaffen und die Existenzbedrohung, die allein schon von ihrer Verfügbarkeit und ständigen Weiterentwicklung ausgeht, hat in aller Welt die Forderung nach Abrüstung zu einer politischen Kraft werden lassen, deren Druck sich keine Regierung entziehen kann. In diesem Zusammenhang sei nur kurz darauf verwiesen, daß in eben diesem Faktum die Zuversicht begründet ist, trotz aller zur Resignation verleitenden Rückschläge in der Geschichte der Abrüstung doch noch zu einem tragfähigen Abkommen zu gelangen. In unserer konkreten Situation heißt das, daß die Chance der bevorstehenden Abrüstungsverhandlungen in Genf davon abhängt, in welchem Maße die Weltöffentlichkeit — die nun auch durch blockfreie Verhandlungspartner vertreten sein wird — die streitenden Parteien zu einem Übereinkommen zu zwingen vermag. Auf diese Weise wird die auf der Konferenz lastende Verantwortung zu ihrer wichtigsten Triebkraft.

Irreführende „Kontroll"-Pläne

Die weltweite Forderung nach Abrüstung, deren politisch gestaltende Kraft wohl von keiner Regierung unterschätzt wird, führt jedoch zwangsläufig dazu, daß jede Staatsführung propagandistisch das Recht für sich beansprucht, prinzipiell ein Gegner des Rüstungswettlaufs zu sein, wie weit diese Behauptung auch immer von der Wahrheit entfernt sein mag. Dadurch wird die für politische Aktionen unerläßliche Klarheit über die Frontbildung in der Abrüstungsfrage verwischt, zumal der Charakter der Bewegung und Aktionen für eine internationale Abrüstung weitgehend von der nationalen politischen und soziologischen Struktur des betreffenden Landes beeinflußt wird. Hinter dieser Vielfalt der Formen tritt nicht selten die allen gemeinsame und entscheidende Übereinstimmung in der Zielsetzung nach einer totalen Abrüstung in den Hintergrund und bietet daran interessierten Regierungen die Möglichkeit, durch das Hochspielen latenter Ressentiments (Antikommunismus, Angst vor einer östlichen Bedrohung) oder aber durch die Publizierung schwer durchschaubarer, nur scheinbar abrüstungsfördernder Konzeptionen die Öffentlichkeit zu desorientieren und ihre Rüstungspolitik fortzusetzen.

In diese letztere Kategorie gehören vor allem die in jüngster Zeit üppig wuchernden Konstruktionen amerikanischer Berufs- und Amateurstrategen, die das einzig praktikable Rezept für eine zuverlässige Verminderung des Kriegsrisikos zu liefern versprechen. So unterschiedlich sie sich entsprechend der Vielzahl ihrer Schöpfer auch ausnehmen, ihnen allen ist ein wesentliches Merkmal eigen: Sie verneinen Möglichkeit wie Notwendigkeit einer totalen Abrüstung

und preisen stattdessen unter dem Schlagwort „Rüstungskontrolle" (arms control) ein System „wohlausgewogener" Aufrüstungsmaßnahmen an, die das Rüstungsgleichgewicht in der Welt erst einmal herstellen sollen. Sei das erreicht — so wird versichert —, dann sei es nur ein vergleichsweise kleiner Schritt zum Einfrieren der Vernichtungskapazitäten, falls das dann überhaupt noch notwendig erscheinen sollte.

Wir vermögen hier nicht darüber zu urteilen, in welchem Maße diese Auffassungen über die Funktion der Rüstungskontrolle — nämlich Ersatz einer allgemeinen Abrüstung zu sein — bereits Substanz der amtlichen amerikanischen Politik in der Abrüstungsfrage geworden sind. Die kommenden Verhandlungen werden eine urteilsfähige Öffentlichkeit darüber eindeutig belehren. Auf jeden Fall ist eine starke Annäherung unverkennbar, weswegen es wichtig genug erscheint, gerade im Hinblick auf künftige Abrüstungsverhandlungen, die nicht nur in Genf, sondern auch wieder vor dem Forum der UN-Vollversammlung stattfinden werden, auf die wesentlichen Aspekte dieser Theorien aufmerksam zu machen.

Militärische Gleichgewichtsstörung?

In einem sehr bemerkenswerten Aufsatz im Aprilheft der britischen Zeitschrift „Encounter" — der in den einschlägigen bundesdeutschen Publikationen gewiß nicht zufällig ignoriert wird — befaßt sich P. M. S. Blackett, Professor für Physik am Imperial College of Science and Technology der Londoner Universität, dessen grundlegende Veröffentlichungen über die Atomwaffen und ihre politischen Implikationen auch in Deutschland bekannt sind, kritisch mit den modernen amerikanischen Auffassungen über die Rüstungskontrolle. Dabei handelt es sich vorwiegend um eine Polemik gegen den einflußreichen amerikanischen Autor Albert Wohlstetter, der hier aber stellvertretend für die ganze Mannschaft zeitgenössischer amerikanischer Strategen steht, von denen eine ganze Reihe dem Beraterteam Kennedys angehören.

Professor Blackett wendet sich gegen die Grundthese des strategischen New Look, die besagt, daß gegenwärtig in der Welt kein militärisches Gleichgewicht bestehe, daß sich die Balance zuungunsten der USA verändert habe, und daß sie sich weiter verschlechtern werde, solange nicht drastische Schritte zur militärischen Aufwertung der amerikanischen Streitkräfte unternommen werden. Daraus wird gefolgert, daß für die Sowjets die Attraktivität eines Überraschungsangriffs auf die Vereinigten Staaten ständig wachse. In einer solchen Situation würden Abrüstungsmaßnahmen die ohnehin bestehenden Disproportionalitäten im Gleichgewicht der Kräfte noch verschärfen, sie seien darum für die USA unannehmbar. Blackett hält dem die durch die Tatsachen bestätigte Auffassung entgegen, daß die Atomwaffenvorräte beider Seiten wie auch die verfügbaren Trägerwaffen durchaus ausreichen, um selbst bei der Vernichtung eines großen Teils dieses Potentials dem Aggressor noch so schwere Schäden zuzufügen, daß nur „verantwortungslose, erschreckend erniedrigte, rachelüsterne oder aber wahnsinnige Menschen" von der Attraktivität eines Überraschungsangriffes unter diesen Bedingungen überzeugt sein können. Aus der Fehleinschätzung der militärischen Situation den Grundsatz ableiten zu wollen, daß ein zeitweiliges atomares Übergewicht einen notwendigerweise mit allen Mitteln geführten Überfall erwägenswert erscheinen läßt, qualifiziert Blackett nicht nur als sachlich unbegründet, sondern auch als ein sehr bedenklich stimmendes Kriterium für das politische Verantwortungsbewußtsein ihrer Schöpfer.

Diese Beurteilung ist von hohem aktuellen Interesse. Sie lenkt die Aufmerksamkeit auf die von den Amerikanern nunmehr offen aufgeworfene Frage hin, ob die Abrüstung jetzt erstrebt werden soll, oder ob es für die USA und damit

den Westen generell nicht zweckmäßiger sei, erst einmal die eigene Aufrüstung zu forcieren, um dann mit dem Osten über die Reduzierung der Streitkräfte zu verhandeln. Um diesen zweiten Weg überhaupt als gangbar erscheinen zu lassen, gab Wohlstetter die von seinem Kollegen übernommene Parole aus, daß bei entsprechend intensiven Rüstungsanstrengungen das „Gleichgewicht" bis etwa 1965 erreicht sein könnte. Von seinem Standpunkt gesehen, ist das völlig unlogisch, setzt er damit doch voraus, daß die sowjetische waffentechnische Entwicklung plötzlich sehr viel langsamer als die amerikanische voranschreiten müßte, obwohl bisher die militärische Zuwachsrate in der UdSSR offenbar höher war. Selbstverständlich erklärt Wohlstetter nicht, worauf er eine solche Zuversicht gründet. Es handelt sich hier eben nur um ein taktisches Manöver, das eine scheinbar abrüstungsfreundliche Begründung für die in Aussicht genommene Beschleunigung der Aufrüstung liefern soll. Man muß es geradezu als kurios empfinden, daß ein anderer strategischer Experte der USA, Jerome Wiesner, dem dieser offensichtliche Widerspruch anscheinend unerträglich war, die Sowjetunion indirekt auffordert, einige Jahre auf der Stelle zu treten, bis die USA ihr Rüstungsprogramm verwirklicht hätten. Sollten die kommenden Abrüstungsverhandlungen von westlicher Seite im Sinne einer derartigen Doktrin vom gestörten Gleichgewicht — deren „intellektuelle Schärfe" nun auch von der deutschen Sozialdemokratie über alle Maßen gepriesen wird — geführt werden, dann wäre jede Erfolgsaussicht von vornherein planmäßig zunichte gemacht; und liegt dann nicht der Verdacht sehr nahe, daß es sich dabei um ein getarntes „Nein" handelt?

Tatsachen wiegen schwerer

Die zweite Hauptthese der modernen amerikanischen Konstruktionen besagt, daß der Westen die Pflicht habe, bei der Beurteilung der vom Osten drohenden Gefahren vom Stand der sowjetischen Kampf- und Vernichtungskapazität auszugehen, während er andererseits verlangen müsse, daß Moskau und der Warschauer Pakt als Maßstab ihrer Analyse die aufwendig propagierten Friedensabsichten des Westens als maßgebende Faktoren anerkennen. Zwar läßt sich diese Auffassung schwerlich mit der Behauptung vereinbaren, die amerikanischen Pläne bestächen durch ihren nüchternen und rationellen Gehalt; dennoch liegt sie der Zumutung zugrunde, die Sowjets mögen sich die Restauration jener Phase militärpolitischer Entwicklung gefallen lassen, die durch die atomare Überlegenheit der Vereinigten Staaten gekennzeichnet war. Es ist politisch in hohem Maße beunruhigend, daß bei der Erläuterung dieser Pläne zur Wiederherstellung der als „Gleichgewicht" bezeichneten militärischen Übermacht nicht selten das schlecht getarnte Bedauern mitschwingt, die Chance in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren nicht genutzt zu haben. Das alles trägt dazu bei, daß der Osten nicht bereit ist, seine Sicherheitspolitik auf die Beteuerung Washingtons zu stützen, nie einen Krieg vom Zaune brechen zu wollen. Natürlich kann man ein ähnlich vertrauensvolles Verhalten andererseits auch nicht vom Westen verlangen. Jeder Staat hat das Recht und die Pflicht gegenüber seinen Bürgern, Leben und materiellen Standard mit einem an der politischen Notwendigkeit und der eigenen Leistungsfähigkeit gemessenen Maximum an Verteidigungsmaßnahmen zu schützen. Wenn jedoch die Schutzmittel infolge einer extrem gesteigerten Vernichtungsfähigkeit ihre eigentliche Aufgabe nicht mehr erfüllen können, sondern zu selbstmörderischen Instrumenten werden, deren Einsatz nicht mehr gewagt werden kann, ergibt sich die Verpflichtung, sie abzuschaffen. Dies um so mehr, als ihr Einsatz, da er ja Selbstmord bedeutet, unwahrscheinlich geworden ist und eben infolgedessen ihr Vorhandensein keinen sicheren Schutz

mehr gegen begrenzte Kriegshandlungen bietet. Das aber betrifft vor allem die Lebensinteressen unsere deutschen Volkes. Diese Verpflichtung existiert auch, ja gerade dann, wenn die politischen Gegensätze und Spannungen fortdauern. Darum auch ist die Forderung des Westens unsinnig, der Osten möge erst Beweise seiner politischen Vertrauenswürdigkeit erbringen, bevor man an eine Abrüstung denken könne. Lange Jahre hindurch sind einseitige Konzessionen in der Deutschlandfrage mit dieser Begründung gefordert worden. Dieser Standpunkt ist in sich zusammengebrochen. Es hieße die Unlogik und die Gefährlichkeit einer solchen Haltung auf eine höhere Ebene heben, verlangte man jetzt von Moskau mit derselben Begründung militärische Zugeständnisse — etwa die Zustimmung zur Ausdehnung der NATO auf bislang blockfreie, vor allem in den Entwicklungskontinenten liegende Gebiete —, von deren Gewährung man die eigene Stellung zur Abrüstungsfrage abhängig machen würde. Nicht politische Erklärungen, sondern einzig und allein das meßbare Niveau der Vernichtungskapazitäten können der primäre Gradmesser für Notwendigkeit und Möglichkeit einer allgemeinen Abrüstung sein. Wenn die Sowjetunion das anerkennt und praktiziert, so kann Washington in dieser Frage keine Sonderrechte in Anspruch nehmen wollen und dafür die überlegene Moral der amerikanischen Politik zur Begründung anführen. Diese sollte in Abrüstungsverhandlungen erst einmal praktiziert werden, bevor sie zur greifbaren politischen Größe erklärt wird.

Notausgang für den Ernstfall

Ein zentraler Gedanke, der vor allem in Kissingers Büchern und Aufsätzen immer wieder gegen die weltweiten Bemühungen nach Abrüstung ins Treffen geführt wird, besagt, daß der Osten jede ihm als günstig erscheinende Gelegenheit nutzen wird, um ein eventuell geschlossenes Abrüstungsabkommen immer dann zu durchbrechen, wenn er sich davon eine Stärkung seiner eigenen Position verspricht. Daraus wird gefolgert, daß ein zeitlich festgelegter Vertrag über eine totale Abrüstung sinnlos, für den Westen sogar schädlich sei. Damit ist eine Taktik umrissen, die nicht erst heute theoretisch erörtert, sondern seit Jahren von den westlichen Delegationen in allen Abrüstungsverhandlungen verfolgt wurde. Sie verweigerten ihre Zustimmung zu einem verbindlichen Zeitplan und zielten auf eine Formulierung der Vereinbarungen ab, die zu jeder Zeit einen Rücktritt von den Abmachungen gestattet. Auch diese Haltung ist in sich zu widersprüchlich, um glaubhaft machen zu können, daß sie nur der Sorge vor den Folgen einer östlichen Verletzung des Vertrags entsprang.

Zunächst sei vermerkt, daß die angebliche Neigung der Sowjets zum Bruch von Abrüstungsverträgen natürlich nicht mit Tatsachen belegt werden kann. Der Sowjetunion ist es bislang nicht ermöglicht worden, zusammen mit westlichen Staaten ein Abrüstungsabkommen zu unterzeichnen, so sehr sie sich darum auch bemühte. Die ganz wenigen bis heute überhaupt zustandegekommenen Verträge über partielle Abrüstung waren interne westliche Angelegenheiten und wurden in der Regel kurz nach ihrer Unterzeichnung von einem oder mehreren Vertragspartnern durchbrochen, mit Ausnahme des Washingtoner Flottenabkommens aus dem Jahre 1922, das Tonnage und Feuerkraft der Schlachtschiffe, Flugzeugträger und ihre Zahl begrenzte. (Allerdings wurde es durch eine Vergrößerung der Kreuzer und Zerstörer, die es formal nicht erfaßte, teilweise durchlöchert.) Abkommen über eine totale Abrüstung existierten nie. Dennoch kann ein noch so starkes Mißtrauen gegen die Vertragstreue der Sowjetunion kaum ein Grund für die Ablehnung zeitlich bindender Vereinbarungen und die Forderung einer Rücktrittsklausel sein, deren Inanspruchnahme ohne plausible Begründung möglich

sein soll. Denn schließlich ist es nach den Normen des Völkerrechts ohnehin selbstverständlich, daß die Verbindlichkeit eines Abrüstungsabkommens erlischt, wenn sich eine Seite eines relevanten Bruchs seiner Bestimmungen schuldig macht. Folgerichtig ist darum der Schluß, daß jene Seite, die auf dem Einbau einer unbeschränkten Rücktrittsklausel besteht, den Stopp der Abrüstungsmaßnahmen vorbereiten will, ohne dadurch formal vertragsbrüchig zu werden. Es ließe sich beispielsweise denken, daß die USA von der Verpflichtung zu weiteren Abrüstungsmaßnahmen dann entbunden sein möchten, wenn jene Phase des Vertrages beendet ist, die den Abbau der konventionellen Streitkräfte vorsieht und nun mit der Abschaffung der Atomsprengköpfe und Raketen weittragenden Kalibers begonnen werden soll. Bekanntlich leidet das Pentagon unter seiner vermeintlichen Schwäche auf dem konventionellen Sektor und könnte die Gelegenheit nutzen, auf diese Weise einen Ausgleich herbeizuführen. Denkbar wäre auch, daß man dann von dem Vertrag zurückzutreten wünscht, wenn jene Kontrollphase beendet ist, die die Standpunkte der Abschußbasen für sowjetische Interkontinentalraketen aufdeckte. Auch hier ist allgemein bekannt, daß der Westen seine Unkenntnis des geographischen Standortes dieser Rampen als weiche Stelle in seinen Generalstabsplänen empfindet. Das alles sind natürlich — heute zumindest — theoretische Konstruktionen. Unbestreitbar ist jedoch, daß diejenige Seite sie herausfordert, die einen künftigen Abrüstungsvertrag ohne den fixierten Zwang zu seiner Vollendung anstrebt.

Applaus aus Bonn

Diese Aspekte moderner, in den USA entwickelter strategischer Auffassungen, die in einem negativen Verhältnis zur Abrüstung stehen, haben weithin Eingang in die westeuropäische Literatur zu dieser Frage gefunden. Man darf sagen, daß jene vielzitierte Herbstausgabe 1960 der amerikanischen Zeitschrift „Daedalus" — die in diesen Tagen in den USA in Buchform erschien und in der der Interessierte eine detaillierte Darstellung dieser Theorien aus der Feder zahlreicher prominenter Autoren findet — zum Katechismus der meisten bundesdeutschen Journalisten und Publizisten wurde, die sich in letzter Zeit mit den Fragen der Abrüstung und der Rüstungskontrolle befaßten. Ein markanter Beweis für diese Feststellung ist das unlängst erschienene Buch des SPD-Bundestagsabgeordneten Helmut Schmidt „Verteidigung oder Vergeltung", das in der letzten Ausgabe der „Blätter" besprochen wurde. Die Gründe für die Attraktivität dieser Auffassungen gerade für die bundesdeutsche regierungsverbundene Publizistik liegen auf der Hand. Seit Jahren ist man hier von dem in Ost und West gleichermaßen — wenn auch mit unterschiedlicher Lautstärke und Eindringlichkeit — erhobenen Vorwurf unangenehm berührt, daß die Regierung in Bonn eines der hartnäckigsten Hindernisse auf dem Wege zu einer allgemeinen Abrüstung sei. Wenngleich man die Richtigkeit dieser Feststellung intern kaum in Zweifel ziehen wird, belastet sie doch in starkem Maße die nach innen wie nach außen gerichtete Propaganda, die die Friedenssehnsucht der Bundesregierung an des Kanzlers unablässig wiederholten Sympathiekundgebungen für eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung, statt an den auf das Gegenteil zielenden Aktionen Bonns nachweisen möchte. Besonders schmerzlich mußte es hier empfunden werden, daß selbst die Amerikaner vor diesem Vorwurf nicht zurückschreckten und ihn mit der Aufforderung verbanden, endlich einmal eigene Vorstellungen über einen deutschen Beitrag zur Abrüstung zu entwickeln. Daß nun die Auffassungen Kissingers, Wohlstetters, Bowies, Wiesners und anderer einen ständig wachsenden Einfluß auf die amtliche amerikanische Politik zu nehmen scheinen und auch Prof. Edward Teller sein politisches Come-back

feiern darf, registriert man hier mit der Genugtuung eines spät, aber schließlich doch noch rechtzeitig Rehabilitierten.

Kein Zufall ist es auch, daß die Hauptthesen der amerikanischen Strategen sich weitgehend mit der bundesdeutschen Militärpolitik decken. Auch Franz Josef Strauß verficht mit Eifer die Ansicht, daß das militärische Gleichgewicht in Mitteleuropa gestört sei — und durch die Atombewaffnung der Bundeswehr wieder ausgeglichen werden müsse. Zwar scheint diese seine Forderung nicht ganz in das gegenwärtige Konzept der amerikanischen Regierung zu passen — aber man wird nicht bestreiten können, daß sie eine logische Konsequenz der strategischen Moderichtung ist, die von einigen der militärischen Berater Kennedys auf den politischen Laufsteg geschickt wurde. Herr Strauß wußte sich auch jenes Denkmodells zu bemächtigen, das die Russen für verhandlungsunwürdig erklärt und statt dessen auf die eigene Stärke baut, um später statt zu verhandeln, diktieren zu können. Vor allem aber befindet sich die Bundesregierung in weitestgehender Übereinstimmung mit der Auffassung, daß eine totale Abrüstung undenkbar sei; ebenso heftig wehrt sie sich gegen den Vorschlag, einen Zeitplan für wirksame Abrüstungsmaßnahmen ins Auge zu fassen. Es erscheint ihr einfach unzumutbar, das junge Fundament ihrer vermeintlichen politischen Stärke, die im Prozeß der Atombewaffnung stehende Bundeswehr, einem auf Abbau der Rüstungen basierenden internationalen Sicherheitssystem zu opfern.

„Defaitismus — der schwerste aller Fehler"

Vieles deutet darauf hin, daß Bonn die ihm genehmen Auffassungen amerikanischer Militärschriftsteller allzu leichtfertig mit den politischen Planungen der Regierung in Washington identifiziert. Sicher ist jedoch, daß es dem Ringen um eine weltweite Abrüstung abträglich wäre, wollte man die Beseitigung des Hindernisses Bonn von einer entsprechenden amerikanischen Initiative erwarten, ohne daß die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik diesen notwendigen Prozeß zumindest fördern würde. Dazu jedoch bedarf es einer weiteren Unterrichtung über die Problematik der Abrüstung. Die der Bundesregierung durchaus erwünschte und von ihr bewußt geschürte Resignation breiter Kreise der Öffentlichkeit angesichts der scheinbaren Aussichtslosigkeit künftiger Abrüstungskonferenzen lähmt die Kraft der öffentlichen Meinung. Hier gilt, was der britische Politiker und Friedensnobelpreisträger Philip Noel-Baker in seinem auch in der Bundesrepublik erschienenen Buch „Wettlauf der Waffen" schreibt:

„Viele Menschen, die eine Abrüstung von ganzem Herzen ersehnen, werden die Ansicht, daß ein allseitiger Vertrag bald unterzeichnet und ratifiziert werden könnte, für billigen Optimismus halten. Aber es ist eine unerbittliche Tatsache der heutigen Weltpolitik, daß nun nichts Geringeres als ein solcher allseitiger Vertrag die Sicherheit der Menschheit zu gewährleisten vermag. Niemand, der seit 1919 die Abrüstungsverhandlungen genau verfolgt hat, wird sich so leicht eines billigen Optimismus über die Aussichten auf Erfolg schuldig machen. Aber niemand, der sich über das gegenwärtige Wettrüsten im klaren ist, sollte sich auch eines billigen Pessimismus schuldig machen. Denn dieser ist der bei weitem schwerere Fehler. Defaitismus gegenüber der Durchführbarkeit von Abrüstungsplänen und gegenüber einem durch Verträge geregelten Frieden ist der unheilvollste aller Fehler, den die demokratischen Regierungen unserer Zeit begangen haben. Dadurch haben sie die Hoffnungen der großen Mehrheit aller Menschen in allen Nationen verraten, die tatsächlich das Ende der Kriege herbeisehnten, wie sie es auch heute noch tun. Ihr Wille sollte Ziel aller Staatskunst der Zukunft sein."

Dr. Hermann Rauschning

Im Schatten des Nationalsozialismus

2.

Es hat wenig Zweck, sich auf eine Diskussion über den Begriff „Konspiration" einzulassen, deren der Nationalsozialismus vor dem Nürnberger Gericht von Amerika angeklagt wurde. Es ist auch wenig fruchtbar, einen Zugang zu dem machtpolitischen Phänomen Nationalsozialismus und Drittes Reich unter dem Leitbild eines Musterbeispieles für die moderne Art Tyrannis zu suchen, wie dies von englischer Seite geschehen ist. Man interpretiert auf solche Weise in das Geschehnis von vornherein eine Absichtlichkeit und Planhaftigkeit, die gewiß nicht von Beginn an bestand, und übersieht das Wichtigste, um dessen Hervorhebung willen diese Randbemerkungen hier überhaupt gemacht werden: nämlich darauf hinzuweisen, daß hier etwas von den Beteiligten und Verantwortlichen gerade nicht Beabsichtigtes entstand und eine von den Mitteln der Politik sich durchsetzende Tendenz das Übergewicht über das anfänglich Geplante gewann und erst die Akkumulation der sich wechselseitig steigernden Tendenzen die keiner rationalen Beeinflussung mehr zugängliche Endsituation herbeiführte. Eine Gefahr, die, nicht rechtzeitig erkannt, auch ganz anderen, anfänglich in gutem Glauben unternommenen politischen Bestrebungen droht. Man tut daher am besten, sich zunächst jedes Beurteilungsschemas zu enthalten und die konkreten Vorgänge für sich sprechen zu lassen, indem man die Entstehung und Entwicklung aus dem Beiwerk herausschält, das häufig für das Wesentliche gehalten wird, und die moralischen Maßstäbe zunächst einmal in die Ecke stellt. Hier kann das nur in ein paar Zügen und im Hinblick auf die praktische politische Absicht geschehen.

Man könnte es auf spannende, dramatische Weise tun. Denn es ist ein wahrhaft dramatisches und ungewöhnliches, ein spannendes Geschehen, wie da ein junger Mann, ein knapp dreißigjähriger einfacher Soldat, das Unmögliche, das Tolle unternimmt, auf eigene Faust das außer Rand und Band geratene deutsche Volk zu disziplinieren und eine aus den Fugen geratene Welt in eine neue Ordnung zu zwingen. Man sollte darüber nicht spotten; man sollte dies tolldreiste Unterfangen wegen der späteren schauerlichen Folgen nicht von vornherein verächtlich machen. Man täte besser, die eigene politische Unzulänglichkeit im Wollen schon, geschweige denn im Vollbringen daran zu messen. Man könnte fortfahren und die Stationen eines unerhörten Aufstieges aufweisen, der nicht dem Zufall, sondern einer intensiven Arbeit und politischen Leidenschaft erwuchs, wie man sie aus den gedunsenen Zügen der gegenwärtigen deutschen Politiker nicht herauslesen kann. Man könnte zeigen, wie schnell der politisch Unerfahrene, der brütende und „spinnende" Einzelgänger, der Autodidakt, linkisch und unbeherrscht, nicht nur das Handwerkliche der Politik lernte, sondern seinen Gesichtskreis, seinen Erfahrungsbereich von Tag zu Tag erweiterte und politische Einsichten entwickelte, die seinen politischen Zeitgenossen noch fremd waren, der ein Tempo anschlug, das in dem politisch schläfrigen Deutschland trotz seiner angeblichen „Revolution" unbekannt war. Dieser junge Mann hatte kein festes politisches oder soziales Programm. Er hatte gerade das nicht, wovon er wenige Jahre später als der Hauptsache redete und reden ließ, eine „Weltanschauung", eine Doktrin. Er hatte ein paar vage Vorstellungen, mehr Ahnungen und Gefühlsimpulse, einen faustischen „dunklen Drang", der sich, wenn auch nicht des rechten Weges wohl bewußt, aber sicher war, seinen Weg zu finden. Er hatte kein klares Ordnungsbild; aber er wußte aus dem Mangel einen Vorzug zu

machen und ließ sich von den jeweils wichtigen Erfordernissen und taktischen Lagen leiten, ganz undoktrinär, wie ein Pragmatist. Er brachte einige Vorstellungen aus seiner österreichischen Heimat mit über die Notwendigkeit eines größeren Deutschland, im Gegensatz zu dem Bismarck'schen kleindeutschen Reich, Vorstellungen von dem Recht auf Vorherrschaft der Deutschen im zentraleuropäischen Raum, aber auch eine leidenschaftliche Abneigung gegen die marxistische Arbeiterbewegung und einen abgründigen Haß gegen das Judentum. Was verursachte angesichts solcher Mängel an Treibstoff die Initialzündung dieses politischen Explosionsmotors?

Es ist besser, nicht in dieser Weise fortzufahren. Man geriete sonst außer dem einem bereits anhaftenden Verdacht, ein Krypto-Bolschewik zu sein, auch noch in den, ein Neo-Nazi und Apologet Adolf Hitlers zu sein, wie denn ja dem Verfasser schon von namhaften Emigranten in Paris und New York im Hinblick auf seine „Gespräche mit Hitler" vorgeworfen wurde, er habe diesen „auf ein zu hohes Postament gesetzt". Der Leser sollte sich jedoch nicht die Mühe verdrießen lassen, von sich aus fortzufahren, das Bild des wirklichen Geschehens von den heute üblich gewordenen karikaturistischen und politisch für zweckmäßig gehaltenen Übermalungen zu reinigen, sich auch nicht durch die späteren Untaten und das wahrhaft in tragischer Verblendung hereingebrochene Ende davon abschrecken lassen, die Entstehung des Nationalsozialismus und die Schöpfung des Dritten Reiches in der ganzen unerhörten Unwahrscheinlichkeit, in ihrer phantastischen Unmöglichkeit lebendig zu machen. Denn es dient nicht der Sache einer echten Überwindung, sich dies Geschehen klein und erbärmlich zu machen, es sich zu vulgarisieren und bagatellisieren. Es war ein berühmter französischer Arzt, der dem Verfasser im Hause eines Industriellen in Paris und in Anwesenheit des Pan-Europa-Grafen Coudenhove-Kalergi die Augen für die Maßstäbe öffnete, mit denen man Adolf Hitler messen sollte, und dabei auf Napoleon verwies. Man wird es Charlie Chaplin überlassen können, den „Diktator" als einen Narren darzustellen, und den amerikanischen Kinobesuchern, im Nationalsozialismus nur eine Art politisch gewordenen Gangsterismus, die „bad men" der „Westerners" zu sehen, die eine Gemeinde terrorisieren. Wer den Schöpfer der nationalsozialistischen Bewegung und den Gründer des Dritten Reiches so tief unter sich und seiner eigenen Mittelmäßigkeit mitsamt ihrer moralischen Erhabenheit sieht, wie das üblich geworden ist, darf sich nicht wundern, daß eines Tages, wie einst ein Napoleon, ein Hitlerkult ein heroisch übersteigertes Bild schafft, das dann, wie einst jener einem kleinkalibrigen dritten Napoleon, vielleicht einem Franz Joseph Strauss zugute kommt.

Was war der zündende Funke, der jenen halberblindeten, am Ende des Krieges im Lazarett liegenden, sich zum bildenden Künstler berufen fühlenden jungen Mann den Entschluß fassen ließ, fortan Politiker zu werden? Man muß sich hier von einer Legende frei machen, als sei die kleine verkauzte Kleinbürger- und Spintisiererpartei im bierfröhlichen München die Keimzelle des Dritten Reiches und der Beginn jener problematischen „Konspiration" gewesen, die zum Zweiten Weltkrieg geführt habe. So leidenschaftlich und gefühlsbewegt sich der junge politische Anfänger in seinen ersten Versammlungen und Redeergüssen auch gebärdete — es waren nüchterne, kühle Überlegungen über die Ursache der deutschen Niederlage, die den ekstatischen Ausbrüchen zu Grunde lagen; persönliche Erfahrungen und Gedankengänge eines sich über militärische und politische Kurzschlüsse Rechenschaft abgebenden Militärs. Dies und nicht das parteipolitische Geschwafel in der Bierkeller-Hinterstube sind die Mutterlauge des Nationalsozialismus; nicht die „völkische" Bewegung, nicht die österreichischen Vorbilder einer Verbindung sozialistischer und nationalistischer Tendenzen,

vielmehr der unzulängliche und verspätete Versuch einer Moralbildung bei der Truppe durch eine Art vaterländischen Unterricht über Gründe und Ziele des Krieges während des letzten Kriegsjahres. Die Ernennung des aus dem Lazarett zu seinem Truppenteil entlassenen Hitler zu einer Art Aufklärungs- und Verbindungsoffizier — public relations-officer würde man heute sagen — zu dem ratlosen, von dem Zusammenbruch der alten Ordnung überraschten Bürger zum Zweck der nun an ihm zu versuchenden „Moralbildung": das ist der wirkliche Beginn des Nationalsozialismus, der sein Dasein somit einem militärischen Zeugungsakt verdankt. Das Militär, ein letzter Rest organisierter realer Macht in dem deutschen Durcheinander 1918/19, suchte dem Chaos einen Raum der Ordnung und einen tragenden Grund für sich selbst abzugewinnen.

Die militärische Führung hatte schwere strategische und taktische Fehler begangen; aber auch die politische Führung hatte die politische, wirtschaftliche und psychologische Vorbereitung eines so gigantischen Krieges versäumt. Die notwendig gewordene totale Mobilisierung der ganzen Nation für die modernen Massen- und Materialschlachten hatte erwiesen, daß Moral und Disziplin der Truppe wie der „Heimatfront" nicht wie in den Kriegen des 19. Jahrhunderts allein auf den Patriotismus und die nationale Gesinnung der bürgerlichen Mittelklassen und der führenden Schichten gegründet werden konnten. Die modernen Kriege setzen vielmehr eine psychologisch durchdachte und politisch richtig fundierte, besondere Massendisziplinierung voraus, um unvermeidliche Krisen und die Härte längerer Kriege ohne moralische Zersetzung durchstehen zu können. Es war nicht länger tragbar, die großen Massen, insbesondere der Arbeiterschaft, moralisch, psychologisch und politisch sich selbst zu überlassen oder gar sie dem Einfluß pazifistischer und international-sozialistischer politischer Parteien auszuliefern. Der Durchhaltewille war ebenso wenig wie die kriegswirtschaftliche Ordnung erst während eines Krieges zu improvisieren. Künftig müßte das Fundament beider vor, nicht erst während des Krieges gelegt werden. Andererseits hatte die jüngere militärische Intelligenz in den Stäben realisiert, daß eine militärische Diktatur nicht die Patentlösung sein könne. Vielmehr hatte sich gerade die Übertragung wesentlicher politischer und wirtschaftlicher Verantwortungsbereiche und Vollmachten auf den Generalquartiermeister General Ludendorff als eine schwere Belastung der militärischen Kriegführung erwiesen. Eine autoritäre Ordnung war künftig die Vorbedingung für eine erfolgreiche militärische Aktion größeren Formats. Aber sie dürfte nicht militärischen Charakters sein. Es war somit notwendig, nach Mitteln und Wegen zu suchen, daß die erforderliche Ordnung von besonderen politischen Körperschaften und Führungsgruppen in vertraulicher Zusammenarbeit mit und unter gewisser Einflußnahme durch die militärische Führung getragen wurde. All das war soweit gewiß noch kein fester Plan der jüngeren militärischen Intelligenz. Es waren vorerst unverbindliche Gedankengänge und Wünsche.

Es war der bayrische Generalstabshauptmann Ernst Röhm, der Hitler mit diesen Ideen und Vorstellungen des Militärs bekannt machte und ihm damit sein eigentliches Aktionsprogramm gab. Hitler griff zu mit der ihm eigenen Begabung, Gedanken anderer weiter zu entwickeln und für seine Zwecke zu nützen, und begab sich an die Aufgabe der Verwirklichung. Sein eigener Beitrag war dabei etwas sehr Entscheidendes. Ohne es zu wissen, hatte er das bisher taube Gestein angeschlagen, wo die mächtigen Kräfte der Massen ruhten. Er fand rein pragmatisch, wessen eine Massengesellschaft politisch bedurfte: der Propaganda und des charismatischen Massenführers. Er ersetzte den langweiligen, unwirksamen vaterländischen Aufklärungsunterricht durch etwas Packendes, Hinreißendes; statt zu belehren und sich an den Verstand zu wenden, suchte er den Hörer

seelisch, gefühlsmäßig zu überwältigen. So entstand die besondere Propagandatechnik Hitlers, seine eigenste Domäne. So suchte er nach einer geeigneten Partei und fand eine solche, nicht um sie als demokratische politische Partei zu nutzen, sondern als ein Beeinflussungsorgan, als ein Propagandainstrument, als einen Massenbeherrschungsapparat. So auch, auf solchen Zweck hin, fabrizierte er ein „Programm" und schuf allmählich eine „Weltanschauung"; eine „Lebenslehre", die nicht aus sich selbst entstanden, sondern eine Zweckschöpfung war, in der Absicht, Haßgefühle und Begeisterungstaumel zu erregen, und die offensichtlich dem Vulgär-Marxismus nachgeschaffen war, um dessen Anziehungskraft auf die Massen zu verdrängen und an die Stelle des sozial Schuldigen, des „Bourgeois", den Juden, an die Stelle des sozialen Befreiers, des Proletariates, den „nordischen Menschen", den „Arier", und an die Stelle des Klassen- den Rassenkampf zu setzen.

Die Geschichte der Verwirklichung dieser Konzeption durch den Aufbau der nationalsozialistischen Partei kann hier nicht weiter verfolgt werden. Es interessiert in diesem Zusammenhange auch nicht der „ideologische Unterbau" des Nationalsozialismus, die Entstehung, die Elemente der Weltanschauung und ihre Herkunft. Auch auf die gewiß wichtige Frage nach der Wirkung auf die Massen kann hier nicht eingegangen werden, einschließlich der wohlberechtigten Frage, wie weit sie überhaupt von den Massen ernst genommen wurde und der Zustrom zur Partei nicht ganz anderen Motiven zu verdanken war, so daß mit einer gewissen Berechtigung zu sagen wäre, daß das deutsche Volk in seiner Mehrheit nicht wegen der nationalsozialistischen Weltanschauung, sondern trotz ihrer Hitler folgte. Man wird indessen von einer bedeutenden Wirkung der auf Gefühlserregungen von Begeisterung und Haß abgestellten Propaganda sprechen müssen. Einer zynischen Philosophie der Macht als dem Wesen der Dinge und des Rechts des Starken gegenüber allem Schwachen als dem Gesetz des Lebens neigten nicht nur die intelligenten Schichten, sondern auch breite Massen des Bürgertums zu — infolge der allgemeinen Zersetzung der geistigen Werte und Normen in der fortschreitenden Krise des Abendlandes. Man wird zu der Schlußfolgerung kommen müssen, daß Ursprung und politischer Wille des Nationalsozialismus weder in seinem Parteiprogramm zu suchen sind, mitsamt solcher Adeptenweisheit wie die „Brechung der Zinsknechtschaft", noch in dem Evangelium vom arischen Menschen und seiner Weltmission, sondern in sehr konkreten machtpolitischen Zielen, deren nächstliegendes die „Ertüchtigung" zu einem Kriege und die Beseitigung des disziplinschädigenden Liberalismus mitsamt seiner demokratisch-parlamentarischen Ordnung und des Marxismus mit seiner Revolution des Proletariates war. Nach dem Bürgerbräuputsch von 1923 waren indessen die Fäden zwischen dem sich von der Reichswehr verraten fühlenden Hitler und der sich stillem, intensivem Aufbau widmenden Reichswehr abgerissen. Sie hatte sich von sozialrevolutionären Bestrebungen, auch solchen mit nationalem Anstrich, und jedem ihre Stellung gefährdenden Abenteuer distanziert.

Der militärischen Führung können zu Beginn des Aufbaues der auf 100 000 Mann begrenzten Reichswehr nicht von vornherein und allgemein restaurative politische Tendenzen und Standesinteressen unterstellt werden. Ebenso wenig kann man ihr in Bausch und Bogen den Vorwurf eines neuen Militarismus machen, was immer ein solcher gewesen sein sollte. Sie war wenigstens zeitweise der Idee nicht verschlossen, der soziologisch veränderten Lage Rechnung zu tragen und nach dem Vorbild der Scharnhorstschen Rezeption französischer revolutionärer Ideen auch die veränderte soziale Lage der Arbeiter in der Neubildung der Reichswehr zu berücksichtigen. In dem weiteren Aufbau der Reichs-

wehr spiegelt sich jedoch in der Folge die Tatsache wider, daß der Novemberumsturz keine wirkliche Revolution war, sondern nur eine Änderung der Staatsform durch die Abdankung der Monarchie und die Erweiterung politischer Rechte. Die Sozialdemokratie beherzigte jedenfalls nicht den Rat von Marx und Engels, daß die erste Sorge einer siegreichen Revolution sei, die alte Armee zu zerschlagen und die neue Armee aus einer neuen Disziplin zu schaffen (vgl. Lenin: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky). In der späteren Entwicklung setzten sich statt dessen mit der Pflege alter Traditionen immer stärker die alten führenden Personenschichten und ihre Auffassung vom Staat und einer richtigen sozialen Ordnung durch, was allerdings auch seine militärischen Gründe hatte und nicht allein einer „klassenbetonten" Anschauung erwachsen war. Die nationalsozialistische Bewegung wäre demnach trotz der politischen Begabung und „unbändigen" Willenskraft ihres Führers genau so verpufft wie die von den Herren Kraft und Oberländer so kläglich geführte und dann preisgegebene Partei der Heimatverdrängten (eine Partei, der unter anderer Führung eine bedeutsame Stoßkraft in der Richtung auf eine andere Politik hätte zukommen können), hätten nicht das restaurative nationale Bürgertum, die älteren führenden Schichten und namhafte Kräfte der Großindustrie den Nationalsozialismus als ein für ihre Interessen verwendbares Instrument in ihre Berechnungen einzustellen begonnen.

Die nationalsozialistische Partei wurde zwar in den Jahren der akut gewordenen Weltkrise 1930 bis 1933 zur stärksten Partei, da die Feindlichen Brüder in Karl Marx gespalten blieben. Aber sie hätte weder durch einen gewaltsamen Umsturz, den die Reichswehr verhindert hätte, noch auf „legale" Weise durch absolute Stimmenmehrheit die Macht gewinnen können, wie das Absacken der Stimmen für sie in der letzten Wahl vor dem 30. Januar 1933 und andere Anzeichen bewiesen. Sie hätte auch aus eigener Kraft allein nie den weit überorganisierten Parteiapparat in den letzten Jahren vor ihren großen Erfolgen aufziehen können ohne die finanziellen Hilfen industrieller Geldgeber und ohne daß Alfred Hugenberg ihnen seit 1929 seine ins Weite gespannten und eng geknüpften Netze der Nachrichten- und Propagandamittel zur Verfügung gestellt hätte. Die von dem November-Umsturz überraschten älteren führenden Gesellschaftsschichten hatten sich bald wieder gefaßt, als sie merkten, daß die Revolution nicht so ernst gemeint war, wie es zuerst in der Phase der Arbeiter- und Soldatenräte ausgesehen hatte. Aber erst nach der Stabilisierung der Währung fanden sich diese Kreise zu einer klareren Konzeption einer autoritären Ordnung und einer aktiven Außenpolitik zusammen. Man wird bei der Konsolidierung dieser Kräfte Alfred Hugenberg die führende Bedeutung des eigentlichen Moderators zusprechen müssen, dessen historisches Gewicht längst noch nicht genügend gewürdigt worden ist. Diese Kräfte fungieren im allgemeinen im Ausland, wie auch in der Bonner Sprachregulierung als das nationalistische Bürgertum, als die Vertreter eines aggressiven Nationalismus im Gegensatz zu dem nun vom Nationalismus gereinigten Bonner Bürgertum. Das entscheidende Merkmal dieser Elemente ist jedoch ihre restaurative innere Tendenz, und in dieser Hinsicht zeigen Hugenberg'sches wie Adenauer'sches Bürgertum sehr ähnliche Bestrebungen und Anschauungen. Sie gipfeln in der Erkenntnis, daß im Zeitalter der Massendemokratie nur noch eine autoritäre Ordnung möglich sei und daß hinter der Fassade einer parlamentarischen Demokratie die Realität eines starken Staates, einer „Rangordnungs"gesellschaft mit einer permanenten politischen Elite oder, wie man es damals nannte, einer „geschichtsbefugten Oberschicht" begründet werden müsse. Man wird sich erinnern, daß schon 1919 der bedeutsame Aufsatz von Max Weber über die Un-

vermeidlichkeit der plebiszitären Massendemokratie und die unentbehrliche „charismatische" Führerpersönlichkeit erschienen war. Unseres Wissens war Hugenberg auch von Spenglers Geschichtsphilosophie und der Unentrinnbarkeit eines cäsaristischen Zeitalters beeindruckt, so daß immerhin schon gewisse gedankliche Beziehungen zum Nationalsozialismus bestanden, die später ein politisches Zusammengehen ermöglichten. Wie denn überhaupt die restaurativen oder, populärer ausgedrückt, die „reaktionären" Kreise vor 30 Jahren wesentlich „moderner", ja revolutionärer dachten und auf einem erheblich höheren geistigen Niveau standen als die entsprechenden Bestrebungen in der Bundesrepublik heute. Was den sogenannten Nationalismus dieser Kreise betrifft, der sie von dem Halb-Europäismus der Bonner Restauration unterscheidet, so schillerte er in vielen Nuancen, und man sollte nicht die schreiendsten Farben kleiner Gruppen als die typischen bezeichnen, wie das meistens geschieht. So ist auch die Bemerkung am Platz, daß die Erwähnung dieser Gruppen des nationalen Bürgertums wie der Großwirtschaft nicht in der Absicht geschieht, ihre Anschauungen und Bestrebungen zu verdächtigen und als von vornherein verwerflich hinzustellen, sondern daß es darum geht, den Knoten des furchtbaren Verhängnisses aufzuknoten und die einzelnen Fäden aufzuweisen. Man wird mindestens anfänglich von ihnen wohl vertretbare nationale Lebensrechte eines damals großen Volkes wahrgenommen sehen müssen, denen gegenüber das kleine hochmütige Besserwissen der heutigen Atlantiker wenig angebracht ist. Der Verfasser dieser Bemerkungen muß sich selbst zu diesen Gruppen nationaler Bestrebungen mannigfacher Art rechnen. Politisch in den Selbstbehauptungskämpfen des „Grenz- und Auslandsdeutschtums" erzogen, war er in den ersten Nachkriegsjahren in der kulturellen Deutschtumsarbeit in den an Polen abgetretenen Gebieten Preußens tätig gewesen und hatte dort die infolge des Chauvinismus und der Revanchepolitik Polens unhaltbar gewordenen Nachkriegsverhältnisse aus nächster Nähe erfahren. Seine damals entstandene politisch-statistische Analyse „Die Entdeutschung Westpreußens und Polens" schloß mit der Folgerung, daß eine von Grund auf neue Politik die Bedingungen einer dauerhaften Ordnung in den Gebieten gemischt-nationaler Siedlungen zu erarbeiten haben werde. Wir beurteilten aus verschiedenen persönlichen Erfahrungsbereichen andere Gruppen und nahmen berechtigte Lebensrechte eines Volkes wahr, das damals keinen Anlaß hatte, hinter Nationen wie England, Frankreich oder die Vereinigten Staaten zurückzutreten. Die Bedingungen des Versailler Friedens zur Revision zu bringen, war das gemeinsame Ziel aller bürgerlichen nationalen Gruppen und nicht nur ihrer allein, sondern aller Deutschen. Es kam auf die Art der Verwirklichung dieses Zieles an. Daher können solche Bestrebungen nicht von vornherein in einem Atem mit den grotesken Ideen nationaler Expansion und eines kolonialen Imperialismus auf europäischem Boden, die der Nationalsozialismus hegte, genannt werden.

Alles Nationale wird gegenwärtig meistens über einen Kamm geschoren und insgesamt mit dem Nationalsozialismus in einen Topf geworfen. In Wirklichkeit war hier eine große Vielfältigkeit von politischen und geistigen Bestrebungen, die Vorstellungen von einem Aufbruch aus den überkommenen bürgerlichen Vorstellungen waren sehr unterschiedlich. Hier war jene Hellhörigkeit, Aufgeschlossenheit und Unabhängigkeit von parteipolitischen Schemata einer lebendigen Jugend vorhanden, die den Ruf der großen universalen Krisis vernahm und bereit war, an der Arbeit einer großen Umgestaltung teilzunehmen. Hier war man sich auch der machtpolitischen Folgen bewußt, die das Ende der Vorherrschaft Europas und des europäischen Gleichgewichtes zur Folge haben mußten und den alten Nationen einen Existenzkampf aufzwangen, wie ihn das

19. Jahrhundert nicht kannte. Ansätze zu Größenänderungen der Mächte und des Bedeutungswandels der Großmacht hoben sich bereits ab und legten den Gedanken nahe, daß die Nation im Range absinken mußte, die stehen blieb und nur den status quo behauptete. Hier nahm man das wahr, was in USA heute wieder als „neue Horizonte" gepriesen wird oder als „manifest destiny". Solcher „Aufbruch" war im wesentlichen auf „nationale" Kreise beschränkt; er wurde weder in der jüngeren Generation der Sozialdemokratie, noch der liberalen Kreise gespürt. Warum, das zeigt die Geschichte der Abdikation dieser Parteien schon vor Hitlers Zwangs-Gleichschaltung und der Wiederholung dieses Verzichtes auf Politik in der bundesrepublikanischen Gegenwart, in der es allerdings auch keine nationale junge Generation mehr gibt. Armin Mohler hat 1950 die bunte Farbenskala dieser Bestrebungen der jüngeren Nationalen, für die die parteipolitische Unterscheidung zwischen rechts und links kaum noch einen Sinn hatte, in einer trefflichen Studie „Die konservative Revolution in Deutschland" charakterisiert. Der Verfasser selbst hatte in einer Skizze, die 1942 in New York als „Eine konservative Revolution" und ein Jahr zuvor in England unter dem Titel „Make and Break with Hitler" erschienen war, darauf hingewiesen, wie diese Bestrebungen schließlich und endlich vom Nationalsozialismus aufgesaugt, verbraucht und korrumpiert wurden, wie aber auch die Anziehungskraft und Verführung des Extrems sich auf diese Bestrebungen auswirkte. Das Schicksal all dieser Gruppen, schließlich nur dem Nationalsozialismus gedient zu haben, zeigt die Vergeblichkeit politischer Gruppen und die Unfruchtbarkeit ihrer Tätigkeit ohne politische Macht, die nun einmal nicht durch literarische Produktionen, sondern in der repräsentativen Demokratie nur durch praktische politische Parteiarbeit errungen werden kann.

Diese mehr revolutionären als nur nationalen oder konservativen Kräfte der jüngeren Generation blieben politisch totes Kapital. Ein wahres politisches Talent, ob von rechts oder links, hätte aus der zwischen Nationalsozialismus und den Deutschnationalen unter Hugenberg heimatlos irrenden Jugend zwar nicht eine Massenbewegung, aber eine beachtliche politische Macht schaffen können. Als Brüning-Treviranus die Idee eines „Volkskonservatismus" verfolgten, war es zu spät, war die fatale Anziehungskraft des Nationalsozialismus schon zu groß, war der Absprung in den politischen Aktivismus schon geschehen. Noch weniger konnte von Papen mit seinem Herrenklub und seiner spielerischen Elitebildung diese Kräfte durch sein taktisches Talent gewinnen und einsetzen. Es war der Totengräber eines echten Konservatismus, Alfred Hugenberg, der den entscheidenden Wurf tat und der deutschen Entwicklung den Stoß in die verkehrte Richtung gab. Echter Konservatismus weiß um die Begrenzung seiner nationalen und staatlichen Möglichkeiten. Der nationalistische Expansionismus entstammt revolutionärem Geist wie sein Urbild, der französische, der großen Revolution. Der alte Geheimrat war kein Konservativer; er war gewiß alles andere als revolutionär, aber er hatte eine Witterung für notwendige Wandlungen. Er glaubte an die Macht des Organisierens und des richtigen „Kombinierens". Er glaubte Politik machen zu können wie Preisabreden zwischen Konzernen und Revolutionen ersetzen zu können durch geschicktes Management. Er war ein Machtpolitiker. Er war das bürgerliche Pendant des Massenführers Hitler; beide sahen in der Macht die einzige entscheidende politische Realität; beide verachteten die Masse, suchten aber sie zu benutzen. Es war logisch zwingend, daß Hugenberg, wenn auch mit taktischer Hilfe von Papens, Hitler den Weg zur Macht ebnete. Aber bevor er das, trotz seiner Geringschätzung für Hitler und seiner Abneigung gegen die Demagogie der Partei, unternahm, knüpfte er die Fäden, die seine Partei, die Groß-

wirtschaft und die Führung der Reichswehr zu der entscheidenden Machtgruppe Deutschlands verband. Gegenwärtig würde man das nach dem amerikanischen Beispiel als die deutsche „power-elite" bezeichnen. Mit dieser Interessenverbindung, die man sich nicht als eine vertragliche vorstellen darf, sondern vielmehr als ein Netz persönlicher Beziehungen, in vertraulichen Gesprächen und Absprachen geknüpft, war der zweite Schritt zur deutschen Katastrophe getan. Die Bedenklichkeit einer solchen Kombination von Gruppen, die kraft ihres Einflusses und Machtbesitzes eine politische Willensbildung außerhalb oder im Gegensatz zu der verfassungsmäßigen erzwingen kann, wurde weder in der Weimarer Republik, noch wird sie offenbar in der Bundesrepublik heute so ernst genommen, wie dieses Symptom eines staatsstreichfähigen und -bereiten Machtblockes im Staat zu beurteilen ist. Es ist bezeichnend, daß im Gegensatz zu dem jetzigen wie früheren Präsidenten der USA, die beide übereinstimmend die Existenz einer „power-elite" in USA, ähnlich der Hugenbergschen, als eine schwere Gefahr für eine rationale, besonnene Politik halten, beispielsweise der Washingtoner Korrespondent der „Welt", von Borch, in einem kürzlich erschienenen Buch sie als ein ermutigendes Zeichen glaubt preisen zu sollen.

Es war Hugenberg, nicht Hitler, der bei Industrie wie Militär die Bedenken gegen eine nach dem Osten gezielte Expansionspolitik beseitigte und die Notwendigkeit nicht allein einer Revision der Ostgrenze, sondern neuer Gebietserwerbungen, neuen Lebensraumes und neuer aufnahmefähiger Märkte bewies. Die außenpolitische Konzeption Hugenbergs sah als erstes Vorhaben eine Liquidation Rußlands als Macht, nicht nur als „Vaterland des Proletariats" vor. Mit einer an die diplomatische Klugheit des Professors Grewe in Washington erinnernden politischen Einsicht hat der alte Geheimrat später als Mitglied der Londoner Weltwirtschaftskonferenz 1933 dieses Ziel weltöffentlich betont. Er übergab der Presse ein Memorandum, in dem er die Notwendigkeit des Erwerbes der Ukraine für Deutschland als „Lebensraum" forderte, offenbar in der Annahme, daß der Westen Deutschland diesen Machtzuwachs gönnen würde für die Dienstleistung, den Bolschewismus zum Vorteil aller Westmächte auf Deutschlands Kosten zu liquidieren, ohne sich dabei einfallen zu lassen, daß der Westen ein von der russischen Militärmacht im Rücken befreites Deutschland mehr als alles andere fürchten würde. Daß Hugenberg für diesen Schwabenstreich einer Geheimratspolitik als Wirtschaftsminister unter Hitler resignieren mußte, während der Professor Grewe für seinen ähnlichen Streich hinsichtlich der Benutzung eines neuen 17. Juni 1953 zum Zweck einer gewaltsamen Wiedervereinigung nichts dergleichen zu tun brauchte, sei hier nur am Rande bemerkt. Es ist gewiß mißlich, von dem Bürgertum, der Großindustrie, den Militärs zu sprechen. Es soll hier keineswegs behauptet werden, daß die deutschen „Industriekapitäne" en bloc zu der Hugenbergschen Machtelite zu rechnen waren und mit seinen Expansionsplänen identifiziert werden müssen. Es ist vielmehr der Darstellung des langjährigen Chefs des Berliner Büros der Associated Press of America, Louis P. Lochner, in seinem 1954 erschienenen Buch „Tycoons and Tyrant" zu folgen,daß die deutsche Industrie in ihrer Mehrheit nicht der Vorwurf gemacht werden könne, sie habe Hitler in den Sattel geholfen, noch daß sie mit Hitler konspirierte, um die Gewerkschaften zu beseitigen und einen Krieg zu provozieren. Das sind Verallgemeinerungen, die den Ernst der wirklichen Beziehungen von Industrie, Militär und restaurativen Gruppen zu Planern einer expansionistischen Außenpolitik nur bagatellisieren und die Möglichkeit einer Wiederholung solcher Machtkombinationen zur bloßen Phantasie oder böswilligen Hetze stempeln. Die Geschichte der Interessengemeinschaft der deutschen Großwirtschaft mit Hugenberg und über und neben ihm zum Militär

und zu Hitler ist noch nicht ausreichend und objektiv geklärt. Zu viele Interessen stehen einer solchen Klärung im Wege. Lochner rückt zu sehr die helleren Seiten des Bildes in das Licht. Die Erkenntnis, daß auf die Dauer nur ein machtvoller Staat, der die Interessen der Wirtschaft schützen kann, der ihr Absatzgebiete sichert und sie vor einer neuen Krise oder permanenter Verkümmerung schützen kann, war eine zu naheliegende, als daß sie von den Industriekapitänen nicht vollzogen worden wäre, so sehr sie in der Mehrzahl neuen Kriegsabenteuern auch abhold gewesen sein mögen. Die Gefahr einer kommunistischen Revolution war in Deutschland trotz der Wirtschaftskrise keine große. Immerhin bestand die Möglichkeit, daß die vom Nationalsozialismus gewonnenen Massen zum Kommunismus stoßen würden, wenn der Nationalsozialismus nicht mindestens so weit unterstützt würde, daß er seine Positionen halten konnte. Das waren Motive genug, den Nationalsozialismus zu fördern, auch ohne die Hoffnung, daß er, an die Regierung gelangt, die Macht der Gewerkschaften brechen und den Industriekapitänen zu der unbeschränkten „Herr-vom-Hause"-Position zurückverhelfen würde.

Man sollte auch in der Beurteilung der Reichswehr als Konspirator für einen Expansionskrieg sich vor Verallgemeinerungen hüten. Eher ist das Gegenteil richtig, nämlich, daß in den rational und nüchtern urteilenden Generalstabskreisen die stärksten und triftigsten Einwände gegen jede megalomanische Außenpolitik vorherrschend zu finden waren. Unter dem höheren Offizierkorps bestanden Differenzen in der Auffassung über das militärisch Notwendige, Erreichbare und unter günstigen Umständen Wünschbare. Die verantwortliche Führung hielt an der vordringlichsten Aufgabe einer Verteidigung fest, sah sich hierbei aber bereits einer mit den Mitteln und in den Grenzen des Reiches unlösbaren Aufgabe gegenüber. Sie befand sich in einer Lage, die in gewisser Weise der gegenwärtigen ähnelt. Eine erfolgreiche Verteidigung auch nur einer Koalition zweier der „Nachfolgestaaten" gegenüber war nicht gewährleistet, geschweige denn einer unter Teilnahme Frankreichs. Solange nicht zuverlässige politische Sicherungen gegen die Möglichkeit solcher Aktionen geschaffen und eine allgemeine Reduktion der militärischen Kräfte aller Nationen durchgeführt und unter internationale Kontrolle gestellt waren, konnte eine verantwortungsbewußte politische und militärische Führung die deutsche Ausnahmestellung nicht hinnehmen. Dies ist bei den Plänen und Praktiken der Reichswehr nicht zu vergessen, die durch die friedensvertragliche Lage zu konspiratorischer Tätigkeit gezwungen war. Die Voraussetzung für eine Erfüllung der der Reichswehr verfassungsmäßig übertragenen Aufgabe war die Änderung oder geheime Umgehung der Bedingungen des Versailler Friedensvertrages. Auch ohne expansionistische Kriegsziele mußte die Reichswehr eine revisionistische Politik unterstützen. Alles dies ist zu bekannt, als daß darauf hinzuweisen wäre, wenn es nicht immer wieder übersehen würde, daß gewise konkrete Lagen zu konspiratorischem Handeln und der Anwendung von Mitteln und Methoden zwingen, die durch bessere persönliche Einsicht nicht gutgeheißen werden. Eine Versuchung, die auch in der Gegenwart besteht. Die Reichswehrführung ist durch die Lage, die ihr die Erfüllung ihrer Aufgabe unmöglich machte, zur Konspiration gezwungen worden. Wer aber einmal in konspiratorisches Denken und Planen verstrickt ist, hat es schwer, es in rationalen Grenzen zu halten. Das dürfte eine Erfahrung sein, die auch eine Warnung für die Gegenwart einschließt. Der Versuchung, sich von den Plänen Hugenbergs aus der bisherigen Reserve auf gefährlichere Bahnen herauslocken zu lassen, war nicht so leicht sachlich zu widerstehen, weil, wenn erst einmal die Risiken eines im geheimen begonnenen Bruches der Versailler Bestimmungen übernommen wurden, es besser war, gleich

„aufs Ganze zu gehen" und an dem Tage, an dem das geheim Begonnene öffentlich bekannt und vollendet werden mußte, bereits so mächtig dazustehen, daß wiederum das Risiko der anderen Mächte zu groß war, das fait accompli zu beseitigen. Es war daher im Grunde das geringere Risiko, Deutschland als Militärmacht in vollem Umfange wiederherzustellen, als sich nur auf eine gemäßigte Wiederaufrüstung zu beschränken. Das bedeutete noch nicht die Absicht, einen Angriffskrieg zu führen; es hieß vielmehr, einer „Politik der Stärke" das militärische Rückgrat zu stärken und damit sogar politische Erfolge allein durch Druck zu erzielen versuchen. Bekannte man sich jedoch erst einmal zu einer solchen Politik der Stärke, dann lag andererseits auch der Schluß nahe, sich unter günstigen Umständen mit politischen Zielen zu befreunden, die zwar ohne größere militärische Aktionen nicht zu erreichen waren, dafür aber auch mit einem Schlage eine radikale Besserung der strategischen Lage herbeiführten und Deutschland von dem Albdruck einer jederzeit neuen Einkreisung und eines Mehrfrontenkrieges befreiten. Ob man bei einer Politik bloßen Druckes Halt machte oder die Konsequenz zog und sich für die Notwendigkeit einer großen Aktion entschied, war schließlich nur Temperamentssache.

Man muß sich einmal diese Entwicklung rein menschlich in dem Prozeß täglicher persönlicher, beruflicher Meinungsbildung vorstellen, und nicht in den scheinbar objektiven Kategorien zeitgeschichtlicher Wissenschaft. Man wird verstehen, daß es nahezu unvermeidlich war, in den Anziehungsbereich der Hugenbergschen Ideen zu geraten. Ihnen eignet, wie später in noch viel höherem Maße denen Hitlers, die magnetische Kraft des Extremen. Ihnen erliegen zu sein, ist nicht so sehr ein Anlaß zu Verdammungsurteilen der Vergangenheit, als zu Warnungen für die Gegenwart. Man muß sich dies alles auch weniger als einen rationalen Prozeß nur beruflicher Urteilsabklärung vorstellen, denn als einen zunächst unverbindlichen persönlichen Meinungsstreit in rivalisierenden Gruppen und Cliquen verschiedener Lebensanschauungen, die sich befehden und um Geltung für die eigene Person in Verbindung mit der vertretenen Absicht ringen. Man sollte nicht übersehen, daß das Offizierkorps trotz der Pflege der Tradition nach zehn Jahren Republik keineswegs mehr eine einheitliche politische Auffassung und Lebensphilosophie besaß, sondern je nach Temperament und geistiger Erziehung sehr verschiedene persönliche Entwicklungen gewonnen hatte. Der Verfasser hat in einem 1938 veröffentlichten Versuch einer allgemeinen Charakterisierung des deutschen „Umbruchs" oder „Aufbruchs" als einer Art „Revolution des Nihilismus" (des Nietzsche'schen, nicht des russischen) und als eines Phänomens, in dem der Nationalsozialismus nur ein Teil war, auch auf die innere Problematik des Offizierskorps aufmerksam gemacht, die nach dem Verlust seiner politischen und geistigen Richtungspunkte, seiner „Points" (nach dem alten Kommando beim Parademarsch: „Points vor!") zu Tage getreten war. Er hatte, zwar nur über den Daumen gepeilt, drei Gruppen von Offizieren unterschieden: eine im alten Geist eines besonderen Ethos patriotischer und geistiger Verpflichtung unter Zurücksetzung der eigenen Person erzogene und gebliebene; eine zweite, die Offizier zu sein nur als Beruf auffaßte, in dem sachliche Aufgaben zu erfüllen waren, ohne darüber hinaus eine patriotische oder geistige Berufung anzuerkennen; und eine dritte, die man als moderne Landknechtsnaturen wird bezeichnen können, skrupellose, zynische Karrieremacher, geltungsbedürftig, aber aktiv, „modern", Neuem zugänglich, Spieler, Rechner. (Bezeichnend, daß in jenen Jahren bei den Winterarbeiten der Kriegsakademiker mit freier Themenwahl F r u n d s b e r g das bevorzugte Thema gegenüber Gestalten wie Scharnhorst war.) In der geraden Linie der Entwicklung lag es, daß sich je länger je mehr das Zahlenverhältnis dieser drei

Kategorien zu Gunsten der zweiten und dritten verschob und die Initiative schließlich in die Hände der dritten glitt.

Wie weit die oberste militärische Führung für den Plan einer großen Aktion im Osten schon vor Hitlers Machtantritt gewonnen wurde oder nicht — sicher ist, daß nicht sie auf eine solche gedrängt hatte. In jedem Falle machte sie zur primären Voraussetzung jeder Aktion eine politische Vorbereitung, die eine allgemeine Konflagration ausschloß und eine Handlung mit weit gesteckten Zielen in eine Reihe begrenzter Einzelhandlungen auflöste, wie es Bismarck in den drei unter ihm geführten Kriegen zu tun verstanden hatte. Zwischen dem Offizierskorps, den Befehlshabern in den höheren Kommandostellen und den politischen Kreisen um Hugenberg bestanden enge persönliche Beziehungen verwandtschaftlicher Art, wie auch gemeinsame Standes- und Wirtschaftsinteressen. Die außenpolitischen Anregungen samt ihren militärischen Konsequenzen, die von Hugenberg ausgingen, drangen nicht durch offizielle Verbindungskanäle zwischen Partei und Reichswehrstellen in das Offizierskorps, sondern unmerklich, in unverbindlichem persönlichen Gespräch. Auch spielten Nachrichtendienst, Presse, patriotische Filmproduktion, die der Hugenbergkonzern als Beeinflussungselemente kontrollierte, bei den in ihren geistigen Privatbedürfnissen, im Unterschied zum französischen Offizierkorps, mit „gut bürgerlicher Kost" leicht zufrieden gestellten deutschen Offizieren eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Hugenberg'sche Propaganda, zentral nach einheitlichem Plan gelenkt, konzentrisch von den verschiedensten Ausgangsstellen auf das eine Ziel, die Wiedergewinnung der deutschen Großmachtstellung, vorstoßend, hat das bedächtigere, dem hysterischen Geschrei der Hitlerpropaganda und dem Massenrummel abholde Bürgertum für die geduldige Hinnahme der späteren gröberen Methoden reif gemacht. Es ist die Hugenberg'sche Technik der unauffälligen Beeinflussung, die sich die Lenkungsapparate der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik zum Muster genommen haben, wobei sich diese Stellen und der apathische Durchschnittsbürger darüber klar sein müssen, daß auch hier eines Tages das Extremere den Sieg über das Gemäßigtere davontragen wird und der Hugenberg'schen Beeinflussung der Beherrschungs- und Terrorisierungsapparat Hitlers folgen muß wie das Amen in der Kirche. Mit den außenpolitischen und militärischen Zielsetzungen Hugenbergs, mit den Ideen vom neuen „Lebensraum" für das deutsche „Volk ohne Raum", mit solch weitgreifenden Vorhaben wie die Gewinnung der russischen Ukraine und damit die gewaltsame Beseitigung der gesamten Volksordnung des europäischen Ostens mußten auch solche Vorstellungen wieder Bedeutung gewinnen, die in den politischen und geistigen Wirren unmittelbar nach dem Weltkrieg die Mutterlauge gebildet hatten, aus der sich der Nationalsozialismus herauskristallisierte. Um größere militärische Aktionen durchführen zu können, bedarf es in den modernen Material- und Vernichtungskriegen mitsamt einer totalen Mobilisierung einer totalen Disziplinierung. Das war die damalige Lehre. Sie hatte auch Geltung bei Konzeptionen, die nur noch mit isolierten Handlungen, mit „Blitzkriegen" operieren wollten. Denn wenn es sich um eine so großräumige Aktion handeln sollte, wie es ein Vorstoß nach Rußland sein müßte, um die Ukraine zu gewinnen, so konnte keine verantwortungsbewußte militärische Führung das Risiko ohne Sicherung für den Fall auf sich nehmen, daß der Krieg nicht im Blitztempo siegreich zu beenden war, sondern nachhaltigere Anstrengungen erforderte. Die Hugenberg'sche Außenpolitik führte auch in ihrer militärischen Konsequenz zur Forderung nach einer autoritären Ordnung. Mit einer bloß autoritären Regierung, die kraft der Autorität einer Institution und Person, des Reichspräsidenten von Hindenburg, delegierte Autorität, aber keine reale Macht besaß, war es nicht getan.

Eine Elite, eine geschichtsbefugte Oberschicht, war eine feine Sache, aber machtpolitisch war sie nonexistent.

In der vor dreißig Jahren lesenswerten Monatsschrift „Die Tat" hatten jüngere, von einem genialen Geistesblitz erhellte Politiker — heute haben sie in der mit Bonn gleichgeschalteten Hamburger „Welt" ein Altersrefugium gefunden und lassen gewichtlose Papierdrachen in die Herbstwinde hochsteigen — das Thema auctoritas und potestas mit großer Eindringlichkeit diskutiert. Es ist wie damals so auch heute ein gewichtiges Problem. Autorität ist nur in gefestigten Zeiten eine in Institutionen investierte; in gefährdeten Ordnungen ist es die persönlich erworbene, die die Autorität eines Amtes aufrecht erhält. Solche Autorität ist nicht delegierbar, sie bleibt nicht am Amte haften. Sie muß persönlich neu erworben sein, während die an Ämter gebundene Macht nur so lange eine reale ist, als der Amtsinhaber sie ständig zu behaupten und zu gebrauchen weiß. Es besteht auch keine Alternative, sich entweder auf Autorität oder Macht zu gründen. Es ist nicht so, wie Ernst J ü n g e r in seinem Heliopolis jemanden empfehlen läßt, um sich politisch zu festigen, an potestas aufzuopfern, um an Autorität zu gewinnen. Beides muß verbunden sein. Die Notwendigkeit und zugleich Schwierigkeit, beides zu vereinen, power und authority, hat erst kürzlich ein gescheiter amerikanischer Kommentator mit Bezug auf die Stellung des amerikanischen Präsidenten diskutiert. Die gleiche Schwierigkeit wie dem amerikanischen Präsidentenamt haftet dem Amt des deutschen Reichspräsidenten an, wie gegenwärtig dem des Bundeskanzlers. Der künftige Erbe des Bundeskanzlers erbt nur die Anwartschaft auf die Autorität und Macht seines Amtes. Er muß beides erwerben, wenn er jene nicht schon als Persönlichkeit besitzt und diese bereits in Gestalt einer eigenen Hausmacht in das Amt mitbringt, weswegen in der Gegenwart der logische Erbe Adenauers Franz Joseph Strauss heißt und der Erbe Hindenburgs in der Vergangenheit Adolf Hitler war. Alfred Hugenberg mußte sich trotz seiner Abneigung gegen Hitler darüber klar werden, daß die persönliche Macht und Autorität, die sich Hitler als Partei- und Massenführer erworben hatte, ein unentbehrlicher Faktor in seiner Kräftekombination war, nicht allein aus militärischen Gründen der notwendigen Massendisziplinierung, sondern um eine Regierung zu legitimieren, verfassungsändernde Reformen kraft eigener Autorität zu vertreten und nicht nur durch Gewalt zu erzwingen. Auch im Hugenberg'schen Plan war ein Staatsstreich, war die teilweise Außerkraftsetzung der Verfassung als nationale Notstandsmaßnahme conditio sine qua non. Man versteht die Haltung der deutschnationalen Minister im Hitlerkabinett zu den Maßnahmen Hitlers erst dann, wenn man sich vor Augen hält, daß der Nationalsozialismus mit Hitler an die Macht gerufen wurde, um einen verschleierten Staatsstreich durchzuführen. Hitler wurde, wie von Papen sich nach dem 30. 1. 1933 triumphierend ausdrückte, von der Machtelite „engagiert", um ihn — so war der geheime Vorbehalt — nach getaner Arbeit wie einen nicht mehr benötigten Dienstboten zu „entlassen". Eine Alternative zur Berufung Hitlers gab es nur theoretisch, nur in der spekulativen Phantasie des Generals v o n S c h l e i c h e r , der nicht nur die kurze Gastrolle als sozialer Kanzler-General gab, sondern auch mit dem Gedanken spielte, eine „echte" sozialistische Massengrundlage aus Gewerkschaftskreisen und dem sozialistischen S t r a s s e r - Flügel der Nationalsozialisten zu bilden. Es war ein Hirngespinst, weil eine so gestützte Regierung sicherlich nicht die Legitimation für die Umbildung der liberalen Weimarer Republik in einen autoritären Staat gewonnen hätte. Das aber war des Pudels Kern, das innenpolitische Ziel der in den letzten Jahren nach B r ü n i n g s Sturz regierenden Machtelite und die innenpolitische Voraussetzung der Hugenbergschen Außen-

politik. Dabei erhebt sich die Frage, in wieweit die abrupte Entlassung Brünings als Reichskanzler auch noch andere Gründe hatte als seine unpopuläre Deflationspolitik und sein angeblicher Agrarkommunismus. In wieweit war er für die Powerelite und ihre außen- und innenpolitischen Ziele ungeeignet und mußte beseitigt werden, um den Staatsstreich vorbereiten zu können? Entkleidet man die verhängnisvolle Entwicklung der letzten Jahre vor Hitlers Berufung zur Macht der verwirrenden Details des Intrigenspiels, so schält sich eine einfache, klare Linie heraus. Ein Prozeß wird sichtbar, der seiner eigenen zwingenden Logik folgt und den Hauptbehandelnden keine Toleranz in ihren Entscheidungen gewährt, sondern ihnen bestimmte Entscheidungen aufzwingt, gemäß dem in der mephistophelischen Welt des Bösen geltenden Gesetz, im ersten frei, im zweiten und folgenden aber Knecht zu sein.

Es geht hier nicht um historische Erkenntnisse. Es geht um die Abklärung von Erfahrungen, die praktische politische Bedeutung gewinnen könnten, wenn sie offene Ohren fänden. Es geht darum, einen rechten Standort für die Beurteilung der Gegenwart und das praktische Handeln in ihr zu gewinnen. Wir sind hier nicht damit beschäftigt, nach persönlich Schuldigen für das deutsche Verhängnis zu fahnden oder Personen zu entschuldigen oder gar, wie es am Ende dem einen oder anderen mißtrauischen Leser erscheinen könnte, den Nationalsozialismus „von der Schuld reinzuwaschen" und andere mit ihr zu belasten. Die „Vergangenheit bewältigen" heißt nicht anklagen noch Schuld und Schuldige brandmarken. Es ist nicht einmal damit allein getan, die eigene Mitverantwortung für das Geschehene zu erkennen und zu bekennen, so notwendig auch dies in einem anderen Zusammenhange sein wird. Das Übel und der Irrtum der Vergangenheit ist aus der Gegenwart nur zu bannen durch die Erkenntnis ihres Beginnes. Wir fragen nach dem kritischen Punkt, an dem die Verstrickung begann, von dem ab die Handelnden unter einem Zwang standen. Wo begann die verhängnisvolle Kausalkette? Wo liegt der Punkt, von dem ab es keine Umkehr mehr gab, an dem das Verhängnis seinen Lauf nahm, oder, wie die burschikose Redewendung jener Zeit es ausdrückte, nur noch übrig blieb, „die Zigarre zu Ende zu rauchen"? War es die Bildung jener „Macht-Elite", die das mißhandelte Recht und Lebensrecht Deutschlands in ihre Hand nahm und sich aus eigener Macht zu „Treuhändern der deutschen Erneuerung" aufwarf? Niemand konnte in Deutschland Illusionen darüber haben, daß die Westmächte, die damals das Schicksal Deutschlands allein kontrollierten, nicht freiwillig wesentliche Änderungen des Versailler Vertrages zugestehen würden. Die mit pathetischen Redeblumen geschmückte Stresemann-Briand-Episode trug keine Früchte. Wer gegenwärtig für die „Politik der Stärke" Adenauers ist, wird kaum das Argument jener „Treuhänder" zu bestreiten das Recht haben, daß nur überlegene Macht, notfalls Gewalt eine befriedigende Lösung bringen konnte, nicht aber eine „Erfüllungspolitik", wie sie die ehemaligen Mehrheitsparteien versucht hatten, kein Warten auf friedliche Evolution. Rechtfertigt die Gegenwart die verhängnisvolle Vergangenheit? Oder richtet diese jene? Wo liegt nicht nur der Punkt, von dem es keine Rückkehr mehr gab, sondern von dem ab eine Freiheit der Entscheidung nicht mehr bestand? Wo liegt der Punkt, an dem besorgte und verzweifelnde Patrioten zu bedenken- und hemmungslosen Politikern der nackten Gewalt wurden und jedes Mittel guthießen, das Erfolg versprach? Es ist notwendig, in einem weiteren Aufsatz noch einen Schritt weiter zu gehen, um den ganzen Schatten der Vergangenheit über der Gegenwart zu erkennen.

Klaus Ehrler, M. A.

CDU — Ursprung und Metamorphose

Die Wahlen zum 4. Bonner Bundestag spielen auf dem Zeitplan der internationalen Politik eine nicht unbedeutende Rolle, sei es, daß sie als Vorwand zum Hinausschieben wichtiger Konferenztermine oder notwendiger Verhandlungen dienen sollen, sei es, daß ihr Ergebnis zur Festigung oder Infragestellung internationaler Verhandlungspositionen beitragen könnte. Jedenfalls bietet sich dem westdeutschen Wahlvolk die nur alle vier Jahre gewährte Chance, einmal verfassungsrechtlich relevant und politisch wirksam zu werden, in einem Augenblick, der der großen welthistorischen Weichenstellung unseres Zeitalters schon sehr nahe liegt. Wenn die Praktizierung der allgemeinen und möglichst vollständigen Abrüstung nämlich in den nächsten vier bis fünf Jahren nicht ganz erhebliche Fortschritte bis hin zu ihrer nahen Vollendung erzielen kann, muß der Lauf unserer planetaren Weltgeschichte selbst als in Frage gestellt erscheinen. Nun werden die Würfel der bevorstehenden Entscheidungen gewiß nicht in Bonn geschüttelt und geworfen, aber auch ein kleiner Stoß an das Tischbein kann schon erhebliche Veränderungen des Schicksalsbildes bewirken — vor allem dann, wenn man so nahebei sitzt und so stark ist wie wir.

Die großen Bundestagsparteien lassen in ihren Wahlmanifestationen diese Fragen und Perspektiven tunlichst aus dem Spiel. Wohl ist von Abrüstung die Rede, aber nicht von der unseren, ferner vom Wohlstand, der für alle da sei, aber gemeint ist natürlich erst einmal der eigene. Wieder einmal wird mit den falschen Akzenten geworben und gekämpft: man gibt sich in der aufwandsfreudigen Attitüde festlicher Tage, ehe noch die sauren Wochen überstanden sind. Die Projektionen wie auch die Hautnähe des Wohlstandes verschleiern die Unmittelbarkeit nicht nur seiner Gefährdung. Die außen- und militärpolitische Kursfixierung steht überhaupt nicht mehr zurDebatte, obwohl es auf neue Pläne und Schritte auf diesen Gebieten viel entscheidender ankommt als auf Volksaktien und andere kleine Glücksbringer. Natürlich und ohne Zweifel: Wohlstand sollte in der Tat für alle Menschen Wirklichkeit werden — aber nicht als Opium der Politik und der Politiker.

Der Sog der Wohlstandsideologie und -wirklichkeit erspart vielen tonangebenden Bundespolitikern umständliche Uberzeugungs- oder Tarnmanöver: ihre Absichten liegen ziemlich offen zutage, aber nur wenige setzen sich kritisch damit auseinander, selbst wenn es sehr notwendig wäre. „Übergesetzliches Notstandsrecht" — offen von einem amtierenden Bundesminister gefordert und halb schon in Anspruch genommen — erregt nicht mehr Besorgnis als der Mann im Mond. Die Kapitulation der bisherigen parlamentarischen Opposition in vielen wichtigen Fragen — vor allem in der Deutschlandfrage — gilt fast nur als Triumph der „richtigen Richtung" der Regierung, kaum aber als Niederlage der Demokratie. Unorthodoxe politische Vorstellungen oder Empfehlungen müssen froh sein, wenn sie nur als „illusionistisch" statt als „östlich infiltriert" oder „inspiriert" abgestempelt werden. Wichtige Entscheidungen werden eigentlich immer als schon getroffen vorgefunden, der Wähler soll sie nur bestätigen oder davon profitieren. Die Zukunft erscheint nur als verlängerte Gegenwart, denn es kann nur diesen sozialen und politischen Zustand geben oder sonst keinen.

Diese Alternativlosigkeit ist ja auf eine gewisse Weise durchaus existent — aber wie anders, als ihre Apologeten meinen! Die CDU, die sich mehr und mehr voll strotzenden Selbstbewußtseins als deutscher Schicksalsmacher zu entpuppen anschickt, lebt nahezu in einer eigenen Wirklichkeit ohne Zweifel und Anfech-

tungen. Für s i e gibt es offenbar nichts, was dieser Eigenwelt zuwiderliefe oder ihr nicht entspräche. Das gilt sogar für die Sowjetunion, ihren Hauptfeind: denn in der ihr zugeschriebenen Rolle des nahezu schlechthin Negativen und zu Negierenden übt sie eine Hauptfunktion in dieser CDU-eigenen Vorstellungs- und Wirkungswelt aus, in der wir alle, wenn zum Teil auch widerstrebend, leben. Wenn wir nur wenigstens nicht in ihr denken, finden wir vielleicht doch einen lebensvollen Ausweg aus dieser noch vorherrschenden Alternativlosigkeit: CDU oder sonst gar nichts.

Das Paradoxe ist: die CDU kann ihrer selbst kaum mehr überdrüssig werden, denn dazu ist sie schon viel zu einsam in der Höhe zumindest ihrer innerstaatlichen Machtstellung. Ihre Niederlagen erhöhen ihr Prestige fast ebenso wie ihre Erfolge: denn mit beiden sind zugleich Staat und Gesellschaft ge- und betroffen. Selbst die vor-bundesrepublikanische Vergangenheit erscheint sub specie Bonnae, wie ein vom SPIEGEL fleißig notiertes Adenauer-Zitat beweist: danach erreichte „das Saarland erst nach 37 Jahren sein Ziel, . . . den völligen Aufgang in der Bundesrepublik", die 1920 ein Provisorium war, da man sie ja nicht vorhersehen konnte.

Es gibt natürlich eine Menge Alternativen zur CDU-Wirklichkeit, aber es gehört schon Luftholen und Augenschließen dazu, sie sich vorzustellen und anderen darzustellen. Das Denken und Darstellen von Alternativen ist das tägliche Brot des politischen Lebens der Demokratie, und wehe uns, wenn wir das besonders in Wahlzeiten vergessen! Sonst kann es so schlimm kommen, daß nur noch das Nichts kommen kann. Die Kontrastierung mit dem Abgrund ist nicht nur eine unfaire, sondern auch eine allseits höchst gefährliche Methode politischer Eigenmachterhaltung.

Wir wollen es nicht so hart treiben mit der CDU, sondern sie nur erst einmal mit der Frühphase ihrer jungen Vergangenheit, das heißt mit sich selbst in einem alternativen Zustand, vergleichen. In dieser Blickrichtung nimmt sich ihr heutiges „Nur so", „Immer so" und „Weiter so" vollständig als „Niemals so" aus, und das Wunder der Verwandlung des „Niemals" in das „Immer" ist das Geheimnis, dessen Beherrschung den bisherigen Machtbesitz der CDU garantieren konnte.

Dies ist zwar ein kleiner Trost für die SPD, aber er ist im Wahlkampf nicht anwendbar. Denn wie müßte eine Partei dem Wählerblick erscheinen, der nicht nur Anpassung an die CDU entdeckte, sondern auch die Nicht-Originalität dieser Verwandlung! Die CDU war es, die bereits um die Jahreswende 1947/48 Sozialismus und Neutralismus über Bord geworfen, aber noch lange von ihrem alten Nimbus neutralistischer und sozialistischer Herkunft gezehrt hat, während sie die völlig heterogenen Grundlagen restaurativer Politik schuf, die ihr fortan den Zugang zur Macht sichern sollten. Auch dies also ist nichts Neues — und wieder scheint das Gesetz des „Immer so" voll bestätigt zu sein.

Wenn man die programmatischen Manifestationen und auch gelegentliche Äußerungen maßgebender CDU-Politiker der Jahre 1945 bis 1947 mit den heutigen der SPD vergleicht, muß man die damalige CDU fast für eine „linksradikale" Partei halten, um diesen jetzt von der CDU gern gebrauchten Terminus zu verwenden. Das trifft nicht etwa nur für die später so genannte Ost-CDU zu, sondern für die damalige gesamtdeutsche CDU, als die sie sich seinerzeit auch durchaus und zutreffend gefühlt hat. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Frontstellung dieser Anfangs-CDU gegenüber der SPD. So meldete DIE NEUE ZEITUNG Ende April 1947: „Der Landesvorsitzende der Berliner CDU, Dr. Walther S c h r e i b e r, wies am 28. 4. 47 in einer öffentlichen Versammlung die Behauptung zurück, die CDU habe sich der SPD genähert, und erklärte, daß im Gegenteil zwischen beiden Parteien . . . starke Unterschiede bestünden. Weiter

habe er den Eindruck, daß die SPD für einen Westblock optieren wolle, während die CDU eine deutsche Politik treibe und weder den Anschluß an einen Westnoch an einen Ostblock beabsichtige." Und die NEUE ZEITUNG vom 12. 2. 1946 teilte den Wortlaut öffentlicher Ausführungen des CDU-Zonenvorsitzenden Jakob K a i s e r wie folgt mit: „Und da ich nun einmal als Mann der Union . . . spreche, darf ich mir noch eine kleine parteipolitische Bemerkung erlauben: vielleicht wird auch Herr S c h u m a c h e r (der Vorsitzende der West[1])-SPD, d. V.) im Westen oder Süden mein Bekenntnis hören und zur Kenntnis nehmen . . . Herr Schumacher scheint über diese und jene Nachrichten in Sorge zu sein, die aus ‚dem Osten', wie er sagt, zu ihm kommen. Möge zu seiner Beruhigung nun auch die Nachricht vom Bekenntnis der Union zum Sozialismus zu ihm dringen . . ."

Jakob Kaiser präzisierte dieses Bekenntnis der CDU unmißverständlich (NEUE ZEITUNG, 14. 2. 46): „. . . ich stelle zunächst fest, die Union ist keine bürgerliche Partei. Ganz abgesehen davon, daß sie es schon deshalb nicht sein kann, weil sie nicht nur Bürger, sondern auch Arbeiter und Bauern in großer Zahl umfaßt, also bestenfalls als Volkspartei bezeichnet werden müßte, gehe ich noch einen Schritt weiter und sage: die Union ist keine bürgerliche Partei, weil sie die alte bürgerliche Gesellschaftsordnung als überlebt ansieht . . . Blind wäre derjenige, der sich einer Partei verschreiben würde, die eine Restauration der bürgerlichen Gesellschaftsordnung zu schaffen sich bemühen wollte . . . Wir dürften von einer solchen Partei wohl mit Recht sagen, daß es sich hier um eine bemitleidenswert reaktionäre Partei handeln würde. Ich mache mich deshalb nicht im geringsten einer sogenannten radikalen, einer revolutionären Gesinnung schuldig, wenn ich sage, die Zeit der bürgerlichen Ordnung ist vorbei . . . So bleibt uns heute die Erkenntnis, daß wir im Zeitalter des Durchbruchs der Massen des werktätigen Volkes als bestimmender Faktoren des Lebens der Nation stehen. Und ich möchte nicht falsch verstanden werden, wenn ich sage, daß uns hier in Berlin, wo Ost- und Westeuropa im großen geschichtlichen Treffen der Nationen aufeinanderstoßen, diese Zeitenwende vom bürgerlichen Zeitalter zum Zeitalter des werktätigen Volkes unter dem Erlebnis der Begegnung mit dem vom Willen des werktätigen Volkes geformten Rußland stärker noch aufgeht, als es vielleicht im übrigen Deutschland der Fall ist. Es mag das Veranlassung geben, uns im tiefsten Ernst mit den Gegebenheiten Europas, oder besser noch der Welt auseinanderzusetzen, denn ob Ost oder West, die Auseinandersetzung mit dem sterbenden bürgerlichen Zeitalter ist da . . . Und ich will mich auch hier noch einmal zu der Aufgabe bekennen, die ich als geschichtliche Aufgabe Deutschlands ansehe. Mir scheint nach allem für Deutschland die große Aufgabe gegeben, im Ringen der europäischen Nationen die Synthese zwischen östlichen und westlichen Ideen zu finden. W i r h a b e n B r ü c k e z u s e i n z w i s c h e n O s t u n d W e s t, zugleich aber suchen wir unseren eigenen Weg zu gehen zu neuer sozialer Gestaltung . . . Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, daß wir keinen Bruch mit der Tradition wollen, sondern daß alles, was die bürgerliche Kultur an Werten geschaffen hat, . . . als Bestandteil ewigen Volksgutes auch in eine neue Ordnung mit hinübergenommen werden soll. Die Ordnung aber, der die bürgerliche Ordnung nunmehr Platz zu machen hat, wird eine sozialistische Ordnung sein müssen . . . Privateigentum wird . . . da zu einer öffentlichen Gefahr, wo es Macht über Menschen verleiht oder wo es einzelnen ermöglicht, willkürlich über Gaben der Natur zu verfügen und andere von ihnen auszuschließen. Deshalb fordern wir Gemeinschaftseigentum an Bodenschätzen, scharfe Bindung allen Grundeigentums und schärfste Kontrolle des Großeigentums, soweit es noch in privaten Händen ist . . . Wir verlangen nicht nur als Christen, sondern auch als Demo-

kraten eine gesunde sozialistische Ordnung. Wir können nicht der Auffassung zustimmen, daß die Idee einer Demokratie sich in dem Ideal eines formalen Abstimmungsmechanismus erschöpfe. Es genügt nicht, daß jeder Deutsche gleiches Stimmrecht hat. Es muß auch jeder Staatsbürger die gleiche Chance haben, wirklich an der politischen Willensbildung seines Volkes teilzunehmen. Davon kann aber so lange keine Rede sein, als innerhalb des Volkes Leute vorhanden sind, die aufgrund privatrechtlicher Titel, kraft eigener Besitzvollkommenheit überragende wirtschaftliche Machtstellungen innehaben, die, gestützt auf diese Stellungen, einen geistigen und politischen Einfluß ausüben, der weit über das hinausgeht, was ihnen aufgrund eigener Leistung und Tüchtigkeit zukommt. Aus diesem Grund sind wir auch für Brechung der Macht der Syndikate und der Kartelle. Wir sind weder Feind des Großunternehmens noch Feind des Aktionärs, der seine Ersparnisse in Industriewerten angelegt hat. Aber wir wenden uns auf das schärfste gegen den Finanzier, der nicht in Produktionsziffern, sondern in Börsenkursen denkt, der nicht Werte schafft, sondern Aktienpakete hin- und herschiebt, der sein Handeln nicht am Wohlergehen der Volkswirtschaft, sondern an seiner Aufsichtsratstantieme ausrichtet. Für diese Leute darf in der deutschen Volkswirtschaft kein Platz mehr sein . . . Man darf sich nicht damit begnügen, die Kartelle nur zu zerschlagen. An ihre Stelle müssen neue Organe treten, die in der Lage sind, unter dem Gesichtspunkt des Wohles der Gesamtheit in demokratischer Weise zu planen und zu lenken."

Im Westen Deutschlands erfolgten damals entsprechende parteioffizielle Verlautbarungen der CDU. So meldete die NEUE ZEIT vom 16. 2. 1946: „Der CDU-Landesvorsitzende des Rheinlandes, Dr. Leo Schwering, legte ein eindeutiges Bekenntnis für den sozialen Volksstaat ab und wies darauf hin, daß diese eindeutig soziale Haltung der CDU und die scharfe Gegnerschaft, die sie gegenüber jeglicher Reaktion einnehme, das Geheimnis des so eindrucksvollen Wahlerfolges (bei den Landgemeindewahlen vom 27. 1. 46., d. V.) in Süd- und Südwestdeutschland sei." Und DER KURIER vom 20. 2. 46: „Karl Arnold, der Oberbürgermeister von Düsseldorf, stellte die einheitliche Richtung aller christlichen Schaffenden im Westen heraus und forderte eine grundlegende Umgestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur. Er bezeichnete die CDU als Fackelträger eines neuerwachten christlichen Sozialismus!" Noch am 16. 8. 1947 konnte die STUTTGARTER ZEITUNG mitteilen: „Auf dem Kongreß der CDU der britischen Zone in Recklinghausen erklärte der Zonenvorsitzende Dr. Konrad Adenauer: ‚Wir wollen den Bergbau und die Grundstoffindustrie der Herrschaft des privaten Kapitals entziehen . . .' Es sollten Gesellschaften gegründet werden, in denen die ‚Vertreter der öffentlichen Interessen' (Landesregierung, Gewerkschaften usw.) zusammen über die Mehrheit verfügen sollten . . ."

Diese gemeinwirtschaftlichen Regelungen waren damals durchaus nicht als Übergangslösungen gedacht. Dies hing auch mit der neutralen Brückenfunktion Deutschlands zusammen, die die CDU im Auge hatte. Vor der Jungen Union führte Jakob Kaiser dazu aus (NEUE ZEIT vom 1. 6. 47): „. . . Wir bekennen uns zum sozialistischen Zuge der Zeit. Es gibt Menschen, die nennen ein solches Bekenntnis den Willen zum ‚Armenhaus-Sozialismus'. Richtig ist, daß Hitler Deutschland als erschreckendes Armenhaus zurückgelassen hat. Aber trotzdem möchte ich unser Bekenntnis nicht mit ‚Armenhaus-Sozialismus' bezeichnet wissen. Denn hinter unserem Neuordnungswillen steht ein starker sittlicher Wille. Der bestimmt uns zu sozialistischen Maßnahmen aus Achtung vor der Persönlichkeit des freien Menschen . . . Verhängnisvolle Erscheinungen sind . . .

stets wiederholte Andeutungen gegen uns, wir seien in unseren Auffassungen und Entscheidungen nicht frei. Ausgesprochen werden diese Andeutungen — ich will nicht von Verdächtigungen reden — meistens von Vertretern einer reinen Westorientierung Deutschlands. . . . Wir achten die politische Lebensform des russischen, des englischen, des amerikanischen Volkes wie die der anderen Völker. Wir wollen diese Lebensformen der anderen aber nicht auf unser Volk einfach übertragen wissen. Das ist unser unbeirrbarer Wille, aus allen Erfahrungen heraus den deutschen Weg zu suchen und zu gehen. Nicht dem Westen und dem Osten hörig. Sondern dem deutschen Weg und dem deutschen Volk verpflichtet, um in voller Freiheit und Eigenständigkeit die eigene Form, die eigene politische und soziale Ordnung zu schaffen. In dieser Eigenständigkeit gewillt, dem Ausgleich zwischen Ost und West zu dienen. Deutschland muß an diesen Ausgleich glauben können. Sein Schicksal hängt von ihm ab. Oder glaubt ihr, daß es möglich wäre, mehr als zwanzig Millionen Menschen dieser Zone nach dem Osten zu verweisen? Und die übrigen vierzig oder fünfzig Millionen deutscher Menschen nach dem Westen?"

Diese neutralitätspolitische Konzeption der CDU wurde auch im Westen propagiert. Lesen wir dazu eine Meldung des TAGESSPIEGEL vom 19. 3. 47: „‚Deutschland für immer neutral'. In einem Vortrag im Nordwestdeutschen Rundfunk betonte der Vorsitzende der Jungen Union der CDU, Dr. Bruno Six, die Junge Union schlage vor, Deutschland für immer zu einem neutralen Lande zu machen, das weder die Absicht noch die Möglichkeit zu Angriffen habe, das aber auch vor jedem Streit der Völker um sein Gebiet durch eine vernünftige europäische Ordnung und ein Völkerstatut geschützt werde."

Bei dem absoluten Vorrang der Sozial- und Wirtschaftspolitik in den ersten Jahren der Nachkriegszeit spielten solche Fragen der internationalen Politik und Außenpolitik nur eine untergeordnete Rolle in Deutschland. Soziale und sozialistische Konzeptionen standen im Vordergrund — auch in den Westzonen. Die Errichtung einer effektiven Demokratie wurde als Voraussetzung dazu gefordert, so daß man für diese Jahre von einem unbezweifelten Primat der Innenpolitik in Deutschland sprechen kann.

Hören wir dazu wichtige Sätze aus den Entschließungen des ersten Parteitages der CDU vom 14. bis 16. 12. 1945 in Bad Godesberg:

Entschließung I: „1. Ehe das deutsche Volk sich eine Demokratie bauen kann, die diesen Namen verdient, muß es sich über die geschichtlichen und seelischen Ursachen der Tragödie der letzten zwölf Jahre in ernster Selbstbesinnung klar werden . . . 2. Eine aller sittlichen Bindungen bare, der Idee der Gewalt verhaftete Politik hat Deutschland in den Abgrund gestürzt. Das erneuerte Deutschland bekennt sich bedingungslos zum Frieden und zum Recht . . . 3. Die Einheit des Reiches ist uns unabänderlicher Grundsatz, sie zu wahren, unsere Pflicht . . . 4. Echte Demokratie, also Selbstregierung des Volkes, . . . beginnt in der Gemeinde. Das schließt jeden Totalitäts- und Diktaturgedanken aus . . . 5. Jeder Nazi-Verbrecher ist vor deutsche Gerichte zu stellen und verdientermaßen zu bestrafen. Aktivisten sind von jedem öffentlichen Einfluß auszuschalten und zur Wiedergutmachung heranzuziehen . . ."

Entschließung II: „. . . Um eine Wirtschafts- und Sozialordnung, wie wir sie fordern, zu verwirklichen, die für immer die Gefahr ausschaltet, daß die Staatsgewalt illegitimen Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballungen unterliegt, ist es unerläßlich, daß die Bodenschätze in Gemeineigentum übergehen. Der Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmungen unseres Wirtschaftslebens müssen klar der Staatsgewalt unterworfen werden [2]) . . . Wir fordern . . . die Neuordnung des Arbeitsrechtes und der Sozialversicherung, sowie

die gleichberechtigte Mitwirkung (der Arbeiter und Angestellten) bei der Lenkung der Wirtschaft."

Auf dem Godesberger Parteitag der CDU hielt die 1948 aus der Partei ausgetretene CDU-Ideologin Maria Sevenich ein Referat, in dem sie zu einer künftigen deutschen Rüstungspolitik folgendes ausführte: „. . . Wir wollen Deutschland aufbauend neu gestalten. Wir wollen es so gestalten, daß es nie mehr eine Gefahr werden wird für die anderen Völker. Darum müssen wir allen falschen Geist ausmerzen für immer. Die weltpolitische Situation ist in eine neue Aera getreten. Wir brauchen uns nicht mehr den Kopf zu zerbrechen um unsere militärische Sicherung . . . Wir können und müssen diese Sorge beruhigt abgeben. Deutschland darf nie mehr sich machtpolitischen Träumen hingeben, sonst lebt es an seiner Berufung, an dem Willen Gottes und an den Erkenntnissen aus seiner schweren Prüfung vorbei. Seien wir froh, daß ein für allemal der Kasernenhof bei uns überwunden sein muß. Seien wir dankbar, daß wir endlich geistig werden können . . . Ob aber Deutschland den in dieser Situation einbeschlossenen Anforderungen gerecht zu werden vermag, das hängt davon weitgehend mit ab, wie sich die Christlich-Demokratische Union hineinstellt in den deutschen Raum und wie sie sich zu den anderen Völkern in eine aufbauende Beziehung stellt. Wir werden viel weitgehender, als es uns heute sichtbar bereits erscheint, das politische Gesicht Deutschlands bestimmen können. . ."[3]). Diese Worte muten geradezu prophetisch an, wenn man in Punkt 3 der Denkschrift der Sowjetregierung an die Bundesregierung vom 17. 2. 1961 liest[4]): „Einige Politiker der Bundesrepublik lassen durchblicken, die Christlich-Demokratische Union würde vielleicht der Unterzeichnung eines Friedensvertrages und den heutigen Grenzen zustimmen, aber es gebe in der Bundesrepublik Millionen umgesiedelter Personen, und wenn die Regierung die Grenzen anerkenne, würden diese Personen die zur Zeit am Ruder stehende Partei nicht unterstützen." Hier ist der im internationalen diplomatischen Verkehr höchst seltene Fall gegeben, daß die Regierung eines Staates die maßgebliche Partei eines anderen Staates im Zusammenhang zwischenstaatlicher Fragen anspricht und dabei doch auch in ihrer Wichtigkeit für kommende Entscheidungen anerkennt. Die CDU ist tatsächlich in eine Mitverantwortlichkeit für Deutschland und den Weltfrieden hineingewachsen, deren Ausmaß weit über das sonst für eine parlamentarische Regierungspartei übliche Format hinausgeht. Deshalb ist die Auseinandersetzung mit dieser Partei so wichtig und so ernst — sowohl für die Bürger des von ihr regierten Staates als auch für ihre eigenen Mitglieder und sie selbst. Eine Partei, in deren Hände so viel Macht und Einfluß gegeben sind, darf ihre große Verantwortung nicht so auf die leichte Schulter nehmen, wie es die auf dem im April 1961 durchgeführten Kölner Parteitag zur Schau gestellte Selbstgefälligkeit und Selbstsicherheit der CDU erkennen ließen. Die Leichtigkeit, mit der sich die Partei von ihrer Führung Kursänderungen und schwerwiegende Entscheidungen aufzwingen ließ, ist dem in den schweren Nachkriegsjahren politisch wenig engagierten bundesdeutschen Wahlvolk nicht sonderlich bewußt geworden.

Die erste große Schwenkung war die vom „christlichen Sozialismus" zum „freien Spiel der Kräfte". Marshall-Plan und Währungsreform wurden von den zu Einfluß gelangenden rechtsgerichteten Kräften in der CDU als Initialzündung einer neuen Ära der Parteigeschichte benutzt. Nachdem vor 1948 der Kampf gegen die bürgerliche Konkurrenz des Liberalismus eine Hauptsorge der CDU war, konnte der Frankfurter Wirtschaftsrat- eine Vorform der Bundesregierung, zur Bastion und Ausgangsbasis künftiger CDU-Regierungspolitik werden, weil der bürgerliche „new look" der CDU-Parteilinie die Unterstützung der liberalen Partei, der FDP, fand. Dem Wähler mochte dieser Umfall der CDU-Politik zum

Teil wohl deshalb nicht so verabscheuungswürdig erscheinen, weil die mit der Währungsreform einsetzende Verbesserung der materiellen Versorgung damit verbunden war. Hier wäre es gewiß Sache des alten Zentrums- und Gewerkschaftsflügels der jungen CDU gewesen, der neuen Führungslinie der Partei den Kampf anzusagen. Seine Ineffektivität hat die konsequente Fortsetzung der Entwicklung der CDU zur rechtsgerichteten Partei ermöglicht.

Immerhinkonnte die CDU bis 1950 noch als pazifistische und neutralistische Partei betrachtet werden. Der Wahlkampf zum ersten Bundestag 1949 stand auch seitens der CDU gänzlich unter innen-, wirtschafts- und sozialpolitischen Parolen. Von Bündnis- und Militärpolitik war nicht die Rede. Doch der Umfang des Wählerauftrages wurde gerade in dieser Richtung völlig überschritten und mißachtet, ganz abgesehen davon, daß die erste Regierungsbildung der CDU nur mit letzter Stimme die erforderliche Mehrheit finden konnte. Diese falsche Frontstellung im Wahlkampf ist von der CDU geradezu zum Prinzip ihres Erfolges erhoben worden: Entscheidungen, deren Auswirkungen von höchster internationaler Bedeutung sind, wurden mit Parlamentsmehrheiten erzwungen, die ihr Mandat der Propagierung harmloser Wohlstandsparolen zu verdanken hatten. So war es 1949: Im folgenden Jahre kam die einseitige und kleineuropäische Westorientierung (Montan-Unions- und EVG-Projekte —) so war es 1957: Im folgenden Jahre kam der Bundestagsbeschluß zur Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomkampfmitteln. 1953 legte die CDU die Wahlkampfpflanzen genau anders herum: Der innenpolitisch schwer zu verkraftende Bundestagsbeschluß zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht mußte außen- und internationalpolitisch übertrommelt werden: Adenauer malte die „bolschewistische Weltgefahr" groß an die Wand: „Der Tod Stalins hat die Labilität der Weltlage noch gesteigert, die Gefahr, in der wir alle leben, noch vermehrt" (19. 3. 53 im Bundestag).

Wie erstaunlich es auch sein mag, jedesmal konnte die CDU ihre unpopulären oder wahlwidrigen Entscheidungen zeitlich so unmittelbar nach der Wahl oder noch so inmitten der Wahlperiode placieren, daß der wohlstandsumrieselte Wähler beim nächsten Male fast alles wieder vergessen zu haben schien. Weder der Rücktritt des Bundesinnenministers Dr. Heinemann im Sommer 1950, der nach der autoritär-undemokratischen Alleinentscheidung Adenauers über das Angebot westdeutscher Militärverbände an die Westmächte erfolgte, noch die Rebellion der FDP gegen das Übergewicht der CDU in der Zweidrittelmehrheitskoalition 1956 wurden vom bundesdeutschen Wähler in ausreichendem Maße als Menetekel empfunden und bewertet. Diesesmal nun, 1961, verhüllt sich die CDU in einem Wohlstandssicherung versprechenden „Weiter so" — die altgewohnte Hauptakzentuierung ist aber ausgeblieben. Gewiß, die SPD erspart ihrer großen Rivalin diesmal allen größeren Kraftaufwand. Aber dies ist nicht der Hauptgrund der auffälligen Unverbindlichkeit des „Kölner Manifestes" der CDU vom April 1961. Die schweren und folgenreichen weltpolitischen Entscheidungen, die aus dem Bereich internationaler Gipfeldiplomatie auf die Bundesrepublik zukommen, verlangen von der Bundesregierung ein hohes Maß von Rücksichtnahme, zumal sich auch die westlichen Regierungen mehr und mehr auf eine weltpolitische Entspannung angewiesen sehen. Zumindest aus Freundschaft zu ihnen wird sie sich daher zur Reduzierung ihrer Ansprüche und Positionen in der Rüstungs-, Deutschland- und Berlinfrage genötigt fühlen müssen. Um das Gesicht zu wahren, muß also die CDU sehr vage in ihren Formulierungen bleiben. Als Ausgleich für äußere Positionseinbußen, die sie nicht vermeiden kann, wird sie ihre innere Position in ihrem Staate bis zur Unverrückbarkeit verfestigen wollen. Man wird

daher den im ersten Punkt ihrer fünf internationalen Forderungen untergebrachten Akzent richtig heraushören müssen, der eigentlich unter die „inneren" fünf Punkte gehörte, dort aber nur unliebsam gestört hätte: „Sie (die CDU, d. V.) fordert . . . 1. die Sicherheit unseres Staates und seiner Bürger vor jeder Bedrohung von außen und innen . . ." Hier ist die Lücke verankert, die das Grundgesetz nach Ansicht des Innenministers Schröder aufweist: die Regelung der Notstandssituation. „Die Bundesregierung wird sich daher im Ernstfalle . . . auf den Notstandsvorbehalt der alliierten Streitkräfte einerseits und auf das übergesetzliche Notstandsrecht andererseits stützen müssen" (Frankenpost, Hof, 27. 4. 61). Was dieses Recht ist, wo seine Grenzen sind — wer kann das wissen?

Auch andere, kleinere, aber sehr entscheidende Positionen sucht sich die CDU direkt und indirekt für alle Zeiten zu sichern: dafür geben die wachsenden Zeichen der Konfessionalisierung des öffentlichen Lebens manche Anhaltspunkte, wie z. B. die neuerlich vorgesehene Bevorzugung der nichtstaatlichen, d. h. vor allem konfessionellen Wohlfahrtsverbände, und nicht zuletzt der kürzlich von Frau Dr. Schwarzhaupt (MdB) für die CDU unternommene Vorstoß zur Änderung des Scheidungsrechtes im Sinne großer Erschwerung des freien Trennungswillens einzelner Ehepartner.

Die so in Angriff genommene Beschränkung der individuellen Persönlichkeits- und Freiheitssphäre hat die Funktion, das etwa einmal versagende Wohlstandsregulativ der Konsumbürgerdisziplin zu ergänzen oder zu ersetzen.

Es ist ein schlechtes Zeichen für das Selbstvertrauen der CDU, wenn sie „klammheimlich" (DIE ZEIT, 2. 6. 61) zu solchen Stützen ihrer Macht Zuflucht suchen muß. Wäre es nicht besser, sie würde in einer letzten grandiosen Schwenkung ihrer Parteilinie wenigstens zur außen- und internationalpolitischen Konzeption ihrer beiden Anfangsjahre zurückkehren? Vielleicht sollten sich einmal nüchterne Führungskräfte im vorletzten Moment über das Ausmaß der Verantwortung ihrer Partei klarwerden und den ja doch sehr autoritätsgläubigen Funktionärskörper in die wirklich richtige Richtung mitreißen. Oder — wie wäre es mit einer demokratischen innerparteilichen Rebellion der CDU-Mitglieder selbst?

Der Wähler kann darauf freilich nicht warten. Wenn er erkannt hat, was die Zeichen der Zeit bedeuten, unterstützt er diesmal bestimmt nicht die sieggewohnte und -verwöhnte CDU.

---

[1]) Bis April 1946 gab es auch die Ost-SPD mit O. Grotewohl als Vorsitzenden.

[2]) Der zuerst zitierte Satz der Entschl. II ist fast wörtlich, der folgende völlig übereinstimmend dem Berliner Gründungsaufruf der CDU vom 26. 6. 45 entnommen.

[3]) „Politik aus christlicher Verantwortung", 1. Heft, „Unser Gesicht", Vortrag von Maria Sevenich auf dem 1. Reichstreffen der CDU in Bad Godesberg, 2. Aufl. 1946.

[4]) s. „Blätter", 4/61, S. 380.

Prof. Dr. Erich Kahler (USA)

Kapitalismus, Sozialismus und der Weltfriede

Der Sozialismus des europäischen Kontinents bietet ein trauriges Schauspiel. Wohl gibt es noch Parteien, die sich sozialistisch oder sozialdemokratisch nennen, aber von Sozialismus ist in ihren Programmen und in ihrer Haltung kaum mehr etwas zu spüren. Sie sind eine schüchtern liberale Version der übrigen eng nationalen, wenn nicht gar nationalistischen, aber jedenfalls wieder rüstungsfreudigen Parteien.

Schuld daran ist, kurz gesagt, die Gleichsetzung von Sozialismus mit dem russischen Kommunismus und die Angst davor, einer solchen Identität verdächtig zu werden. Die westeuropäischen Länder stehen im „Kalten Krieg" gegen den Kommunismus, und da scheint es kurzsichtigen Politikern wahltaktisch besser, die Erinnerung an eine ursprüngliche ideologische Verwandtschaft zu tilgen, bis zur völligen Tilgung sozialistischer Prinzipien. Daß die „sozialistischen" Parteien mit der Aufgabe der Prinzipien sich selbst, ihre Existenzgrundlage und Existenzberechtigung aufgeben und gegenüber dem klaren, energischen Willen und temporären Wirtschaftserfolg eines massiven Großbürgertums wenig Chance haben, das wird sich in den Wahlen zeigen.

Es wird behauptet, Sozialismus sei überholt, er sei überdies „der Weg zur Sklaverei". Daran ist nur wahr, daß die orthodoxe marxistische Doktrin, wie überhaupt jede starre Doktrin, ihre ursprüngliche Geltung nicht bewahrt hat, und daß ein taktischer Mißbrauch dieser Doktrin, wie jeder doktrinäre Mißbrauch, zur Sklaverei führen kann. Der Feudalismus hat Menschen versklavt, Katholizismus wie Protestantismus haben Greuel verübt, der Liberalismus hat auf mehrfache Weise zur Sklaverei geführt. Die liberalen Lehren der französischen Physiokraten mündeten in den Terror der französischen Revolution. Das Ergebnis der liberalen Wirtschaftstheorien zeigt der Bericht von Tocqueville über die Lage der Arbeiter in Manchester im Jahre 1835, die Schilderung des Elends der schlesischen Weber bis zum Ende des 19. Jahrhunderts von Alfred Zimmermann (die Quelle der „Weber" von Gerhart Hauptmann), die Darstellung der Zustände in den französischen Bergwerken in Zolas „Germinal". Alle diese Versklavung war die Folge des radikalen Liberalismus und seiner Theorie der freien Wirtschaft. „Arbeit", so heißt es bei Ricardo, „hat, wie alle andern Dinge, die gekauft und verkauft werden, ihren natürlichen Preis und ihren Marktpreis. Der natürliche Preis ist der Preis, der den Arbeitern nötig ist, um zu existieren und sich fortzupflanzen, ohne Vermehrung oder Verminderung ihrer Klasse . . . Dieses sind die Gesetze, nach denen Löhne sich regeln . . . Ebenso wie alle anderen Verträge sollen die Löhne dem freien Wettbewerb überlassen bleiben und nie durch einen Eingriff der Gesetzgebung beeinflußt werden." Da zu Anfang des 19. Jahrhunderts die Konkurrenz der Maschinen und das Wachstum der Bevölkerung das Arbeitsangebot überreichlich erhielten, ging der Marktpreis der Arbeit niemals über den „natürlichen Preis", und das bedeutete einen Lebensunterhalt am Rande des Verhungerns, hinaus, und die Arbeiter waren den Unternehmern schutzlos ausgeliefert. Es ist ferner nicht überflüssig daran zu erinnern, daß sich der Faschismus und der Nationalsozialismus auf die liberale Parole „Freie Bahn dem Tüchtigen", d. h. dem rücksichtslos Stärkeren, berufen haben. Auch durch diesen Mißbrauch eines an sich berechtigten und förderlichen Prinzips hat der Liberalismus in die Versklavung geführt.

Wie steht es nun weiter mit der Behauptung, der Sozialismus sei überholt? Als Voraussetzung einer objektiven Untersuchung dieser Frage muß klargestellt werden, daß Sozialismus mit orthodoxem Marxismus nicht schlechthin identisch ist. Es gab und gibt verschiedene Formen von Sozialismus, Marxismus ist nur eine von ihnen. Ebenso falsch ist die amerikanische Gleichsetzung von Demokratie mit Kapitalismus und „Free enterprise". Demokratie und Sozialismus sind nicht unvereinbar, ja es läßt sich zeigen, daß eine echte Demokratie heute nur in einem sozialistischen System möglich ist.

Karl Marx hat sich in vielem geirrt. Die falschen, heute nicht mehr haltbaren Annahmen seiner Lehre stammen aus der Perspektive und den Aufgaben seiner Zeit. Marx glaubte z. B., daß eine sozialistische Revolution nur in einem durchindustrialisierten Land möglich ist. Gerade das Gegenteil hat sich erwiesen. Die Länder, in denen eine solche Revolution Erfolg hatte, waren solche, in denen sie von einem ökonomisch primitiven Zustand, unbehindert durch die sozialen und wirtschaftlichen Komplikationen einer industrialisierten Gesellschaft, anheben konnte. In Rußland gab es keinen ökonomischen Mittelstand von Bedeutung, und so konnten die „Arbeiter und Bauern", oder vielmehr die kommunistische Elite, die sie vertrat, ja die sie teilweise erst auf die Beine stellen mußte, um sie zu vertreten, ihren welterschütternden Sieg erringen.

Ebenso irrig, oder besser viel zu einfach war, von heute aus gesehen, die marxistische Konzeption des Klassenkampfes, wie notwendig sie auch für das 19. Jahrhundert sein mochte. Marx konnte zu seiner Zeit nicht sehen, daß es bald nicht nur zwei Klassen geben würde, sondern mindestens drei, und daß sich als gefährlichste und wirksamste dieser drei das Kleinbürgertum herausstellen würde, das erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts voll entwickelt war. Diese amorphe und schwankende Klasse, die eine halb-proletarische Wirtschaftslage mit der Nacheiferung des Großbürgertums und seiner Ideale verband, war der Keimboden und schließlich der massive Träger der Faschismen, denen es gelang eine echte sozialistische Erhebung zu verhindern und durch einen brutalen Nationalismus zu ersetzen.

Inzwischen hat sich in den westlichen Ländern ein sozialer Zustand entwickelt, der viel komplexer ist als ihn Marx voraussehen konnte, und auf den in der Tat das Schema des Klassenkampfes kaum mehr anwendbar ist. Die Arbeiter Westeuropas befinden sich — mit Ausnahme des südlichen Italien und des faschistischen Spanien — in einer annehmbaren Wirtschaftslage, sie sind gut organisiert und haben gelernt, innerhalb des kapitalistischen Systems sich einzurichten und ihre Interessen energisch zu vertreten. Überdies sind sie in unserem Zeitalter der technisch notwendigen Massenproduktion bis zu einem gewissen Grade durch den Automatismus der Wirtschaft geschützt: die Löhne können nicht allzusehr niedergehalten werden, ohne daß die Kaufkraft der inländischen Konsumenten leidet, die selbst bei erheblichem Export als stabile Basis der Wirtschaft unentbehrlich ist.

Die soziale Lage ist also heute gründlich verschieden von derjenigen, die Marx vor sich hatte. Darum ist im Westen auch in progressiven, sozial gesinnten Kreisen die Meinung weit verbreitet, daß der Sozialismus überwunden ist. Abgesehen davon, daß eine solche Anschauung nur einen schrumpfenden Rest der heutigen Welt in Betracht zieht — die neu befreiten Kolonialvölker, die die „freie Wirtschaft" bloß als ein System schrankenloser Ausbeutung und Korruption gekannt haben und die sich, um ihre Unabhängigkeit zu sichern, aufs geschwindeste zu industrialieren trachten, sind mit Notwendigkeit sozialistisch ein-

gestellt — abgesehen davon ist sogar für diesen Rest der kapitalistischen Länder der Sozialismus aktueller, als man denkt. Die Veränderung der Situation hat den Sozialismus nicht obsolet gemacht, sie hat nur seine Grundlage verschoben und seine Bedeutung ausgedehnt. (Auch hat Marx nicht in allem geirrt. Er hat die Akkumulation des Kapitals richtig prophezeit, ebenso das Wachstum der Entfremdung und, wie sich zeigen wird, den Niedergang des Kapitalismus.)

Im 19. Jahrhundert war der Sozialismus ein ausschließliches Anliegen der Arbeiterklasse und insofern ein Instrument des Klassenkampfes. Heute ist er geboten durch unsere Weltlage, er ist eine Angelegenheit unserer Zivilisation schlechthin, und ganz besonders unserer demokratischen Zivilisation. Der Klassenkampf hat sich erweitert und vertieft zu einem allgemeinen Kampf der Generationen, einem Kampf gegen die wachsende Anarchie innerhalb der Länder und zwischen den Ländern, einem Kampf um Rettung vor Atomvernichtung, um eine friedliche, gesetzmäßige Ordnung unserer Welt, die ohne Sozialismus nicht zu erreichen ist. Der Klassenkampf erscheint heute lediglich als ein Keim, aus dem sich das Problem unserer ganzen industrialisierten, kollektivierten und mechanisierten Gesellschaft entfaltet hat, ein Problem, das nicht nur die Arbeiter angeht, sondern uns alle, jeden einzelnen von uns in allen Nationen, welcher „Klasse" er auch angehören mag.

Die Degeneration des Kapitalismus

Eine demokratische Zivilisierung unserer Welt ist nur möglich durch Sozialismus. Warum? Die Antwort auf diese Frage wird teilweise vom Kapitalismus selbst gegeben, der sich infolge der Kollektivierung aller Institutionen gründlich verändert hat. Der Kapitalismus hat ein Stadium erreicht, in dem er sich in der konsequenten Verfolgung seines eigenen Prinzips zugrunderichtet, und in diesem Zustand der Degeneration ist er weltgefährlich geworden.

Der Kapitalismus hatte seine große Zeit, als er von der geschichtlichen Entwicklung getragen war, d. h. allgemein menschliche Bestrebungen vorantrug; als er die Offensive des Individuums gegen die Bindungen und Beschränkungen des Feudalismus anführte, den Boden bereitete für die Besserung der Lebensbedingungen und individuelle Unternehmungen und Möglichkeiten in neue, unentwickelte Gebiete vortrieb. Mitsamt allen seinen Mißbräuchen und Ausbeutungen hat er die moderne Welt in Bewegung gesetzt, ihren Dynamismus eingeleitet. Die Mobilisierung des amerikanischen Kontinents in einem Zeitraum von wenig mehr als einem halben Jahrhundert wäre kaum möglich gewesen ohne den Ansporn des kapitalistischen Interesses.

Diese schöpferische Periode des Kapitalismus ist vorbei. Offenkundig ist er von den historischen Entwicklungen überholt; er fördert sie nicht mehr, er hindert sie. Und dies nicht nur durch die Schuld falscher Politik und böser Gegner — wie wohl es beide zur Genüge gibt —, sondern durch den unerbittlichen Gang der Entwicklungen selbst, innerhalb wie außerhalb des Kapitalismus. Kein Prinzip gilt für immer, keine Methode ist für alle Zeiten und unter allen Umständen lebensfördernd. Jedes Prinzip gelangt zu einem Punkt, wo es beginnt sich gegen seinen eigenen Sinn zu kehren. Nicht nur scheinen heute alle Strömungen — technische, soziale, ökonomische, politische — gegen den Kapitalismus gerichtet, in seiner eigenen Struktur sind als Folgen seiner Reife und Überreife entscheidende Veränderungen vor sich gegangen, die Adolf A. Berle, ein unentwegter amerikanischer Kapitalist

und infolgedessen zuverlässiger Zeuge, euphemistisch „Die kapitalistische Revolution des 20. Jahrhunderts" genannt hat[1]).

Was ist geschehen? Zunächst einmal Kollektivierung und Bürokratisierung. „Freie Unternehmung" ist nicht mehr identisch mit individueller Unternehmung. Die Firmen sind über die Köpfe ihrer Inhaber hinweg zu riesigen Organisationen und Konzernen angewachsen, in denen nicht nur wie früher die Arbeiter, sondern ebenso die Geschäftsleitungen mit ihrem Stab von technischen Sachverständigen in die Kollektivität des Gebildes eingeschlossen sind. Die Freiheit des Individuums, die alte Glorie des Liberalismus ist im Schwinden. Der neue Typ des Geschäftsmanns ist der „Organisationsmensch".

Dieses technische Wachstum hat eine weitere gründliche Wandlung mit sich gebracht: die Spaltung zwischen Eigentümer und Betriebsleiter. Oder, wie James Burham sie genannt hat, „die Revolution der Geschäftsführer" („The Managerial Revolution"). Vor einiger Zeit wurde in Amerika ein Propagandafilm vorgeführt, in dem ein „anständiger", gutgläubiger Arbeiter der Agitation eines fanatischen Kommunisten zum Opfer fällt. Er wird dann aufgeklärt, „seine Augen werden geöffnet" durch eine Statistik, die zeigt, welcher geringe Prozentsatz des Einkommens einer großen industriellen Unternehmung ihren Eigentümern zufließt im Verhältnis zu den gewaltigen Summen, die für Löhne und Gehälter ausgegeben werden. Solcher plumpe Anachronismus beleuchtet die heutige Situation. Keinem intelligenten kommunistischen Agitator wird es wohl mehr einfallen, seinen Angriff auf den Kapitalismus gegen die Aktienbesitzer zu richten. Jedermann weiß, daß die Eigentümer einer Aktiengesellschaft eine anonyme, unorganisierte Masse und ein eher nebensächlicher Faktor in der Führung des Geschäftes sind. Die entscheidende Spaltung hat schon mit dem Aufkommen der Aktiengesellschaft angefangen. Denn ihre Eigentümer sind überhaupt nicht mehr Personen, sondern die dinglichen Anteile, die täglich börsenmäßig ihre Besitzer wechseln, und von denen vor der jährlichen Generalversammlung eine genügende Anzahl in den Händen der Geschäftsführung versammelt wird, um ihr die Majorität zu sichern. Jeder weiß, daß es heute die Geschäftsführer sind, Angestellte selber, die die Macht haben und sich ungeheure Gehälter bewilligen — in Amerika bis zu einer Million Dollar jährlich. Berle selbst bemerkt „eine auffallende Ähnlichkeit" dieser kapitalistischen mit der sozialistischen Wirtschaftsform: „Unter dem Sozialismus sind alle Produktionsmittel verwaltet oder im Besitz des sozialistischen Staates; alle Individuen bekommen Gehälter oder Anteile an den Einkünften." Was er übergeht ist die Verschiedenheit: in einer echten sozialistischen Ordnung ist der Eigentümer nicht eine diffuse Menge fluktuierender Anteile, sondern das Volk, und entsprechend ist die Geschäftsführung nicht autonom, sonderm dem Volk verantwortlich. Wenn wir schon gewaltige wirtschaftliche Kollektive haben müssen — und die technische Entwicklung hat sie unumgänglich gemacht —, dann, würde ich meinen, sind öffentlich verantwortliche Geschäftsführungen den unverantwortlich privaten vorzuziehen.

Aber auch die Wirtschaftsführer als solche, als Personen sind nicht mehr die schuldigen Bösewichter. Der Gegensatz von Kapitalismus und Sozialismus ist längst nicht mehr gleichbedeutend mit dem Gegensatz von reich und arm oder dem despotischen Fabrikanten und schuftenden, betrogenen, hilflosen Arbeitern. Es handelt sich nicht mehr schlechthin um „Expropriation der Expropriateure".

---

[1]) Adolf A. Berle, The Twentieth Century Capitalist Revolution, New York 1954. Berle war Präsident des Aufsichtsrats der „American Molasses Co.", Unterstaatssekretär unter Truman und ist jetzt ein Berater des Präsidenten Kennedy.

Wenn die großen Industrien und Konzerne nationalisiert werden sollen, so ist es nicht, weil sie irgendeiner Bevölkerungsgruppe im besonderen, sondern weil sie der ganzen Nation, ja der ganzen Welt Schaden antun: Was wir nicht mehr brauchen können, ist die Vorherrschaft der kapitalistischen Gesinnung, die Herrschaft und Direktive des kommerziellen Gesichtspunktes.

Das Wachstum des Kapitalismus hat ein drittes Ergebnis gehabt, das die Grundlagen des Systems erschüttert hat. Der Kapitalismus war ursprünglich begründet auf dem Glauben an die Selbstregelung der wirtschaftlichen Kräfte durch freien Wettbewerb. Was nun in den letzten Jahrzehnten geschehen ist — zumindest in Amerika, das aber die Entwicklungen aller kapitalistischen Länder anführt, zumal die großen Unternehmungen international zusammenhängen — das ist das Schrumpfen des freien Wettbewerbs. Zunächst einmal sind gewisse wirtschaftliche Organisationen so groß und mächtig geworden, daß sie keinen Kredit mehr in Anspruch nehmen müssen. „Große Unternehmungen", stellt Berle fest, „brauchen in den meisten Fällen kein auswärtiges Kapital mehr. Sie erzeugen sich ihr Kapital selbst." Das bedeutet, daß sie „von der Entscheidung des Marktes unabhängig geworden sind", was den wenigen stärksten Unternehmungen einen kaum aufholbaren Vorsprung vor den schwächeren gibt und automatisch ihre Macht immer weiter steigert, so daß sie dem allgemeinen Wettbewerb enthoben sind. Gewiß gibt es noch Wettbewerb zwischen den großen Firmen — wie zwischen General Electric und Westinghouse oder General Motors und Ford; es gibt auch Wettbewerb von Materialien, wie Stahl und Aluminium. Aber, so führt Berle weiter aus, „Wettbewerb, wie er ursprünglich gemeint war, zwischen Tausenden von Geschäftsleuten oder Landwirten, die ihre Waren Tausenden von Kunden anbieten, ist grundverschieden von dem Wettbewerb zwischen vier oder fünf großen Unternehmungen. Der frühere, allgemeine Wettbewerb zwischen vielen führte dazu, daß die wenigst fähigen oder strategisch schlecht gelegenen Firmen ausgeschieden wurden. Wenn wenige Große miteinander kämpfen, so endet das entweder in Fusion oder in Ausscheidung des Schwächeren oder durch gemeinsame Anerkennung einer Situation, in der jeder seine bestimmte Aktionssphäre hat — und das bedeutet ‚Obligopolismus'." Durch Vereinbarung oder Zwang wird eine gemeinsame Preis- und Lohnpolitik gewährleistet. Eine kürzlich durchgeführte Untersuchung der amerikanischen Regierung hat die Preismanipulationen dieser großen obligopolistischen Firmen aufgedeckt. Dazu kommt, daß der Kampf zwischen Riesenorganisationen in allen Fällen die nationale Wirtschaft gefährdet. „Ein Kampf zwischen Riesen", schreibt Berle, „kann Hunderttausende von Menschenleben und ganze Gemeinwesen ruinieren. In einem System individueller Unternehmer konnten Leute, die aus einem Markt herausgedrängt wurden, leicht in einen anderen übergehen; in einem System hochorganisierter Konzentrationen ist ein Wechsel immer schwierig, kostspielig und manchmal ganz unmöglich."

Diese Entwicklungen drängen unausweichlich zu Planwirtschaft — einem weiteren Grundzug des Sozialismus. Immer häufiger geschieht es, daß der Staat mit Regelungen eingreifen muß, um das Gleichgewicht der Wirtschaft zu sichern. Und mit allen ihren Klagen über staatliche Einmischungen haben die Industrien widerwillig — in kritischen Momenten sogar flehentlich — den Maßnahmen der Regierung sich unterworfen. Ja die großen Unternehmungen sind in ihrem eigenen Bereich genötigt, in weitem Umfang zu planen: organisatorische Expansion in die Breite verlangt koordinierendes Vorausdenken auf lange Sicht.

Der Wettbewerb ist eingeschränkt im Inland. Er ist unbeschränkt auf dem Weltmarkt. Die alten Industrieländer spüren die Konkurrenz der Länder mit

niedrigeren Arbeitslöhnen (wie Japan), bald werden sie von den wirtschaftlichen Anstrengungen der ehemaligen Kolonialländer bedroht werden (auch das kommunistische China gehört dazu). Für diese Länder bedeutet Industrialisierung und Modernisierung nationale Unabhängigkeit, sie werden sich daher bemühen, soweit als möglich ihren Bedarf selbst zu decken und unter disziplinären Diktaturen werden sie imstande sein, billiger zu produzieren. Investitionen fremder Großindustrien werden mit wachsendem Mißtrauen angesehen[2]); auch riskieren sie früher oder später nationalisiert zu werden. Die großen industriellen Unternehmungen geraten solcherart in eine Zwangslage: Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt setzt ihren Preisen eine Schranke. Die wachsenden Vereinfachungen des Betriebs durch Mechanisierung und Automation nicht anzuwenden, können sie sich nicht leisten. Das steigert die Arbeitslosigkeit und zwingt die Arbeiter auf stärkeren Sicherungen zu bestehen. Für solche Situationen, die aller Voraussicht nach sich verschlimmern werden, gibt es in einer kapitalistischen Wirtschaft keine Lösung.

Die zunehmende Mechanisierung verdrängt unausweichlich die menschliche Arbeit. Diese Entwicklung verdeckt einen andern Prozeß, der ebenso umwälzend ist. Er beraubt den Kapitalismus seiner letzten menschlichen Basis dadurch, daß er den B e s i t z mehr und mehr e n t s u b s t a n t i i e r t, ihn gänzlich abstrakt und illusionär macht. Infolge der unaufhörlichen Erfindungen und Verbesserungen veralten und entwerten sich Maschinen immer schneller. „Heutzutage", schreibt Gerald P i e l, der Herausgeber des „Scientific American", „besteht das ökonomisch wesentliche Vermögen einer Industrie nicht mehr in der Maschine, sondern im Entwurf — und nicht einmal so sehr im fertigen Entwurf, als in der Fähigkeit, immer neu zu entwerfen, in Erzeugung und Erzeugnis immer Neues einzuführen. Das ist kaum mehr Besitz zu nennen; es ist vielmehr die Wirksamkeit einer Organisation. Diese Wirksamkeit mit gigantischen Installationen zu belasten, kann riskant werden. Die bestverdienenden individuellen Unternehmungen sind diejenigen, in denen das Betriebsmaterial abnimmt im Verhältnis zur Produktion, und die Benutzung steigt im Verhältnis zur Apparatur. Der entscheidende Faktor der Produktion ist heute Forschung und Entwicklung[3])." Solcherart verflüchtigt sich der Besitz in die Leistungsfähigkeit des Kollektivs.

Alle diese Veränderungen im kapitalistischen System, die recht eigentlich eine Verkehrung des Systems bedeuten, sind keineswegs die Folgen einer „kapitalistischen Revolution" oder einer „Revolution der Wirtschaftsführer", und natürlich erst recht nicht einer sozialistischen Revolution; sie sind Folgen, genaue Konsequenzen der ausartenden Entwicklung des Systems selber. Sie sind Evolution und nicht Revolution, wenn anders das Wort Revolution einen Sinn haben soll. Oder, wenn man sie schon als „Revolution" bezeichnen will, dann war es n i c h t e i n e R e v o l u t i o n v o n M e n s c h e n, sondern e i n e R e v o l u t i o n d e r D i n g e. Diese Veränderungen sind das Ergebnis der Ansammlung, Übervölkerung und steigenden Komplexität der Fakten, Materien und technischen Methoden, die individuell nicht mehr beherrschbar sind. Die kommerziellen Zwecke sind die gleichen geblieben, aber die Träger und Leiter der Unternehmung haben sich gewandelt, und es ist in dieser Wandlung eine untergründige, ungewollte und uneingestandene Tendenz zum Sozialismus wahrzunehmen.

[2])Beim Besuch des Präsidenten Kennedy in Kanada äußerten die Kanadier recht deutlich ihre Beunruhigung über das fortgesetzte Einströmen amerikanischen Kapitals in die kanadische Wirtschaft.

[3]) The Nation, 17. Juni 1961, S. 516.

Diese Diskrepanz zwischen der anonymen und abstrakten Kollektivität der operierenden Kolosse und den unverändert privaten Zwecken, in denen sich der Restbestand der kapitalistischen Gesinnung bewahrt hat, dieser innere Zwiespalt ist höchst gefährlich. Einerseits hat die Kollektivierung die nationale und internationale Macht der kapitalistischen Unternehmungen gesteigert, andererseits verhindern die sozialen Verbesserungen, die sich unter dem Druck der Kollektivierung und Mechanisierung, in der Konsequenz des kapitalistischen Systems selbst (der Nötigung zur Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft), entwickelt haben, die Erkenntnis der tiefen Schädigungen, die diese anonymen Mächte dem Volk als ganzen zufügen.

Wir kommen endlich zu einer letzten Selbstverkehrung des Kapitalismus, einer Entwicklung, die die Grundvoraussetzung des Kapitalismus, die Annahme einer Selbstregelung der ökonomischen Kräfte entwertet hat: das Gesetz von Angebot und Nachfrage ist aufgehoben.

Der Kapitalismus hann nur durch fortgesetzte Expansion bestehen. Das macht ihn zu einem höchst prekären und verwundbaren System. Wenn seine Ausdehnung aus irgendeinem Grunde nachläßt, gibt es eine Krise, die mit Arbeitslosigkeit beginnt und die wohlbekannte verhängnisvolle Spiralbewegung auslöst: verminderte Kaufkraft, verminderten Verbrauch, verminderten Bedarf an Arbeitskräften, nochmals verminderte Kaufkraft und so fort — mit allen Kapitalsverlusten, Geld- und Währungsnöten, die das mit sich bringt. Daher bewegt sich die kapitalistische Wirtschaft dauernd unter dem Zwang, immer mehr und immer Neues zu produzieren, um einer wachsenden Bevölkerung Arbeit und Kaufkraft zu verschaffen, Arbeit um kaufen zu können, Kaufkraft um arbeiten zu können. Da der natürlichen Nachfrage nach notwendigen Gütern, sogar verbesserten, kollektivierten, mechanisierten Gütern, selbst bei zunehmender Bevölkerung gewisse Grenzen gesetzt sind, hat die expandierende kapitalistische Industrie mit Hilfe einer fest angestellten Wissenschaft und Technik eine künstliche Nachfrage erzeugt, die grenzenlos zu sein versprach. Nicht nur hat die Technik die Gebrauchs- und Verkehrsmittel mechanisch verkürzt, beschleunigt und nivelliert, sie ist dazu übergegangen, neue Bedürfnisse zu erfinden, wobei die Grenze zwischen wirklichem Bedarf und Luxus immer mehr verschwimmt, bis schließlich der profitablere Luxus das Notwendige überschwemmt. Der künstlichen Nachfrage entspricht das künstliche Angebot, eine neue, raffiniertere Form der alten monopolistischen Preismanipulation, nämlich vorsätzliche Drosselung der Produktion von weniger einträglichen Gütern oder gar Vernichtung dringend bedurfter Güter, um die Preise hochzuhalten. Das alte Gesetz von Angebot und Nachfrage, das auf der Selbstregulierung natürlichen Bedarfs und natürlichen Angebots begründet war, hat auf solche Weise seine Geltung verloren.

Das Beispiel der USA

Alles das mußte zu sozialen, kulturellen und moralischen Verderbnissen führen, die wohl einzeln bemerkt und beklagt werden, und denen man von Fall zu Fall abzuhelfen sucht, aber deren eigentlichen, tiefsten Grund man nicht zu sehen wünscht. Amerika, das das System der kollektivierten „free enterprise" bis ins gigantische Extrem getrieben hat, zeigt auch diese Verderbnisse am deutlichsten. In Europa mögen noch gewisse traditionelle Hemmungen wirksam sein, aber die Fortentwicklung des Kapitalismus muß auch hier die gleichen Schädigungen hervorbringen, umso mehr, als die amerikanischen Konzerne mit Investitionen und Querverbindungen auf alle nichtsozialistischen

Länder übergreifen; der Kapitalismus ist längst eine internationale Einheit. Amerika ist daher das beste Beispiel dafür, was aus einem Land unter der Herrschaft des kollektiven Kapitalismus und seines ausschließlich kommerziellen Gesichtspunktes wird.

Zunächst einmal hat die Offensive des künstlichen Angebots die Reklame, eine mehr oder weniger „verhohlene Überredung"[4]), in ihre heutige überragende Stellung, man kann fast sagen ökonomische Schlüsselstellung, befördert. Sie hat, was noch schlimmer ist, einen Kult der Neuheit aufgebracht, ein Verlangen nach dem Neuen um der baren Neuheit willen. Die Folge davon ist, daß das Neue allmählich das Gute, das wahrhaft Nützliche und Erfreuliche, ja am Ende sogar das Notwendige, verdrängt. Denn die in die Augen springenden, sensationell angepriesenen neuen Überflüssigkeiten und luxuriösen Verbesserungen bringen viel mehr ein als das unscheinbar Notwendige oder bloß Praktische.

Die Reklamen versichern dem Publikum, daß ihre Firmen sich bemühen, immer neue und bessere Waren zu erzeugen. „Neue" stimmt, „bessere", stimmt nicht. Im Gegenteil, das Neue ist oft genug der Feind des Guten. Früher einmal bezahlte man mit je mehr Geld umso edleres, haltbareres Material, umso solidere Ausführung. Heute bezahlt man damit lediglich das Neuere, Auffallendere, und Dauerhaftigkeit wird im Interesse der Produktion geradezu sichtlich vermieden. Das Buch von Vance Packard „The Wastemakers" (die „Vergeudungserzeuger"[5]) berichtet, wie die Waren heute ganz schamlos für eine genau befristete Haltbarkeit produziert werden, so daß die Käufer zu Neuanschaffungen gezwungen sind. Schon vor vierzig Jahren hat der amerikanische Soziologe Thorstein Veblen festgestellt: „Die Sachen dürfen nicht zu gut sein, sonst kauft man keine neuen."

Verbesserung eines Produktes kann nicht unbegrenzt fortgesetzt werden. Von einem gewissen Punkt an geht die Neuerung in die Luft, d. h. sie wird abstrakt, entfernt sich vom praktischen Gebrauch statt ihm zu dienen. Ein kleines Beispiel sind die immer neuen Türgriffe der Automobile. Wie man eine Autotür öffnet, das war früher ebenso gewohnt wie klar ersichtlich; niemand vermißte etwas daran. Heutzutage sind die jährlich wechselnden Türgriffe zu Geheimschlössern geworden, und mitten im Verkehr muß man den Taxichauffeur um eine Gebrauchsanweisung bitten. Die neuen Produkte sollen angeblich Zeit und Energie sparen. Aber wie das angeführte Beispiel zeigt, ist das fortgesetzte Aufscheuchen aus dem täglich Gewohnten, ja dem eben erst mühsam Angewöhnten, nichts weniger als eine Kraft- und Zeitersparnis. Und überdies: was geschieht mit der gesparten Kraft und Zeit? Ich fürchte, die meisten Leute verwenden sie dazu, eben die Produkte herzustellen und zu vertreiben, die Kraft und Zeit sparen sollen.

Die Material- und Kraftverschwendung der zügellosen kapitalistischen Produktion ist im Gegenteil ungeheuerlich (wieviel Zeit und Energie wird allein durch die konkurrierende Reklame vergeudet!), und diese Verschwendung wird durch die dauernde Anstachelung des Verbrauchs unter das Volk verbreitet. Die Verschuldung des amerikanischen Volkes durch die erleichternden Ratenzahlungen und Darlehen hat einen Grad erreicht, der schon die besorgte Aufmerksamkeit der Regierung erregt hat.

In einem System, das sich nur durch ständige Ausdehnung von Produktion erhalten kann, ist solche Preisgabe von Qualität und echtem Nutzen ganz logisch. Aber nicht nur das Gute und Nützliche, sondern das dringend Nötige wird vom

[4]) Vgl. das Buch von Vance Packard „The Hidden Persuaders", New York 1951.
[5]) New York, 1960.

Neuen verdrängt. Das Notwendige kommt zuletzt statt zuerst, weil es den geringsten Gewinn verspricht. Es wird vom Steuerzahler bestritten und daher auf das Mindestmaß beschränkt. Infolgedessen gibt es in den amerikanischen Städten nicht genug Spitäler, nicht genug Ärzte und Personal, nicht genug Mittelstandswohnungen, aber immer neue pompöse Wolkenkratzer mit immer neueren Komfortapparaturen, in denen ein Zimmer 150 Dollar monatlich kostet; überfüllte Schulen und schlechtbezahlte Lehrer, von denen doch die Charakterbildung der kommenden Generation abhängt, aber Aufsichtsräte, die sich Hunderttausende jährlich bewilligen; viel zu wenige und ganz unzulängliche Anstalten, in denen entwurzelte, kriminelle Großstadtkinder, die ganze Stadtviertel unsicher machen, eine psychotherapeutische und sozialpädagogische Behandlung erfahren, aber eine Unzahl sinnloser Luxusartikel, für die täglich Millionen ausgegeben werden.

Die Gefährdung des Friedens

Die sozialen, kulturellen, moralischen Wirkungen dieses anarchischen Zustands, die Unterwühlung der Demokratie, die Verwirrung der Werte, die Zerstörung des Sinns für das Gute und Richtige, des Sinns für den Sinn, ja selbst für den Schmuck und Überschwang des Lebens, der seine Bedeutung nur vom Notwendigen her erhält — alles das ins Einzelne aufzuzeigen, würde viel zu weit führen. Nur auf etwas, das Wichtigste und Dringlichste muß noch hingewiesen werden, auf die Gefährdung des Friedens durch den heutigen, kollektivistisch entarteten Kapitalismus.

Es ist nachgerade allgemein bekannt, obwohl sehr wenige ihr Verhalten danach richten, daß wir heute nur eine einzige Wahl haben: wenn nicht Frieden, dann einen Grad und eine Form von Zerstörung, wie es sie nie vorher gegeben hat. Die technische Entwicklung der atomaren und biologischen Waffen, die immer weiter geht, hat längst alle rational möglichen Zwecke überschritten. Sie ist an einem Punkt der völligen Sinnlosigkeit angelangt, wo eine gegenseitige Vernichtung alles aufhebt wofür man noch kämpfen mag. Es ist kaum begreiflich, wie Menschen mit einem Rest von Vernunft noch immer die alte heroische Phrase deklamieren können: „Lieber sterben als die Freiheit aufgeben", wenn Sterben heute in Amerika und Rußland den Tod zumindest eines Drittels der Nation und das sichere Ende von Europa bedeutet, dazu einen scheußlichen, passiven, mechanisierten Tod, einen Tod der Vertilgung, der den Menschen zu Ungeziefer degradiert, und wenn die Freiheit und Zivilisation, die wir verteidigen wollen, bei dieser Verteidigung ganz bestimmt vor die Hunde geht. In einem entfesselten Krieg gibt es keine Beschränkungen mehr, die äußersten Mittel werden angewendet. Niemand kann die radioaktive Verpestung der Welt in diesem Ernstfall vorausbestimmen. Es dauert Jahre, ehe die gesamten radioaktiven Zerfallsprodukte auf die Erde zurückfallen, und wo sie fallen hängt von unkontrollierbaren Umständen ab. Schon die Kernwaffenversuche haben die Gefahr der schleichenden Verpestung nahegerückt. Welchen Grad sie in dem Ernstfall, den man vorbereitet, erreichen wird, davon wagt niemand zu reden. Wer früher sich entschied, „lieber zu sterben", traf diese Entscheidung für sich selbst, oder wenigstens für sein gegenwärtiges Volk. Wer aber kann heute sich unterfangen, die Verantwortung für die unschuldigen, ungefragten Bevölkerungen der Welt und die künftigen Generationen zu übernehmen, die unter dieser Entscheidung grauenhaft zu leiden haben werden? Wie das Leben nach einem Atomkrieg aussehen mag, das kann man in dem kürzlich erschienenen Buch von Hermann Kahn „On Thermonuclear War"[6]) nachlesen — Vermutungen, die

[6]) Princeton, 1960.

mit all ihrer Gründlichkeit unmöglich die wahre, erst im Prozeß des Geschehens sich entfaltende Tragweite der Folgen ermessen können. Aber selbst so wie es hier vorausgesehen wird und nach alledem was Menschen begangen haben, dürften recht wenige noch Lust verspüren, am Leben und an der menschlichen Gesellschaft teilzunehmen.

Was sind, gegen solche Fragen gehalten, alle die politischen und sozialen Probleme und Antagonismen, die uns heute gigantisch vor Augen stehen, die aber mitsamt ihren Kategorien von einem Atomkrieg wie Staub weggefegt würden. Der russische Kommunismus in seinem Eroberungszug ist sicher rücksichtslos genug. Aber die Sowjets wenigstens haben begonnnen einzusehen, daß sie zur Erreichung ihrer Ziele den Krieg nicht nötig haben. Der Kapitalismus hingegen ist insofern gefährlicher, als er, aus einer Position nach der anderen zurückgedrängt, in seinem wütend frustrierten Zustand mehr und mehr zur Gewaltanwendung treibt. Wenn auch die Waffenproduktion einen relativ geringen Prozentsatz der Wirtschaft ausmacht, so würde doch die Abrüstung eine einigermaßen rückgängige Periode der Umstellung bedeuten, vor der man zurückschreckt, und darum besteht ein unleugbares kapitalistisches Interesse an dem Fortgang der Rüstungen. Es besteht ein Bündnis großer und einflußreicher Teile der Industrie mit dem Militär und der militärischen Technik, von deren Existenz Millionen individueller Existenzen und Karrieren abhängen. Die kapitalistischen Großunternehmer, international verflochten und solidarisch, greifen mit ihren privaten Interessen in die innere wie die äußere Politik der Staaten ein, und ihre Machinationen haben die Annäherung der Völker gestört und die unumgänglichen sozialen Reformen in allen Teilen der Welt verhindert oder verzögert. Ihrem Einfluß war es zuzuschreiben, daß in Ostasien und Afrika, in Guatemala und Kuba, in Südamerika korrupte Diktatoren begünstigt und unterstützt und die Bedürfnisse der Völker achtlos übergangen wurden. Rechnet man alles zusammen was die kapitalistisch beherrschten Demokratien in den letzten kostbaren Jahrzehnten versäumt und verschuldet haben, dann kann man sich über das rapide Vordringen des Kommunismus nicht wundern; er hatte wahrhaftig ein leichtes Spiel.

Das Vordringen des Kommunismus kann nicht aufgehalten werden mit militärischen oder „paramilitärischen" Mitteln, nicht durch Rüstungswettlauf, Drohungen, oder „Gleichgewicht der Abschreckung". Alles das ist absolet, schon deshalb weil das letzte Auskunftsmittel, der Krieg, unwirksam geworden ist und seinen Zweck verfehlt. Nur ein völlig gedankenloser oder phantasieloser Mensch kann glauben, daß es nach den furchtbaren Zerstörungen eines Atomkrieges weniger Kommunismus und mehr free enterprise in der Welt geben wird, von wahrhafter menschlicher Freiheit zu schweigen. Auch werden die Siege des Kommunismus nicht auf militärischem Wege errungen. Selbst die Guerillaangriffe sind nur erfolgreich, weil die Bevölkerungen auf ihrer Seite sind. Der „Kalte Krieg" kann nicht gewonnen werden, oder besser, er kann nur gewonnen werden, indem man ihn auflöst: nur dadurch, daß man in den nicht oder noch nicht kommunistischen Ländern soziale Reformen bedingungslos fördert und wirtschaftlich unterstützt, das Vertrauen der Völker gewinnt, sie solcherart unabhängig erhält und langsam zu einem Zustand der Reife sich entwickeln läßt, in dem Demokratie möglich sein mag; nur dadurch, daß man einen Zustand der Welt anstrebt, in dem politische oder soziale Änderungen ohne Gewalt, durch Mittel des Rechts und der Übereinkunft erreichbar sind. Ja selbst die Liberalisierung der kommunistischen Länder kann nicht durch äußeren Druck, sondern im Gegenteil nur durch Nachlassen der Spannung, zustandegebracht werden. Es ist unsinnig und widerspricht aller historischen Erfahrung, die gegenwärtige autoritäre

Verfassung dieser Staaten als unabänderlich bleibend anzunehmen — schon das Rußland von Chrustschow ist von dem stalinistischen sehr verschieden. Der Westen muß sich sozialisieren, der Osten muß sich demokratisieren — diese wechselbedingte Annäherung der Systeme ist die einzige Hoffnung unserer Welt.

Aus alledem ergibt sich die große Aufgabe des Sozialismus. Keiner der Mißbräuche, die hier aufgezeigt wurden, kann abgeschafft werden, keines der Ziele kann erreicht werden ohne Sozialismus. Kein Frieden, keine Sicherung der Völker, keine internationale Übereinkunft und übernationale Rechtsordnung, keine wahrhafte ökonomische und kulturelle Wohlfahrt der Nationen und der Welt, kein Vorrang des Notwendigen vor dem Überflüssigen, kein Schutz vor den Gefahren der Automatisierung — nichts von alledem ist zu haben ohne die Beseitigung des kommerziellen Gesichtspunktes, der heute allenthalben im Westen regiert. Ja keine echte Demokratie kann sich entwickeln ohne eine Ausschaltung der mächtigen Interessengruppen, die nicht nur durch ihren Einfluß auf die Presse die öffentliche Meinung lenken, sondern mit ihren „lobbies" hinter dem Rücken der legalen Parlamente oder durch ihren Druck auf die Parlamentarier sich in die Regierung einmischen. Demokratie ist ein zweigeleisiger Vorgang. Das Volk kann sich keine vernünftige Meinung bilden, wenn es nicht gründlich und sachlich und ohne Verfälschung durch private Interessen über die Entstehung und Tragweite der Probleme informiert wird, wenn es nicht dauernd zur Beurteilung der großen Fragen ausgebildet wird. Weder der Kommunismus noch der Kapitalismus sind dazu imstande, denn beide sind in einem kriegerischen Machtkampf begriffen, der alle Informationen in Propaganda verwandelt oder verfärbt.

Der Marxismus ist sicherlich vielfach veraltet und seine Programme müssen revidiert werden. Die materialistische Geschichtstheorie war schon immer falsch. Aber die letzten Ziele des Sozialismus bleiben bestehen, ja sie haben eine weltumfassende, allgemeine Bedeutung gewonnen, und die Bemühung um sie ist heute dringlicher denn je. Doktrinäre Beschränkungen müssen abgetan werden, aber nicht die Grundbedeutung und das Prinzip. Diejenigen, die sich Sozialisten oder Sozialdemokraten nennen, sollten sich freihalten von den Parolen der beiden Lager des Kalten Krieges, sollten sich für die Endziele aufbewahren und einsetzen: Frieden, übernationale Weltordnung, Befreiung von der Herrschaft des kommerziellen Gesichtspunktes.

Vikar Albrecht Bausch

Christliche Rechtfertigungen?

Daß auch der Teufel die Bibel zu zitieren weiß — sehr placiert! —, zeigt uns die Versuchungsgeschichte Jesu in Matthäus 4. Das, was wir dort lesen, ist wohl der bleibende Grundtext all jener Versuche, menschlichen Ungehorsam gegen Gottes Gebot mit Gottes Wort selbst zu rechtfertigen, aus böse gut zu machen, den Selbstbehauptungsanspruch der Kirche christlich zu rechtfertigen, oder auch einfach dem politischen Wollen eines Staates oder dem Ungeist einer Zeit das christlich gute Gewissen zu geben — kurz: mit der Bibel in der Hand sich gegen sie zu behaupten. Wir lesen in Matthäus 4: „Da führte ihn der Teufel mit sich in die heilige Stadt und stellte ihn auf die Zinne des Tempels und sprach zu ihm: Bist du Gottes Sohn, so wirf dich hinab; denn es steht geschrieben (Psalm 91, 11, 12): „Er wird seinen Engeln über dir Befehl tun, und sie werden dich auf Händen tragen, auf daß du deinen Fuß nicht an einen Stein stoßest." Da sprach Jesus zu ihm: „Wiederum steht auch geschrieben: Du sollst Gott, deinen Herrn, nicht versuchen."

Nun — man müßte die Schrift schon so gut kennen und so sehr aus ihrem ureigensten Geiste leben wie Jesus von Nazareth, um solche Versuche ‚frommer' Rechtfertigungen ebenso souverän zurückzuweisen, ebenso eindeutig zu entlarven als das, was sie sind: als schlimmsten Mißbrauch der Schrift, als übelste Lüge, weil christliche Lüge, als Lästerung Gottes selbst.

Indes wurde es in der Kirchengeschichte schon früh Brauch, die Bibel auch mit solchen Augen zu lesen, die darauf brannten, in ihr das zu finden, was zur Bestätigung eigenen Wünschens und Wollens, eigenen für Recht- und Schlechthaltens taugen könnte; oder auch das, was zur Sanktionierung des Bestehenden um jeden Preis oder auch zur Rechtfertigung eingetretener Entwicklungen, die man bejahte, brauchbar wäre. Wenn wir unter solchen Theologen auch „Väter der Kirche" wie Augustin und Luther am Werk sehen, so ist dies ein unüberhörbares Zeichen erhöhten Alarms, das äußerste Wachsamkeit von uns fordert, wenn wir nicht selbst — aus welcher Position auch immer! — Opfer dieser menschlich-allzumenschlichen Versuchung werden wollen, vor der anscheinend auch christliche Denkmalreife nicht schützt. Mag hinter solchen Rechtfertigungen auch das denkbar beste Motiv stecken — das ändert nichts daran, daß diese Versuche im vollen Licht der Bibel nicht bestehen können und abzudanken haben.

Kirche und Kriegsdienst

Seit im Jahre 314 aus politisch-opportunistischen Gründen durch Konstantin der Christusglaube zur römischen Reichsreligion erhoben worden war, war in der Frage Krieg und Frieden — im Zeichen des Bündnisses von Thron und Altar — der Zaun der Gebote Gottes durchbrochen. Während Wagenlenker, Gladiatoren und Schauspieler auf Grund ihres „heidnischen" Berufes in der Kirche nach wie vor keine Aufnahme fanden, wurden laut Beschluß der Synode von Arles (eben 314) die Kriegsdienstverweigerer von der Kirche exkommuniziert. Athanasius (+ 373) konnte sagen: „Morden ist nicht erlaubt; in Kriegen jedoch ist es sowohl gesetzlich als liebenswert, Gegner zu töten." Die biblische Rechtfertigung des Kriegsdienstes durch Augustin (+ 430) lautete dann: „Du mußt nicht denken, niemand könne Gott gefallen, der mit der Waffe dient; bewaffnet war der heilige David ... bewaffnet waren in jener Zeit sehr viele Gerechte; bewaffnet war auch jener Hauptmann, von dem Christus sagte: In Israel

habe ich solchen Glauben nicht gefunden" (bei D i g n a t h : „Kirche, Krieg, Kriegsdienst" — das empfehlenswerteste Buch zu dieser Frage!). Von jener Zeit an zieht sich denn auch eine Blutspur christlicher Kriegstheologie durch die Jahrhunderte — mit wenigen Ausnahmen, die „leuchten wie des Himmels Glanz" (Daniel 12, 3) —, ausstaffiert mit diesen und anderen biblischen Rechtfertigungen, die „das Wort vom Kreuz" zum christlichen Geplapper eroberungslüsterner Machtgier und eigensüchtiger Selbstbehauptung machten. Wenn die Deutsche Evangelische Kirche zum Ende des Polenfeldzuges 1939 — sogar die Bekennende Kirche hatte zu Beginn des Krieges ihren Kampf zurückgestellt „um der Bedrohung des Vaterlandes willen" — ihre Kanzelabkündigung in folgenden Worten enden ließ: „Wir loben dich droben, du Lenker der Schlachten, und flehen, mögst stehen uns fernerhin bei", so zeigt dies, daß man aus allen Katastrophen, in die man unter Bibelgebrauch geraten war, kirchlich-offiziellen Orts aber auch nichts gelernt hatte. Tröstlich verlautbarte dann nach 1945: „Auf der Gewalt liegt kein Segen" — doch wie steht es heute damit?

K i r c h e u n d w e l t l i c h e M a c h t

Dazu nur zwei Beispiele gröbsten biblischen Mißbrauchs. In der Auseinandersetzung mit dem Pelagianismus, der die Lehre von der Erbsünde zugunsten menschlicher Willensfreiheit scharf ablehnte, äußerte Augustin: „Auch Gott bedient sich des Zwanges, wie die Schrift uns lehrt ... Meinst du, niemand dürfe zur Gegerechtigkeit gezwungen werden, wenn du liest, wie der Hausvater zu seinen Dienern sprach: Wen ihr findet, nötigt sie, hereinzukommen! (Lukas 14, 23) ... Es ist die Aufgabe der Obrigkeit, diesen Zwang auszuüben" (bei Dignath). So wurde dieses „cogite intrare" gegenüber den „Ketzern" von staatlicher Gewalt im Dienst der Kirche denn auch rigoros exekutiert: die Geburtsstunde der Inquisition unter biblischer Rechtfertigung. Dem Papst B o n i f a t i u s VIII. (1303) blieb es vorbehalten — zu einer Zeit, als das Spiel schon fast verloren war —, die Überordnung päpstlicher Gewalt über alle weltlichen Institutionen, ja den Anspruch auf päpstliche Weltherrschaft, der unzählige Bannsprüche geboren hatte, mit dem dunklen Wort von den „zwei Schwertern" zu begründen: „Sie aber sprachen: Herr, siehe, hier sind zwei Schwerter" (Lukas 22, 38).

K i r c h e u n d R a s s e

Den Antisemitismus hatte die Kirche einst vom römischen Reich übernommen — unter christlichem Vorzeichen. Ab 314 waren an Seuchen, Überschwemmungen und anderen Katastrophen allein die Juden schuld. Unter Berufung auf Matthäus 27, 25 (die Antwort der Juden auf die Frage des Pilatus: „... sein Blut komme über uns und über unsere Kinder"), waren Judenmetzeleien nichts Außergewöhnliches, durch alle christlichen Jahrhunderte hindurch. Auch die Haufen der Kreuzzugsfahrer, die zur Befreiung des „heiligen Landes" aufgebrochen waren und rheinabwärts Zehntausende von Juden niedermachten, rechtfertigten mit diesem Bibelwort ihre Pogrome. Luther schrieb dann 1523 (in der Schrift „Daß Christus ein geborener Jude sei"): „Wir hoffen, daß man mit den Juden freundlich handelt und aus der Heiligen Schrift sie weislich unterweise. Wir sind Schwäger und Fremdlinge, sie sind Blutsverwandte und Brüder unseres Herrn" — endlich mal ein anderer biblischer Schluß, wenn schon! Doch 20 Jahre später, als sich seine Hoffnung auf die Bekehrung der Juden nicht erfüllt hatte, gab Luther — Julius S t r e i c h e r bezeichnete ihn übrigens im Nürnberger Prozeß als seinen Mitangeklagten und geistigen Urheber (Streicher wußte nicht viel von Luther, aber d a s wußte er!) — die schauerlichsten Anweisungen zum Vorgehen gegen die

Juden (in „Von den Juden und ihren Lügen", 1543) unter Berufung auf ein Wort Jesu aus Johannes 8, 24: „Darum habe ich euch gesagt, daß ihr sterben werdet in euren Sünden; denn wenn ihr nicht glaubet, daß ich es bin, so werdet ihr sterben in euren Sünden." Welch verhängnisvoller Schriftmißbrauch! Auch in der Zeit des Dritten Reiches blieb die Kirche als Ganzes in dieser Frage ein recht „stummer Hund" (zu den Ausnahmen — wie allüberall — siehe oben!). Also zu der Zeit, als unser Volk sich anschickte, seine „geschichtliche Mission" — hört man's heute nicht wieder? — auch in Sachen totaler Ausrottung der jüdischen Rasse zu erfüllen. Aus den „Gesprächen mit Hitler" (H. Rauschning) dazu folgendes: „Hitler: Zwei Welten stehen einander gegenüber! Der Gottesmensch und der Satansmensch! Der Jude ist der Gegenmensch, der Antimensch. Der Jude ist das Geschöpf eines anderen Gottes ... Nicht daß ich den Juden ein Tier nenne. Er steht dem Tier viel ferner als der Arier ..." (was bewiesen wurde!).

Der verstorbene württembergische Landesbischof Wurm berichtet in seinen Aufzeichnungen über die Erfahrungen in seiner Kirche nach der Kristallnacht: „Noch deprimierender war für mich die Haltung der Dekanskonferenz ... Ich warf die Frage auf, was müssen wir unserem Volk an diesem Tag (Landesbußtag, d. Vf.) als Gottes Wort verkündigen? In welcher Weise müssen wir auf die jüngsten Ereignisse eingehen? Ich bat einen Amtsbruder um ein Votum. Aber er vermied es, auf die konkrete Situation einzugehen, und kein richtunggebendes und ermunterndes Wort kam aus dem großen Kreis ernster und wackerer Männer." Später sagte Wurm: „Von Stund an habe ich gewußt, wo ich dran bin" (Schumacher: „Th. Wurm in den Krisen und Entscheidungen seiner Zeit." Heute kann sein Nachfolger, Bischof Haug, in Sachen Antisemitismus eine „bis unter die Haut gehende Predigt" fordern. Recht so! Aber wie steht es mit dem Antikommunismus? Blüht er unter uns nicht in denselben Giftfarben wie einst der Antisemitismus? Zucken die Menschen bei uns beim Wort „Kommunistenfreund" nicht ebenso zusammen wie einst bei jenem „Judenfreund'? Auch gerade in der Kirche Jesu Christ? — Ergo? Was müßte für die Christenheit also daraus folgen?

Um noch einen Augenblick bei der Rassenfrage zu bleiben: Der Exministerpräsident der Südafrikanischen Union, Dr. theol. Daniel Malan, früher Pfarrer der Holländischen Reformierten Kirche in Südafrika, zitierte zur Rechtfertigung erniedrigendster Apartheidspolitik ein Wort aus Josua 9, 21: „Laßt sie leben, daß sie Holzhauer und Wasserträger seien der ganzen Gemeinde." Somit ist die Schrift brauchbar geworden nicht nur zum Haß gegen das biblisch abonnierte jüdische Volk, sondern auch zum Haß gegen die schwarze Rasse. Wie wäre es — wenn schon Bibelbeweis! —, wenn man sich dazu mal den Bericht von den Königen aus dem Morgenland einfallen ließe (Matthäus 2) oder den Bericht vom „Kämmerer aus Mohrenland" (Apostelgeschichte 8, 26 ff.)? Doch müssen wir dankbar sein, daß in Josua 9, 21 wenigstens noch steht: „Laßt sie leben" ...

Kirche und Arbeiterschaft

Nicht wesentlich anders stand es in der im 19. Jahrhundert aufbrechenden sozialen Frage. Von der Berufung auf „ewig gültige Schöpfungsordnungen" bis hin zum „Schriftbeweis" mit Hilfe des Pauluswortes aus 1. Korinther 7, 20: „Ein jeglicher bleibe in dem Beruf, darinnen er berufen ist" reichte die Skala christlicher Argumente, die im Bündnis mit dem Besitzbürgertum die Bemühungen um die Besserung der Lebensbedingungen des Arbeiters zuschandenmachen oder doch als überflüssig abtun sollten. Friedrich Christian Vilmar, ein evangelischer Theo-

loge des 19. Jahrhunderts, war der flammenden Überzeugung, daß die Abschaffung der Sklaverei keineswegs im Sinne des Christentums gewesen sei. Wer es anders hielt, war persona ingrata, kirchlicher „Buh-Mann" — siehe Chr. Blumhardt d. J. —, „wegen seines radikalen Linkskurses und der Vermischung von geistlichem Amt und Politik", wie das heute heißt (CDU-Blatt Evangelische Information, 2/61 S. 7). Doch was man gestern verketzerte, darein steckt man heute — nur allzuvergeblich — viel Geld, in verspäteter Reue, nachdem man die saueren Früchte geerntet hatte — ich meine: in die Evangelischen Akademien, die allerorts wie Pilze aus dem Boden schossen, um vor allem den Graben zwischen Kirche und Arbeiterschaft wieder aufzuschütten. In Taufgesprächen nach dem Vater fragend, bekomme ich verschiedentlich zur Antwort: „Aber mein Mann ist doch in der Gewerkschaft!" Und man darf ernten, was man als Kirche einst gesät hat ...

Viele andere Versuche, schon menschlich Unmögliches biblisch zu rechtfertigen und kirchlich salonfähig zu machen, wären zu nennen — von biblizistischer Apotheose absolutistischer Monarchie bis zur leidenschaftlichen Rechtfertigung der Todesstrafe. Aber es sei genug. Dennoch war diese kirchengeschichtliche Rückschau vonnöten, wenn wir beim Mitansehen, wie die schwarze Norne heutzutage ihren Zwirn weiterspinnt, nicht aus allen Wolken fallen wollen.

Kirche und atomare Aufrüstung

In fast allen angezogenen Fragen tat die Kirche inzwischen ganze Buße. Allerdings immer erst nach der Katastrophe. Aber sie tat es. Auch in der Frage Kirche und Krieg tat sie zunächst Buße. Aber eben nur zunächst, unter dem Schock des totalen Zusammenbruchs 1945. Obgleich bereits 1950 über die Frage der Wiederaufrüstung Deutschlands ein harter Disput ausbrach, stand in Sachen Atomare Aufrüstung 1956 in der Ev. Kirche in Deutschland immerhin noch einmütig fest: „Das Evangelium verwehrt uns, mit der Wissenschaft Götzendienst zu treiben, ihrem Fortschritt den Menschen zu opfern und sie zur Herstellung von Massenvernichtungsmitteln zu gebrauchen, die durch keinen Zweck geheiligt werden können." 1957 ließ die Synode verlautbaren: „Die Synode bittet die Glieder der christlichen Gemeinde, insbesondere ihre Prediger und Seelsorger, sich nicht durch Gleichgültigkeit an einem neuen Krieg mitschuldig zu machen, und ermahnt sie, noch ernster als bisher für friedvolles Zusammenleben der Völker zu beten und zu wirken." Ich habe diese Worte ernst genommen und wörtlich. Doch, wie hieß es dann 1958?: „Die unter uns bestehenden Gegensätze in der Beurteilung der atomaren Waffen sind tief. Sie reichen von der Überzeugung, daß schon die Herstellung und Bereithaltung von Massenvernichtungsmitteln aller Art Sünde vor Gott ist, bis zu der Überzeugung, daß Situationen denkbar sind, in denen in der Pflicht zur Verteidigung der Widerstand mit gleichwertigen Waffen vor Gott verantwortet werden kann."

Was war inzwischen geschehen? Die Schrift hatte sich nicht geändert! Auch nicht die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit! Aber das hatte sich geändert: Die Bundesrepublik war inzwischen in die allgemeine westliche Aufrüstung miteinbezogen worden — unter vorausgehenden christ-demokratischen Lügen: die atomare Aufrüstung sei nicht aktuell. Und so regte es sich wieder im Gehege, zunächst noch unter dem Schein der Toleranz: Ja und Nein zu diesem Unternehmen sei „christlich vertretbar", denn ‚der Herr der Kirche habe uns darauf noch keine eindeutige Antwort gegeben'! Schlicht gesagt: Hieße Hiroshima Hamburg und Nagasaki Frankfurt, dann hätte man schon die Antwort, auf die man allem Anscheine nach noch wartet. Und ich fürchte, daß alle die Christen, die

sich auf dieser mittleren Schlangenlinie bewegen, alles dazu tun, daß wir diese Antwort noch erhalten werden.

Und nun tauchen all jene biblischen Rechtfertigungen des Krieges wieder auf, die schon jahrhundertelang durch die Kirchengeschichte geisterten, unbesehen übernommen, als habe sich nichts geändert — ganz abgesehen von ihrer Schriftwidrigkeit.

„Kriege werden immer sein" — sagt das nicht Jesus selbst? „Ihr werdet hören Kriege und Geschrei von Kriegen, sehet zu und erschrecket nicht. Das muß zum ersten alles geschehen ..." (Matthäus 24, 6). Wo steht hier auch nur ein Buchstabe von der Beteiligung der Christen am Krieg? Ja — solange wir eine Christenheit haben, die nicht anfangen will damit, zuerst einmal selbst auf Jesu Wort und Gebot zu hören — solange werden auch noch Kriege sein, unter Beteiligung von Christen! Solange wird auch noch zum Kreuzzug geblasen werden! Solange wird auch noch die „Verteidigungsbereitschaft" (sprich: Selbstmord- und Massenmordbereitschaft) mit Massenvernichtungsmitteln durch eine Militärseelsorge christlich sanktioniert (gar nicht so indirekt!) — von einer Kirche, die andererseits glaubhaft zu versichern sucht, daß die Kriegsdienstverweigerer der „Fürbitte und Fürsprache der Kirche gewiß" sein könnten. Einer meiner Bekannten brachte das neulich auf die Formel: „Die Kirche gleicht somit einem Manne, der mit der rechten Hand den Holzstoß schürt, mit der linken den Ketzer mit Wasser besprengt, um seine Qualen zu lindern, aber am Ende selbst ins Feuer fallen wird" (Wanner). Martin Fischer, Berlin, sagte dazu: „Wir sind doch nicht gefragt, ob Kriege immer bleiben werden, sondern wir sind gefragt, was wir als Christen verantworten können!"

Da wird der biblische Bericht vom „Zinsgroschen" wieder ausgegraben, in welchem Jesus den Pharisäern zur Antwort gibt: „So gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist" (Markus 12, 17) — und daraus macht man: den Leib dem „Kaiser", dem „Vaterland" oder auch der „westlichen Freiheit", aber die „Seele" Gott. Das macht man daraus, ohne darüber nachzudenken, daß es eine klare Grenze des Gehorsams für den Christen gibt — ja, ohne sehen zu wollen, daß es hier lediglich um die Steuer geht! Und wozu auch auf den Gekreuzigten, der die Mitte der ganzen Schrift ist, selbst hinschauen, wenn man sein Wort nur rumzudrehen braucht, um es mit Erfolg christlich zu verhökern?

Da wird ins Feld geführt, der Täufer und Jesus habe den Soldaten mit „keiner Silbe" nahegelegt, ihren „Beruf aufzugeben", so Thielicke (vgl. Lukas 3, 14 und 7, 1—10). Wie man noch Soldat sein kann, ohne im Ernstfall „niemand Gewalt noch Unrecht zu tun", wie der Täufer fordert, darüber schweigt sich Thielicke beharrlich aus. Ganz abgesehen von der — auch einem Schriftgelehrten! — verbotenen Unart, aus Dingen, die nicht dastehn, Schlüsse zu ziehen und darauf gar noch politisch-ethische Häuser zu bauen. Laserre („Der Krieg und das Evangelium") bemerkt dazu: „Was könnte man mit solchen Begründungen alles rechtfertigen! ... Jesus hat seinen Richtern nicht die Ungerechtigkeit ... ihres Vorgehens gegen ihn vorgeworfen; soll er damit wirklich die Verfahren gegenwärtiger Verurteilungen in totalen Staaten gerechtfertigt haben?"

Am härtesten geschunden wurde wohl seit altersher Römer 13, 1 ff.: „Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat ..." Einmal abgesehen von dem Kunststück Bischof Dibelius', sich mit größter Selbstverständlichkeit innerhalb der christ-demokratischen Bundesrepublik auf diesen Text zu berufen, hingegen den Christen in der DDR dies zu verwehren (weil dort keine legitime Obrigkeit bestehe), bleibt kurz und bündig zu sagen: Von Christ und Kriegsdienst ist in Römer 13 überhaupt nicht die Rede. Vom Kriegsdienst des Christen kann — im ganzen Neuen Testament! — schon darum nicht die Rede sein, weil

der römische Staat zu jener Zeit keine allgemeine Wehrpflicht kannte. Im übrigen war für den, der zum Glauben an Christus kam — bis weit ins 3. Jahrhundert hinein! — das Soldatsein damit zu Ende. Eine frühchristliche Kirchenordnung bestimmte (um 200): „Wer ein Amt übernommen hat, das ihm die Vollmacht zu töten gibt, oder wer Soldat ist, soll nicht in die Gemeinde aufgenommen werden." Zwar hat die Kirche nach 314 die kirchlichen Gedenktage der Soldatenmärtyrer aus ihrem Festkalender gestrichen und Märtyrerakten z. T. vernichtet, um nunmehr unerwünschte Einflüsse zu verhindern — aber kann sie das heute immer noch wollen, durch tendenziöse Auslegung von Römer 13? Man soll doch wenigstens bei solchen Rechtfertigungsversuchen die Hände von der Schrift lassen!

Doch hat man sich speziell zur Frage der atomaren Rüstung noch einiges einfallen lassen, selbst merkend, daß das antiquierte „theologische" Geschirr nicht mehr dazu taugt, um überzeugend am „modernen" Kriegskarren mitziehen zu können. Das sieht dann so aus: Wie, wenn es Gottes Wille wäre, durch den nuklearen Wahnsinn des Menschen s e i n Gericht über die Welt heraufzuführen? Dürfte man ihm dabei in den Arm fallen? (Um jetzt zu schweigen vom Lobpreis der Bombe als dem, was das Ende „noch aufhält" — 2. Thessalonicher 2, 7 — und dergleichen Nonsense mehr.) Nun — sitzt der, der so redet, eigentlich noch u n t e r Gottes Wort — oder nicht vielmehr ü b e r ihm, als Geheimer Rat Gottes? Wir haben doch nicht ungereimte — sich desto frömmer gebärdende! — Vermutungen anzustellen, sondern schlicht dem Ruf in die Nachfolge zu gehorchen. Oder soll solches Gerede gar zur Rechtfertigung der eventuellen Anwendung dieser Mittel dienen? Karl B a r t h gab auf solche absurden Spekulationen die schönste Antwort: „Die in Jesus Christus gefallene Entscheidung ist ... eindeutig und definitiv die ... f ü r Gottes gute Schöpfung und g e g e n das Nichtige."

Und weil man spürt, daß man angesichts der atomaren Kriegsbedrohung selbst mit biblischem Mißbrauch nicht mehr durchkommt, wendet man sich in diesen Theologenkreisen mehr und mehr allgemeinen Analysen der politischen Lage zu, aus denen man dann einen frommen Extrakt zieht, den wir gar noch schlucken sollen. Solcher Argumente sind Legion. Hier nur ein Exempel: Atomwaffen werden immer da sein; denn man weiß um ihre Herstellung. Die Formel bleibt, auch wenn alle nuklearen Waffen vernichtet würden (nach der Melodie: „Mit der Bombe leben"). Daraus schließt man: es geht ja nicht um das Nein zu den Massenvernichtungsmitteln, sondern um die Abschaffung des Krieges überhaupt (den man nebenher aber weiterhin rechtfertigt!). Denn „selbst wenn der Krieg ... im alten Sinne abgeschafft werden sollte, so wird der kriegerische Mensch ... ja nicht abgeschafft werden" (Thielicke). So ist die Bombe nur Symptom des Wesens der Sünde, die nicht abgeschafft werden kann (höchstens durch die Bombe selbst?). Was soll man dazu sagen? Thielicke wird binsenweise tiefsinnig, um sich ja nicht zu einem klaren Ja oder Nein entscheiden zu müssen. Doch ist die Kriminalität — par exemple — nicht auch nur Symptom der Sünde, die ja nicht abgeschafft werden kann? Warum rufen dann dieselben Theologen hier nach der Polizei — und dort läßt man den Karren laufen? „Krieg darf nicht mehr sein" (Dibelius) — das ist eine gute Erkenntnis, w e n n sie kein Ausweichen vor der heute und hier von uns geforderte Entscheidung darstellt. K l o p p e n b u r g schrieb neulich: „Über das Wesen des Krieges kann ich noch später nachdenken, über das Mittun bei der Bombe muß ich heute entscheiden!" Doch noch ein weit betrüblicheres Resumee bleibt hier zu ziehen: Christen kapitulieren vor einer Formel und huldigen unter der Hand nacktem heidnischen Schicksalsglauben. Und das alles bei der „frommen" Beschäftigung des Nachdenkens über das Wesen der Sünde ... Und dazu fiele nun auch mir ein Schriftwort ein: „Ihr Ende schauet an ..." — aber folget n i c h t ihrem Glauben nach (Hebräer 13, 7).

So geht es nicht!

Nun wirklich einmal abgesehen von allem politischen Mißbrauch des Namens Christi, der gar nicht abzusehen ist —: So das am grünen Holz geschieht — mitten in der Kirche! —, was soll am dürren werden? Wenn solcher Mißbrauch des Evangeliums seit Jahrhunderten in der Kirche möglich war — und leider noch ist —, was Wunder, wenn eine „christliche Welt" inzwischen sehr kräftig und ohne jede Hemmung danach zu handeln gelernt hat? Was Wunder, wenn der abendländische Markt vom Angebot solch fauler Früchte geradezu überschwemmt wird und diese zu den billigsten Preisen zu haben sind? So fürchte ich denn, daß alle anderen Worte der Kirche und einzelner, die wirklich vom Frieden reden und zum „Wort vom Kreuz" zurückrufen möchten, in dieser Schwemme untergehen werden. Schon darum, weil sie nicht billig zu haben sind und weil sie nach der Tat des Glaubens schreien.

Es genügt nicht, die Bibel zu zitieren. Das kann der Teufel auch, und Gott das Wort im Mund rumdrehen. Das Kreuz läßt sich auch nicht durch Bibelzitate zum Schwert machen. Es richtet sich sonst gegen uns selbst. Und aus dem göttlichen „Pro vobis" (für Euch) der Gnade wird das „Contra vos" (gegen Euch) des Gerichts. Die „Kirche des Wortes" wenigstens sollte erkennen, daß es bei Jesus nicht Worte waren, sondern daß es bei ihm zur Tat kam, zur Tat des Friedens und der ganzen Versöhnung. Solche Umkehr tut not. Wir haben nicht mehr viel Zeit dazu.

Dkfm. Dr. Erwin Flaschberger, Salzburg

Südtirol und Europa

Die Südtirolverhandlungen der Außenminister Italiens und Österreichs, Segni und Kreisky, am 24. Mai 1961 in Klagenfurt wurden recht lautstark von den Sprengstoffattentaten in Südtirol umrahmt. Des weiteren wurden durch die österreichische Staatspolizei in Innsbruck ein geheimes Waffenlager entdeckt (16. 4.) und zu guter Letzt die Südtirolreferentin der Tiroler Landesregierung, Frau Dr. V. Stadelmayr, die in Mailand zur österreichischen Verhandlungsdelegation gehört hatte, beim Übertritt über die italienische Grenze am 29. Mai unter dem Verdacht „antinationaler Propaganda" verhaftet und in der Zwischenzeit wieder freigelassen und unter Anklage gestellt. (Die Anklage erstreckt sich auf die Artikel 271—272 und 246 des italienischen Strafgesetzbuches.)

Unter diesen Aspekten scheint die Gedankenverbindung Südtirol und Europa geradezu eine Verwegenheit — daher erschien dem Verfasser der Zeitpunkt richtig gewählt, gerade jetzt einen Versuch zu unternehmen, die offensichtlich verkrampfte Haltung der beiden Verhandlungspartner einer Analyse zu unterziehen.

Historische Aspekte

Auf dem Gebiet des heutigen Südtirol wohnten einst in heute noch bewunderten Wallburgen und Ringmauern kelto-illyrische Stämme, so die Räter, die in der vorchristlichen Zeit in den Tälern jagten und an waldfreien Stellen die Felder bebauten. Auf sie stießen die vom Süden vordringenden Römer, eroberten das Land und setzten sich an den Flußübergängen fest. Sie bauten Straßen und Brükken und brachten mit den Villen und Maierhöfen die Kultur der Rebe mit.

Zur Zeit der Völkerwanderung kamen auch deutsche Stämme in dieses Gebiet und drangen weiter nach Süden vor. Im frühen Mittelalter trafen sich die Bajuwaren von Norden und die Langobarden von Süden her an Etsch und Eisack, ließen sich nieder und drängten die alten Rätoromanen nach rechts und links in die Täler. An den Grenzen vermengten sich die Völker und Kulturen, besonders in den Zeiten der Langobarden; trotzdem drang das deutsche Element in den Niederungen der Etsch weit nach Süden bis über die Klause von Salurn vor. Heute noch sind in der Mundart Orts-, Flur- und Familiennamen römisch-rätischen Ursprungs festzustellen. Zeigt die Masse der bäuerlichen Bewohner bajuwarisch-alemannische Merkmale, so weisen z. B. die Sarner und Pseirer noch ältere voritalische Spuren auf. Volkskundlich gesehen stellen die Südtiroler einen eindeutigen Typus dar, rassenkundlich sind sie schwer zu bestimmen.

Die an landschaftlichen Reizen so reiche Region umschließt auch eine jahrtausendealte Kultur; prähistorische Schalenfunde, mehr als anderthalbtausend Jahre alte Kirchen und Burgen, sowie Schlösser aus dem romanischen und gotischen Mittelalter, freibürgerliche Hofanlagen aus dem 16. und 17. Jahrhundert, wie auch viel mittelalterliches Schrifttum beweisen dies.

Vor diesem historischen Hintergrund entwickelt sich nun durch die Jahrhunderte herauf eine geistige Landschaft von einzigartiger Prägung. Der eindeutig deutschsprachige Adel und das Bürgertum stehen einem ebenfalls deutschsprachigen Bauerntum gegenüber. Alle drei Gruppen aber sehen sich einerseits mit der räto-romanischen Gruppe, andererseits mit der italienischen Gruppe konfrontiert.

Die politisch-militärische Entwicklung des 18. und 19. Jahrhunderts sieht Südtirol eindeutig auf der Seite Österreichs. Vor dem Ersten Weltkrieg hatte Österreich (ohne Ungarn) eine Bevölkerungszahl von 26,2 Millionen, wovon 35 % oder 9,2 Millionen als Deutsche galten, der Rest waren Serben, Rumänen, Tschechen, Polen und Italiener. Die Italiener lebten in geschlossenen Gruppen in Triest, Istrien, Goerz, Friaul und Trentino. Ferner bewohnten sie isoliert die Küstenstädte Dalmatiens.

Seitdem das Rinascimento das nationale Bewußtsein der Italiener stärkte, drang die italienische Sprache stetig gegen Norden vor. Zugleich hörte die deutsche Zuwanderung auf, die Sprachgrenze spielte sich um Salurn ein. In den weiter südlich um Trient gelegenen deutschen Sprachinseln hielt sich das deutsche Element noch etwas länger. Andererseits setzt in zunehmendem Maße die italienische Zuwanderung in die nördlich von Salurn gelegenen Gebiete ein, so daß sich eine italienische Minderheit in Südtirol zu formen beginnt. Interessanterweise wurde den „Welschtirolern" innerhalb des österreichischen Vielvölkerstaates keine Autonomie zugestanden, wohl aber hatten sie im Tiroler Landtag 23 Abgeordnete gegenüber 45 deutschen, und im Wiener Reichsrat waren 9 italienische und 16 deutsche Abgeordnete der Region vertreten.

Seit dem Jahre 1848 traten aber im Bereiche der ganzen Monarchie immer mehr die nationalen Strömungen hervor. So erhoben sich z. B. die Ungarn und konnten nur mit Hilfe des russischen Zaren überwältigt werden. Andeutungsweise sei darauf hingewiesen, daß die Abgeordneten Welschtirols im Frankfurter Parlament erschienen, aber nur um zu betonen, daß ihr Gebiet von Tirol und Deutschland abgetrennt und den italienischen Provinzen zugeschlagen werden solle. Die umsichgreifende Welle des Nationalismus und die darauffolgende Einigung Italiens machte auch die Ansätze eines Versuchs einer großdeutschen Lösung im Frankfurter Parlament von vornherein zunichte, wobei allerdings die Gegensätze zwischen Österreich und Preußen allein schon genügt hätten, einen solchen Versuch zu Fall zu bringen.

Das Zusammenleben der bei Österreich verbliebenen Teile Trients — Venezien und die Lombardei waren in der Zwischenzeit an Italien gefallen — regelte sich im wesentlichen durch das Staatsgrundgesetz von 1867, welches im Artikel XIX festlegte: „Alle Volksstämme des Staates sind gleichberechtigt, und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache. Die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben wird vom Staat anerkannt. In den Ländern, in welchen mehrere Volksstämme wohnen, sollen die öffentlichen Unterrichtsanstalten derart eingerichtet sein, daß ohne Anwendung eines Zwanges zur Erlernung der zweiten Landessprache jeder dieser Volksstämme die erforderlichen Mittel zur Ausbildung in solcher Sprache erhält." Durch dieses Gesetz war also die Lage der Italiener im alten Österreich geregelt. Ein Autonomievorschlag der beiden nationalen Gruppen (1902) wurde aber nie in Kraft gesetzt. Die Form der örtlichen Selbstverwaltung auf Grund des Reichsgemeindegesetzes vom 21. 1. 1869 und den auf Grund desselben durch die Landesgesetzgebung erlassenen Gemeindeordnungen kann als vorbildlich bezeichnet werden. Die Kulturarbeit war durch Freiheit gekennzeichnet, es entstanden italienische Bibliotheken, Vereine und sonstige Vereinigungen in großer Zahl. Doch darf in diesem Zusammenhang wohl nicht übersehen werden, daß die tolerante Haltung der österreichischen Behörden auf sehr kluger psychologischer Einfühlungsgabe beruhte. Sie waren zu diesem Zeitpunkt durch die Schwierigkeiten in Ungarn gewitzigt und machten den Italienern gern Konzessionen, weil dies der einzige Weg war, um den bestehenden Spannungen und dem immer stärker werdenden nationalen Druck einigermaßen zu begegnen.

Die dynamische generative Kraft der Italiener zeigte sich bereits in dieser Zeit. In einem Zeitraum von 35 Jahren wächst die italienische Bevölkerung des unter österreichischer Verwaltung stehenden Teiles von Trient um mehr als 25 %, während z. B. in den österreichischen Alpentälern zum selben Zeitpunkt bereits die Entleerung der Täler beginnt, was zu einer Stagnation der Bevölkerung dieser Gebiete führt. Ähnliches kann wohl mit Sicherheit von den Tälern Südtirols gesagt werden, doch fehlt das entsprechende Zahlenmaterial.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges und die bereits am 26. 4. 1915 erfolgte „Londoner Deklaration", derzufolge Italien die Brennergrenze und die Herrschaft über die Adria zugesichert erhielt, verändern bereits tiefgreifend die Lage in Südtirol. Die in Südtirol lebenden Italiener sind unversehens zum Mittelpunkt des Interesses der Majorität der Bevölkerung geworden. Wie werden sich die Italiener im Falle einer weiteren Entwicklung verhalten? lautete die unausgesprochene Frage. Noch kritischer wurde die Situation, als Italien am 4. Mai 1915 den Dreier-Bund aufkündigte und Österreich am 23. Mai 1915 den Krieg erklärte, dienten doch viele Italiener aus Trient und Südtirol in österreichischen Regimentern im Osten. Im großen gesehen war die Haltung dieser Soldaten ähnlich derjenigen aus der CSR und Rumänien: sie hielten in der großen Masse den Fahneneid, bis es offensichtlich wurde, daß die Monarchie den Krieg zu verlieren im Begriffe war, um dann zu desertieren. Am 8. 1. 1918 verkündete W i l s o n seine 14 Punkte. In Punkt 9 verspricht er die Bereinigung der italienischen Grenze nach klar erkennbaren ethischen Linien. Dadurch schien für einige Zeit die Londoner Deklaration entkräftet zu sein. Doch bereits am 2. November 1918 besetzten die Italiener Südtirol, welches sie dann nach dem Friedensvertrag von St. Germain am 10. 9. 1919 auch endgültig zugesprochen erhielten. Bereits im Frühjahr 1919 wurde während der Berner Verhandlungen der Südtiroler Abordnung dies durch den Gesandten Englands unmißverständlich klargemacht, indem er

sagte: „Die Würfel über das Schicksal Südtirols sind gefallen, denn heute hat Wilson Fiume Italien zugesichert."

Die Stellung der neugewonnenen Teile Italiens innerhalb des Staatsverbandes umriß König Viktor Emanuel anläßlich seiner Thronrede wie folgt: „Unsere freiheitliche Tradition wird uns den Weg weisen, auf dem wir in größter Achtung vor den lokalen autonomen Einrichtungen und Gebräuchen deren Lösung finden können."

Das demokratische Italien erfüllte in den nächsten drei Jahren die Forderungen der deutschen Bewohner der Provinz Bozen im Rahmen der Spielregeln der Demokratie.

Im Jahre 1921 zogen vier Südtiroler Abgeordnete (36 475 Stimmen des „Deutschen Verbandes" bei einer Wohnbevölkerung von 243 000 Personen in der Provinz Bozen, davon 223 000 Deutschsprechende) in das italienische Parlament ein. Der Standpunkt dieser Abgeordneten war keinesfalls ein leichter; ihre Haltung in bestimmten Fragen führte bald zu einer Verstimmung konservativer Kreise in Rom und damit zu einer Versteifung der Lage in Südtirol. Die Verstimmung erwies sich jedoch als geringfügig gegenüber den sich abzeichnenden politischen Umwälzungen, denn der Faschismus gebärdete sich immer kraftbewußter, und die dreißig faschistischen Abgeordneten terrorisierten das Parlament. Mussolini „begrüßte" nach dem Marsch auf Rom am 28. Oktober 1922 das römische Parlament, indem er erklärte, es sei nur eine Gnade von ihm gewesen, daß er diesen Sitzungssaal nicht zum Lagerplatz seiner faschistischen Miliz gemacht habe. Als die Südtiroler Abgeordneten in einer Sitzung am 23. Juni 1923 gegen eine Wahlreform der Faschisten stimmten und sich bei der Abstimmung mit der Linken zusammentaten, war der Bruch mit Rom ein offensichtlicher geworden. Trotzdem kandidierte der „Deutsche Verband" auch bei den Parlamentswahlen nach dem neuen faschistischen Wahlgesetz am 6. April 1924. Das Parlament bestand nach dieser Wahl aus 380 Faschisten, 180 Mitgliedern anderer Parteien, 2 Slawen und 2 Südtirolern (32 000 Stimmen der Südtiroler).

In den folgenden Jahren wurde zuerst versucht, die Südtiroler durch Entgegenkommen zu gewinnen, doch war die betont andersartige Haltung der Südtiroler den Faschisten ein Dorn im Auge. Der Slogan „Deutsch bleiben, heißt antifaschistisch sein" eröffnete die Kampagne gegen die nationale Eigenart der Südtiroler, wobei unter Berufung auf das Recht des Siegers eigentlich alle Methoden offenstanden. Von der Besetzung der öffentlichen Verwaltung mit italienischen Beamten bis zur Entfernung von deutschsprachigen Straßenbezeichnungen wurden von den Faschisten alle Möglichkeiten genutzt, die „Italianitá" durchzusetzen. Doch darf nicht übersehen werden, daß dies oft recht leicht war, weil nach dem Zusammenbruch der Monarchie viele altösterreichische Beamte es vorgezogen hatten, nach Österreich zurückzukehren und ihre Posten mangels eines ortsansässigen Nachwuchses mit Beamten aus dem Süden besetzt wurden. Im übrigen erfolgte die Neubesetzung solcher Posten ganz im Sinne des Faschismus, womit die neue radikale Linie bereits vorgezeichnet war. Nicht ohne Einfluß war auch eine gewisse Anfälligkeit der einheimischen Gewerbekreise und Angestellten, die dem Faschismus — wie übrigens auch anderswo — nicht allzu viel Widerstand leisteten; lediglich die Bauernschaft in den Tälern blieb immun. Der Einbruch der Faschisten vollzog sich Zug um Zug; so wurde u. a. unter Berufung auf den Vertrag von Versailles der Besitz reichsdeutscher Staatsbürger beschlagnahmt, um ihn dann in Ausgleichsverfahren aufkaufen zu lassen. Bereits 1924 wurde das Gesetz über die „Regelung des Eigentums in der Grenzzone" erlassen, womit nahezu alle Eigentumsübertragungen geregelt werden konnten. Ähnliches gilt für die „Carta del lavoro" (1927 und 1938), durch die die Arbeitsvermittlung

unter die staatliche Aufsicht und die faschistischen Syndikate gestellt wurde, die dadurch den Arbeitsmarkt völlig beherrschten. Diese Regulierung des Arbeitsmarktes und die Möglichkeiten, die Industrialisierung des Landes durch den Staat voranzutreiben, mußten natürlich zu einer völligen Umordnung des sozialen Gefüges des Landes führen.

In der Zwischenzeit zeichnete sich auch außenpolitisch der neue Kurs Mussolini—Hitler ab. Als Gegenleistung für die Bündnisverpflichtung gegenüber Hitler erwirkte Mussolini am 23. Juni 1939 ein Abkommen mit Berlin, wonach es allen Südtirolern freigestellt wurde, für Deutschland zu optieren und die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben oder die italienische Staatsbürgerschaft beizubehalten. Von den 256 000 Südtirolern optierten 220 000 für Deutschland, doch übersiedelten auf Grund der Kriegsereignisse nur 80 000 Personen nach Deutschland. Diese Größenordnung muß, wenn man heute vom Problem Südtirol spricht, doch etwas bedenklich stimmen, denn sie ist auch eines der stärksten Elemente der Italiener in der jetzigen Diskussion, wenn sie vom „Pangermanismus in Südtirol" sprechen. War es Zwang oder Massenhysterie einer Heim-ins-Reich-Stimmung? Der Zusammenbruch des Faschismus beendete diesen Entwicklungsabschnitt, ließ aber nach wie vor alle Probleme für die Zukunft offen.

Unbewältigte Vergangenheit

Das Südtirolproblem wird an erster Stelle unter dem politischen Blickwinkel gesehen. Berechtigterweise, denn es ist die Virulenz des Nationalismus, der, so scheint es in letzter Zeit, die Bevölkerung dieses Gebietes in einen selbstmörderischen Partisanenkrieg zu stürzen droht. Die Beruhigung der Situation in Südtirol ist eine politische Aufgabe — daran ist nicht der geringste Zweifel. Fast ganz außer Betracht aber bleibt die Frage des gesellschaftlichen Ordnungsgefüges. Der nationalstaatliche Unitarismus mit seinen Symptomen des einseitig unitaristischen Denkens hat sich, wie die geschichtliche Entwicklung zeigt, totgelaufen. Die Frage der Souveränität des Staates ist es letztlich, an der sich die Gemüter in Südtirol erhitzen. Was ist Souveränität? Nach einer trefflichen französischen Begriffsbestimmung „le droit du dernier mot", die Zuständigkeit, Machtvollkommenheit oder Befugnis, das letzte Wort zu sprechen. Diese Zuständigkeit beansprucht der moderne Staat — und so auch Italien — in uneingeschränktem Maße auf allen Gebieten für sich allein. Souveränität soll es also nur auf seiner Ebene geben. Damit lehnt er zunächst einmal jede Staffelung in der Vertikalen ab: keine innerstaatliche und ebensowenig irgendeine überstaatliche Gemeinschaft soll befugt sein, in irgendeiner Sache das letzte Wort zu sprechen; das tut einzig und allein der Staat. Womöglich noch bedeutsamer wirkt sich diese Zusammenballung des Rechts der letzten Entscheidungen beim Staat in der Horizontalen aus. Hier hat sie zur ebenso begriffsnotwendigen Folge die Allzuständigkeit des Staates, seinen Totalitätsanspruch. Zunächst, wie gesagt, nur als Anspruch. In der Praxis aber kommt es auf dem Wege über das, was A. Wagner das Gesetz der zunehmenden Staatstätigkeit nannte, früher oder später zum tatsächlichen staatlichen Totalitarismus, zum totalen Staat, der ebenso gut in demokratischer wie in monokratischer Gestalt möglich ist. Freies gesellschaftliches Leben besteht doch darin, daß die verschiedenen Lebenskreise ihre eigenen Angelegenheiten in die Hand nehmen und in eigener Verantwortung selbst verwalten, selbstverständlich im Rahmen des größeren Ganzen, im Rahmen der allgemeinen durch den Staat als den Garanten des Gemeinwohls verbürgten Rechtsordnung. Dieser Gedanke liegt auch den Autonomieforderungen Österreichs in der Südtirolfrage zu Grunde. Doch dürfte Österreich mit dieser Forderung kaum durchdringen, wenn nicht die Haltung Italiens in dieser Frage im letzten Augen-

blick noch eine Änderung erfährt. Vor dem Beginn der Züricher Ministerverhandlungen über die Südtirolfrage erklärte Innenminister Scelba vor der italienischen Kammer am 23. 6. 1961: „Eine größere regionale Autonomie, auf die man sich zur Konsolidierung einer Rassenpolitik beruft, ist nicht gerechtfertigt." Der Kenner der Verhältnisse weiß, daß der Etatismus moderner Staaten, insbesondere der Italiens, die Autonomieforderungen Österreichs niemals durchdringen läßt. Österreich kennt dieses Problem sehr wohl aus eigener Erfahrung, nämlich im Zusammenhang mit dem Problem der gelungenen Lösung der Minderheitenfrage in Kärnten (Slowenenfrage), denn auch dort scheint manchmal die Bürokratie die politischen Gremien zu überspielen. Ähnliches spielt sich Tag für Tag in Südtirol ab, die Demokratie wird von der Bürokratie überspielt. Die römische Ministerialbürokratie und ihr verlängerter Arm in der Regionalbürokratie muß der Sieger bleiben, weil sie einfach auf Grund der größeren Zahl derjenigen, die sich mit einem Spezialproblem befassen, stärker ist als die Politiker. Je weiter die Gesetzgebung über die Gestaltung der großen umspannenden Lebensordnung hinausgreift in die Einzelheiten des täglichen Lebens, z. B. Tragen von Schützenuniformen, Trachtenvereine etc., desto größer wird der Totalitätsanspruch des Staates, und die beste Demokratie muß versagen. Dazu kommt noch ein Gedanke, der von den Vertretern Italiens besonders vor den Vereinten Nationen mit großem Geschick vorgetragen wurde: daß der Souveränitätsanspruch Italiens nur faktische Gegebenheiten kenne, nicht aber Rechtsgenossen, die für staatsvertragliche Souveränitätsbeschränkungen eintreten. Die Eröffnungsgespräche von Zürich zeigten deutlich, daß der Versuch, die Materie Südtirol als reines Fachgespräch unter Völkerrechtsexperten zu führen, sich totlaufen müsse, besonders wenn zum selben Zeitpunkt in Südtirol selbst eine Entwicklung in Richtung auf einen Bürgerkrieg hin sich abzeichnet. Innerhalb von 72 Stunden wurden über 50 Bombenanschläge verübt, wobei zwei offensichtlich unschuldige Südtiroler von der italienischen Polizei erschossen wurden. Durch diese Bombenanschläge wurden zeitweilig 80 % der elektrischen Stromversorgung im Raume Bozen lahmgelegt. In einer solchen Situation können formal-juridische Interpretationen von Völkerrechtsverträgen kaum noch Abhilfe schaffen. Hier kann nur das realpolitische Verständnis einsichtiger Politiker einen Ausweg finden. Den Politikern — und die Väter der Südtiroler Problematik sind an erster Stelle Politiker — schwebt als Ziel die politische Beruhigung Südtirols vor. Dieses Ziel wird wohl von allen, ob Österreicher, Südtiroler oder Italiener, bejaht. Die Frage kann nur sein, ob der Pariser Vertrag (De Gasperi-Gruber-Abkommen vom 5. 9. 1946) unmittelbar zu diesem Ziel führen kann, soll oder wird, oder mittelbar, d. h. auf dem Wege über ein Zwischenziel. Die Ereignisse der letzten Wochen müssen auch dem unbefangensten Beobachter zeigen, daß der unmittelbare Weg einer Befriedung über den Pariser Vertrag, d. h. durch Auslegungsversuche des Vertragswerkes noch eine Wendung und eine Lösung des Problems herbeizuführen, als verfehlt erscheint. Solange der Politiker von pressure-groups — in beiden Ländern — unter Druck gesetzt wird, die Dinge nach deren Willen zu regeln, sind wir uns klar darüber, daß die Mittel der Justiz und Jurisprudenz nicht ausreichen, hier zu einer Lösung zu kommen. Nur eine konstruktive Lösung: die Herstellung eines echten gesellschaftlichen Ordnungsgefüges im Sinne eines funktionalen-regionalen-kulturellen Pluralismus kann zum Ziele führen. Damit ist aber auch der Kern des Südtirolproblems aufgedeckt: es stellt sich als ein Ökonomikum, Politikum und Soziologikum dar.

(Fortsetzung im nächsten Heft)

E. S. Sachs, London

Dr. Verwoerd's Republik

Der 31. Mai 1961 — ein tragischer Tag

Als die Briten zu Beginn unseres Jahrhunderts die beiden Burenrepubliken — Transvaal und den Oranje-Freistaat — eroberten, genossen die Besiegten die Sympathie der ganzen Welt. Als Charles Robert Swart, der künftige Präsident der neuen Republik, am 31. Mai 1961 auf dem Church Square zu Pretoria die Geburt der Republik in einer Massenversammlung verkündete, gab es im Ausland keinen Jubel und im Inland nur geringe Begeisterung. Die Sympathie der überwältigenden Mehrheit der Menschheit galt bei dieser Gelegenheit nicht der neugeborenen Republik, sondern den 12 Millionen Nichtweißen, die in der Änderung der Verfassung nur eine Verschlimmerung ihrer Unterdrückung und Not erblicken. Das Ausland war am Kampf der Afrikaner mehr interessiert als an den Feiern in Pretoria: die Führer der Afrikaner hatten vom 29. Mai ab zu einem dreitägigen Fernbleiben von der Straße aufgerufen, um die Verachtung und Abneigung der Afrikaner gegen die neuen Herren zu demonstrieren. Die Elemente selbst schienen sich gegen die Festlichkeiten verschworen zu haben. Um jene Jahreszeit herrscht in Pretoria in der Regel der schönste Sonnenschein; aber an diesem Unglückstage war der Himmel grau, und der Regen jagte die Menschen von den Straßen.

So sieht die Ironie der Geschichte aus. Die Buren selbst hatten lange bittere Kämpfe mit Mut und Entschlossenheit ausgefochten, um ihre nationale Unabhängigkeit zu erringen. Aber als sie ihr Ziel erreichten, wurden sie zu unmenschlichen Unterdrückern anderer, die nach Freiheit lechzen und für sie kämpfen.

Die Sehnsucht der Buren nach einer Republik begann bereits im Augenblick der Unterzeichnung des demütigenden Friedensvertrages der Vereeniging im Jahre 1902. Verzweifelt wandten sie sich gegen das „Jahrhundert des Unrechts", das die Briten ihnen bereitet hatten. Es gab noch andere Faktoren, welche die republikanische Tradition wachhielten. Durch die Jahrzehnte saßen bärtige burische Farmer auf ihren südafrikanischen Veranden, tranken Kaffee, rauchten ihre Pfeifen und träumten melancholisch von den „guten alten Zeiten" von „Ohm Paul", als das Leben so einfach war. Land war reichlich vorhanden und billig; der Lebensstil war einfach — ein Khakihemd, Hosen aus Rippelsamt und ein Paar im Hause gefertigte „Veld-Skoene" genügten den Männern, und ein Kleid aus billigem bedruckten Kattun befriedigte die Eitelkeit der Frauen. Für den Verkehr sorgte der Ochsenwagen. Das bescheidene Heim war aus großen Lehmziegeln gebaut. Pflug und Jagdflinte schafften Nahrung herbei. Wenn der Boden erschöpft war oder der Wind den Humus fortblies, packte der Bure seine Habe auf den Ochsenwagen und treckte zu neuen Weiden. Ja, sie lebten weit weg von der Zivilisation, aber was machte das schon? Sie liebten die Einsamkeit und waren nur zu glücklich, mit den „Uitlanders" nichts zu tun zu haben, die dem Gelde nachjagten und ihre friedliche, primitive Hirtengesellschaft störten.

Das „Kaffernproblem" und die Peitsche

Das „Kaffernproblem" in den „guten alten Zeiten" von Onkel Paul? Das war leicht zu lösen! Schon in der Schlacht am Blutfluß im Dezember 1838 hatte der weiße Mann mit seinem Gewehr seine Überlegenheit über die Zulus mit ihren Speeren festgelegt. Sagt denn die Bibel nicht, daß der Allmächtige selbst es so geordnet hat: die Söhne Ham's, die schwarzen und farbigen Menschen, sind „Untermenschen", von ihm nur geschaffen, auf daß der weiße Mann Diener

habe? Wenn der Kaffer „frech" wird, so zeigen ihm die berühmten „vijf en twintig op die rug" — fünfundzwanzig Hiebe mit dem Sjambock (der Lederpeitsche) auf den Rücken —, wohin er gehört.

Tiefverwurzelte Traditionen sterben schmerzlich langsam, aber der Gang der Geschichte läßt sich nicht aufhalten und geht über die Wünsche und Ziele der einzelnen gnadenlos hinweg. Die soziale Ordnung von „Herr und Sklave", welche die Weißen wenige Jahre nach ihrer ersten Landung am Kap im Jahre 1652 begründet hatten, hemmte die intellektuelle und kulturelle Entwicklung der Weißen selbst. In den letzten 50 Jahren hat das Tempo der Geschichte sogar auf dem dunklen Erdteil die Geschwindigkeit des Düsenflugzeugs erreicht, aber das geistige Wachstum der Weißen kroch im Tempo des Ochsenwagens dahin — ja, es rollte rückwärts.

Sklavengesellschaften bereiten sich selbst den Untergang

Wehe den Völkern, deren intellektuelle Entwicklung mit der Geschichte nicht Schritt hält! Wehe denen, die die Gewohnheiten, Anschauungen und Lehren vergangener Epochen den Nachfahren aufpfropfen wollen! Das „idyllische" Paradies von „Ohm Paul" ist versunken und wird nie mehr wiederkehren. Südafrika ist ein industriell hochentwickeltes Land geworden — der industriell am meisten entwickelte Staat auf dem afrikanischen Kontinent. Achtzig Prozent der Weißen leben heute in den Städten, und die Abwanderung vom Lande hält an. Zwei Drittel der Weißen verdienen ihren Lebensunterhalt in den Bergwerken, Fabriken und anderen modernen Arbeitsstätten. Ohm Pauls „gute alte Zeiten" konnte den Weißen keine Existenz in der Landwirtschaft verschaffen, und so strömten sie in die Städte, um der Armut auf dem „Platteland" zu entfliehen. Das moderne Südafrika kämpft schwer mit dem Problem seiner unausgeglichenen internationalen Zahlungsbilanz. Das Land benötigt Hunderte von Millionen Auslandskapital, um seine Industrien in Gang zu halten und sich weiter zu entwickeln. Statt daß aber Kapital einströmt, strömt es ab, und die Reserven haben einen gefährlich niedrigen Stand erreicht. Die Republik hat Südafrika bedrohlich isoliert; das Land hat keinen Freund in der weiten Welt, mit Ausnahme vielleicht von Salazars Portugal, das selbst nicht aus noch ein weiß. Sogar „Die Burger", das Organ der Nationalistischen Partei in der Kap-Provinz, gab kürzlich zu, daß Südafrika der Geächtete der Menschheit sei. Aber Isolierung heute bedeutet, daß die Republik morgen absacken und schließlich zusammenbrechen muß.

Verwoerds Republik ist dem Untergang geweiht, wenn sie im Ausland keine Freunde findet, die in Südafrika große Summen investieren können und wollen. Sobald Arbeitslosigkeit und sinkender Lebensstandard die achthunderttausend weißen Arbeiter, die zwischen 400 und 1000 Pfund pro Jahr verdienen, bedrohen, wird sie die Rückkehr zu den „guten alten Zeiten" nicht sattmachen. Früher konnten die Weißen der Verarmung durch Landflucht entgehen. Wohin aber sollen sie sich wenden, wenn die Fabriken beginnen, ihre Tore zu schließen? Die weißen Farmer innerhalb der Bevölkerung werden Verwoerds Politik der „Granitmauer" bis zum bitteren Ende decken, aber die weißen Arbeiter in den Städten, deren Mehrheit heute noch die Nationalistische Partei unterstützt, werden ihr nicht treu bleiben, sobald ihnen Arbeitslosigkeit droht.

Eine „christlich-nationale" Republik mit 80 v. H. „Untermenschen"

Verwoerd's „christlich-nationale" Republik, die weder christlich noch national ist, ist überlebt; sie war eine Ausgeburt von Terror und Betrug. Ihr Ent-

stehen gab den Massen des afrikanischen Volkes weder Vertrauen noch Hoffnung — nur Furcht und Verzweiflung; sie säte Haß unter der einen Million englischer Südafrikaner und verbreitete den glühenden Wunsch unter den Nichtweißen, sie so rasch wie möglich zu stürzen. Die nationalistische Regierung hat während einer dreizehnjährigen Herrschaft alles, was sie nur konnte, unternommen, um 80 v. H. der gesamten Bevölkerung Südafrikas — 10 Millionen Afrikaner, 1,5 Millionen „Mischlinge" und eine halbe Million Inder — für alle Zeiten zu einer Schicht von Heloten, von Unterworfenen und Dienenden herunterzudrücken. Mit typischer Nazi-Brutalität gingen die Planer der Apartheid gegen die geringste Regung von Widerstand seitens der Unterdrückten vor. Nach der Massenschlächterei von Sharpeville und Langa im März 1960 wurde der Druck noch schlimmer. Zehn Tage nach Sharpeville erklärte die Regierung den „Notstand": unter ihm wurden über 20 000 Menschen aller Rassen, zumeist aber Afrikaner, festgenommen und ohne öffentliche Anklage vor einem ordentlichen Richter in Haft gehalten — manche viele Monate hindurch. Brutale Gefängnisstrafen wurden den Führern und Teilnehmern an der Kampagne zugesprochen, die sich gegen die infamen Paßgesetze richtete, aus denen das Blutbad von Sharpeville hervorgegangen war. Der Afrikanische National Congress*), die Massenorganisation des afrikanischen Volkes mit Millionen von Anhängern, wurde als illegal erklärt; ebenso der weit kleinere, aber militantere Pan Africanist Congress. Hunderte von Menschen wurden unter Polizeiaufsicht gestellt; ihnen wurde verboten, an Versammlungen teilzunehmen (eine „Versammlung" besteht aus zwei oder mehr Menschen) oder ihr Wohngebiet zu verlassen. Im Pondoland, einem „Eingeborenen-Reservat" in der südöstlichen Kap-Provinz, herrscht seit über zwei Jahren offener Terror. Ein Dutzend Afrikaner wurde erschossen, 5000 wurden ins Gefängnis geworfen, nur weil der Pondo-Stamm — Menschen mit einer stolzen Tradition im Kampf um ihre Unabhängigkeit — sich weigerte, Verwoerd's betrügerische Politik des sogenannten „Bantustan" hinzunehmen. Verwoerd läßt in seiner Auslandspropaganda verbreiten, daß Bantustan „Selbstbestimmung" für das afrikanische Volk bedeute. Aber das Volk weiß, was er mit Bantustan wirklich meint: die Bestechung der Häuptlinge und Stammesältesten, so daß sie Marionetten der Nationalistischen Regierung werden, die ihr helfen sollen, das Volk zu unterjochen. Die Pondo widerstanden diesem Trick rücksichtslos: die Hütten vieler Verräter wurden niedergebrannt, viele von ihnen wurden getötet. Dieser Kampf geht noch weiter.

6 v. H. der Bevölkerung stimmten für die Republik

Als Verwoerd im Oktober 1960 seine „Volksabstimmung" für oder gegen die Republik durchführte, waren die 10 Millionen Afrikaner und die halbe Million Inder, die keinerlei Wahlrecht haben, von der Abstimmung ohnehin ausgeschlossen. Aber auch die 1,5 Millionen „Mischlinge", die das „Vorrecht" haben, 4 Weiße (!) als ihre Fürsprecher in das Parlament der Union zu entsenden, durften nicht mitstimmen. Von den 1,5 Millionen Weißen, die an der Abstimmung teilnahmen, stimmten über 700 000 gegen die Republik. Mit einem „Ja" von 6 v. H. der Gesamtbevölkerung von 15 Millionen peitschte Verwoerd das Gesetz durch das Parlament der Union — das Gesetz, das Südafrika zu einer Republik erklärt.

*) Das Wort „Congress" bedeutet soviel wie Bewegung — eine Massenorganisation, die sowohl straffer wie lockerer ist als eine Partei: Der Begriff des Congress ist aus den Kampfzeiten der indischen Freiheitsbewegung übernommen. Gandhi selbst schuf diesen organisatorischen Begriff und die typische Taktik eines Congress während seiner Tätigkeit als Anwalt in Südafrika. (Der Übersetzer)

Fünfzig Jahre Weg in den Abgrund

Die Verfassungsänderung hat für die Masse der Nichtweißen wenig zu bedeuten. Seit langem sind sie ihrer einfachsten Rechte als Staatsbürger beraubt. Als die vier Provinzen — Kap, Natal, Transvaal und der Oranje-Freistaat — im Jahre 1910 die Union von Südafrika konstituierten, wurden die Nichtweißen nicht zu Rate gezogen, und ihre Interessen wurden völlig ignoriert. Für die Nichtweißen bedeutete die Union ein Bündnis zwischen den burischen Herren über das Land und den britischen Bergwerksbesitzern zur Ausbeutung billiger afrikanischer Arbeitskräfte. Sobald die Union geschlossen war, wurden drei Gesetze angenommen: der Natives Labour Regulation Act 1911 (Gesetz über die Arbeitsordnung der Eingeborenen von 1911); der Mines and Works Act 1912 (Bergbau- und Betriebsgesetz von 1912); und der Natives Land Act 1913 (Eingeborenen-Bodenbesitz-Gesetz von 1913). Diese Gesetze beraubten die Afrikaner aller Rechte als Arbeiter; sie verboten ihre Beschäftigung in gelernter Arbeit im Bergbau, und sie erklärten 92,3 v. H. des gesamten Bodens in der Union als „weißes Gebiet", in dem Afrikaner Boden weder kaufen noch pachten dürfen. Unter der Regierung der United Party von Botha und Smuts folgten weitere Gesetze zur Unterdrückung der Afrikaner. Das afrikanische Volk weiß, daß der Unterschied zwischen der United Party und der Nationalist Party kein grundsätzlicher ist — daß beide Parteien dazu entschlossen sind, die Nichtweißen zu unterdrücken. Soweit Unterschiede zwischen den beiden Parteien bestehen, sind sie oberflächlich. Die United Party tritt für die Herrschaft der Weißen unter dem Schlagwort „Apartheid mit Gerechtigkeit" ein, als könne es dort Gerechtigkeit geben, wo es um grausame rassische Unterdrückung geht!

Der Verlauf der Streikbewegung

Die Führer der afrikanischen Bevölkerung beschlossen, die Verfassungsänderung von 1961 dazu zu benutzen, ihre Erbitterung über jede Form der Unterdrückung — ob sie sich nun unter der Flagge einer Monarchie oder einer Republik abspielt — zu demonstrieren. Sie riefen die Bevölkerung zu dem dreitägigen Streik des „Fernbleibens" vom 29. bis 31. Mai 1961 auf, um nicht nur gegen Verwoerd's Republik, sondern gegen jede Form rassischer Unterdrückung zu demonstrieren. Sie forderten die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung von Vertretern aller rassischen Gruppen, die dem Lande eine nicht-rassische Verfassung geben solle, und legten feierlich fest, daß sie bis zur Einberufung dieser Versammlung eine Kampagne für Nicht-Zusammenarbeit in Gang halten würden. Eine erhebliche Anzahl von Weißen unterstützte die Forderungen der Afrikaner.

Die Regierung Verwoerd entschied sich jedoch wiederum dazu, den Widerstand der afrikanischen Bevölkerung mit eiserner Faust zu brechen. Bis zum 26. Juni wurden alle Versammlungen verboten. Selbst die Organisatoren der Feiern zur Errichtung der Republik in Pretoria mußten um eine spezielle Erlaubnis einkommen. Dem Südafrikanischen Gewerkschaftskongreß wurde verboten, während eines Zeitraums von drei Monaten irgendwelche Versammlungen abzuhalten. Im April mobilisierte die Nationalistische Regierung die Wehrmacht, die Polizei, die „Sicherheitsabteilungen" (vergleichbar mit der Gestapo) und 5000 Reservisten der Armee und ging mit offenem Terror vor. Im Morgengrauen wurden die Wohnungen von Afrikanern und fortschrittlichen Europäern im ganzen Lande umstellt, und über 10 000 Menschen wurden verhaftet. Ein Änderungsgesetz zum Grundgesetz wurde im Parlament der Union in höchster Eile durchgepeitscht; danach hat die Polizei das Recht, Menschen für zwölf Tage in Arrest zu nehmen, ohne sie einem Richter vorzuführen. Das gesamte Land wurde in

Kriegszustand versetzt, um die afrikanische Bevölkerung einzuschüchtern und den „Bleibt-Daheim"-Streik zu verhindern; es sollte aber auch die weiße Bevölkerung, die besorgt zu werden begann, beruhigt werden. So groß war die Panik, daß die Waffenhandlungen im Nu alle Kleinwaffen verkauft hatten, was noch nie vorgekommen war. Bei festlichen Gelegenheiten pflegen die Menschen sich in den Läden zu drängen, um Feuerwerk zu kaufen; in Südafrika drängten sie sich, um sich Revolver und Gewehre zu verschaffen.

Aber das afrikanische Volk war nicht eingeschüchtert. Über eine Viertelmillion Menschen — insbesondere in Johannesburg — kam am 29. Mai nicht zur Arbeit. Der Streik war schlecht organisiert. Die Führer des Pan African Congress attakkierten in einem Aufruf die Führer des African National Congress und deren Politik, die sie als zu weichlich bezeichneten; dieser Aufruf schuf Verwirrung und Uneinigkeit unter den Massen der Afrikaner, und der Streik griff nicht so weit um sich, wie erwartet worden war.

Das Problem der „Mischlinge"

Ein besonderer Wesenszug des Streiks war, daß sich die Mischlings-Arbeiter in Cape Town an ihm aktiv beteiligten. Bis dahin hatte sich die Mischlingsgruppe am Befreiungskampf nicht aktiv beteiligt. Sie war stets weniger unterdrückt als die Gruppe der Afrikaner, und viele Weiße — selbst Nationalisten — waren für eine liberalere Politik gegenüber den Mischlingen. Vor einigen Monaten, als die Politik gegenüber den Mischlingen in den Vordergrund der Diskussionen rückte, kündigte Dr. Verwoerd an, daß den Mischlingen keine Konzessionen gemacht werden würden, denn, wenn die Regierung hier nachgiebig wäre, würden auch die anderen Gruppen Forderungen erheben! Verwoerd's Formel von der „Granitmauer" zerstörte alle Illusionen der Mischlinge, und es kam zu Massenversammlungen dieser Gruppe mit zehn- und zwanzigtausend Teilnehmern in Cape Town, in denen feierlich beschlossen wurde, den nationalen Befreiungskampf zu unterstützen. Dies ist ein neues Phänomen, das weitreichende Wirkungen haben könnte. Es wird die Einheit aller Nichtweißen fördern und zum Zankapfel der Weißen untereinander werden.

Die bedrohte Flanke: Angola und Südwestafrika

Daß die neue Republik — abgesehen von Portugal — keine Freunde in der Welt hat, bewies kürzlich eine Abstimmung in den Vereinten Nationen: sämtliche Nationen, außer Portugal, stimmten für eine Entschließung, welche die Politik der Apartheid verurteilte. Die Freundschaft von Dr. Salazar war für Südafrika nie viel wert und ist für das Land zur Zeit äußerst unbequem. Die Zustände in Angola müssen ja in nächster Zeit in den Vereinten Nationen zur Sprache kommen, und genau wie Verwoerd wird auch Salazar dann nahezu ohne Freunde sein. Die Revolte in Angola hat bereits dazu geführt, daß eine Welle der Furcht über Südwest-Afrika läuft. Der gut informierte Korrespondent des Londoner „Observer", Stanley Uys, berichtet dort (14. Mai 1961), daß „die Farmer dort mit den Gewehren in Reichweite schlafen und die Südafrikanische Regierung um die Verteilung automatischer Waffen ersucht haben".

Die 70 000 Weißen in Südwestafrika — zumeist sind sie deutscher Abstammung — haben jeden Grund zur Sorge. Die verschiedenen Eingeborenenstämme, die in diesem Gebiet wohnen, sind immer unruhig gewesen. Die Hereros, von denen es heute nur noch relativ wenige gibt, erhoben sich zu einem Aufstand, als Deutschland im Besitz des Gebietes war. Tausende wurden massakriert, und die Hererofrauen schworen einen Eid, daß sie keine Kinder zur Welt bringen würden, um die weißen Herren nicht mit Sklaven zu versorgen. Im Jahre 1922

standen die Bondels auf, ein Stamm, der aus Südwestafrika in die nördliche Kap-Provinz eingewandert war. Die Revolte wurde von Smuts schnell und rücksichtslos unterdrückt. Vor zwei Jahren kam es in Windhoek, der Hauptstadt, zu erheblichen Unruhen. Die Polizei eröffnete das Feuer und tötete etwa ein Dutzend Menschen.

In Südwestafrika lebt etwa eine halbe Million Afrikaner. Ihre Organisation, die South West African Peoples Organization, hat einen Aufruf erlassen: „Jetzt ist die Zeit gekommen, für Freiheit und Unabhängigkeit loszuschlagen." Im April 1961 nahm die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Entschließung an, welche „die leidenschaftliche Sehnsucht des Volkes von Südwestafrika nach Freiheit und nach Ausübung nationaler Unabhängigkeit und Souveränität anerkennt und unterstützt". Die Generalversammlung beauftragte ihren Sonderausschuß für Südwestafrika, über die Bedingungen zu berichten, die notwendig seien, um „Frieden und Sicherheit" wiederherzustellen und den eingeborenen Landesbewohnern zur Selbstregierung mit dem Ziele völliger Unabhängigkeit in möglichst kurzer Zeit zu verhelfen. Die Regierung Verwoerd war stets gegen Untersuchungen der Vereinten Nationen in Südwestafrika, jedoch hat der überwiegend Nationalistische Stadtrat von Windhoek kürzlich einstimmig einen Beschluß angenommen, in dem die Behörden aufgefordert werden, den Ausschuß der Vereinten Nationen nach Südwestafrika hereinzulassen. Verwoerd versucht jetzt, den Vereinten Nationen zu diktieren, wer die Untersuchung durchführen soll, und die Angelegenheit ist noch nicht entschieden.

Südwestafrika kann sich als die Achillesferse der Republik Verwoerd's erweisen. Abgesehen von dem Verlust an Prestige, kann es recht unangenehm für Verwoerd werden, wenn die Vereinten Nationen sich durchsetzen: wird das Gebiet einmal frei, so würde es zu einem wichtigen Zentrum der Opposition gegen Verwoerd und seine Politik werden.

Niemand glaubt an den Bestand der Republik

In Südafrika hat niemand — selbst die tollwütigsten Nationalisten nicht — irgendwelches Vertrauen in die Zukunft der Republik. Die Menschen fragen sich nur, wie lange sie sich halten wird, und wieviel Schaden sie anrichten wird, wenn sie zusammenbricht. Ohne einen echten Freund in der Welt, mit über 12 Millionen bitterer Feinde im Inneren (denn auch viele Weiße, Engländer wie Buren, hassen die neue Republik), mit der Aussicht auf eine schwere Wirtschaftskrise im Schatten des afrikanischen Giganten, der Pretoria immer näher rückt — wie sollte es eigentlich anders sein, als daß die Masse der Anhänger Verwoerd's den Mut verliert? Nur aus Verzweiflung und nicht aus Vernunftgründen und Vertrauen unterstützen sie den „starken Mann" der Nationalist Party.

Die drohende wirtschaftliche Krise kann zum Sturz Verwoerd's führen; obwohl die United Party als Oppositionspartei keine Prinzipien hat und miserabel geführt ist, besteht dennoch die Möglichkeit zu einer friedlichen Lösung im Laufe der Zeit, wenn einmal die „Granitmauer" der Reaktion Risse bekommt und aufbricht. Bleibt jedoch Verwoerd an der Macht, so ist eines gewiß: In absehbarer Zeit werden die unerbittlichen Kräfte der Geschichte das Rassenproblem Südafrikas lösen. Das afrikanische Volk mag in dem kommenden Konflikt noch viele Leiden zu erdulden haben, aber es wird sie überstehen. Die Weißen in Südafrika werden überwältigt werden, und die Menschen, die für die Katastrophe verantwortlich sind, sind Dr. Vorwoerd und seine Anhänger.

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Grüber, Heuss und die Emigrantenfrage

Der in der Juni-Ausgabe der „Blätter" veröffentlichte Artikel von Propst D. Heinrich Grüber („Gegen die Verniedlichung") — der, wie Grüber später im Fernsehen erklärte, noch vor seiner Reise nach Israel geschrieben wurde — hat in der Öffentlichkeit starkes Interesse ausgelöst. Unsere Leser werden sich erinnern, daß Propst Grüber darin ganz aus seiner persönlichen Sicht, von einem gewissen christlichen Märtyrer-Standpunkt aus und legitimiert durch sein eigenes, wahrscheinlich unvergleichliches Aushalten und Verhalten während der Zeit der Nazi-Diktatur zur Emigrantenfrage eigenwillige Ansichten vertreten hat. Altbundespräsident Prof. Theodor Heuss fühlte sich, da er im Grüber'schen Aufsatz namentlich erwähnt worden war, zu einer Entgegnung veranlaßt, die er der Stuttgarter Zeitung und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zum Abdruck zur Verfügung stellte. Wir geben diese Erklärung hier im Wortlaut wieder:

Heuß kontra Grüber

„Aus Zuschriften und Anrufen muß ich entnehmen, daß ein Aufsatz, in dem der Berliner Propst D. Grüber sich gegen Äußerungen des Bundespräsidenten Dr. Lübke und Äußerungen von mir wendet, manche Menschen stärker beschäftigt als mich: Sie erwarten eine Antwort. Ich kann mich dazu nicht leicht entschließen, denn ich habe für die Haltung von Grüber, für sein Schicksal und für sein Nachkriegswirken in der Fürsorge für Menschen jüdischer Herkunft und christlichen Glaubens immer den größten Respekt gehabt. Das weiß er auch selber aus den persönlichen Begegnungen in den Jahren der Bedrängnis und der Nachzeit. Doch wäre ich nie auf die Idee gekommen, ihn zu meiner politischen Beratung oder gar Seelsorge zu bitten.

Grüber hat viel Freude an dem leicht verwendbaren Wort ‚Verniedlichung'. Soll ich annehmen, daß er mich bei dieser Beschäftigung sah, als ich im Spätjahr 1949 mich gegen das damals noch geläufige, banale Gerede von der ‚Kollektivschuld des deutschen Volkes' wandte, aber aussprach, daß die ‚Kollektivscham' für all das, was unter dem Namen der Deutschen geschehen sei, auf uns lasten bleibe? Ich vermute dies, weil er die Distanzierung zu den „Eichmännern" (von deren Wirken und Vernichtungstechnik die wenigsten Deutschen etwas wußten und wissen konnten) fast als Flucht vor der Mitverantwortung deutet.

Nun schreibe ich diese Zeilen ohne Kenntnis des Gesamt-Aufsatzes; die Zeitschrift, in der jener Aufsatz erschien, wie sein Verlag sind mir völlig fremd. Aber da man mir diesen Angriff nicht zusandte, wie das eigentlich bei solchen Geschichten das Gemäße ist, und eine rasche Reaktion sich empfiehlt, unterstelle ich, daß das Wesentliche in den Exzerpten der Zeitung enthalten ist. Es war für mich neu, zu erfahren, daß ich ein ‚Techniker der Verniedlichung' sei; die meisten, die ihre Meinung hören ließen, fanden, daß das, was ich zur jüdischen, was ich zur Emigranten-Frage dann und dort gesagt habe, von einer robusten Deutlichkeit bestimmt ist.

Grüber muß sich die Replik gefallen lassen, daß ich ihn für einen ‚Techniker der Vereinfachung' halte, wenngleich er sicher glaubt, mit der sozusagen subtilen Unterscheidung zwischen ‚Vertriebenen' und ‚Geflüchteten' die Problematik differenziert zu haben. Was für ein sachlicher und doch auch wohl

ethischer Unfug, die Männer und Frauen, die Deutschland verließen — von der Bedrohtheit jüdischer Menschen abgesehen, die wohl als die ‚Vertriebenen' betrachtet werden mögen — in ihrer Entscheidung als etwas fragwürdig zu charakterisieren. Grüber ist gebildet genug, oder er kann sich orientieren lassen, wie viele Menschen von hohem Rang, weil sie die Luft der ‚Reaktion' nicht atmen konnten, nach 1849 Deutschland verließen, in die Schweiz, nach England oder Frankreich, in die USA; einige sind zurückgekehrt, ohne daß sich jemand um diesen Termin kümmerte, sind noch politische Geschichtsfiguren geworden, etwa Lothar Bucher, Kapp; ihre ‚Flucht' war so wenig eine Umsiedlung ins Paradies wie die ‚Flucht' nach 1933. Die ‚Rassenfrage' war damals noch nicht erfunden. Aber es ist doch nicht so, daß die Menschen, die aus Deutschland ‚flüchteten', statt das von Grüber ihnen abgeforderte Martyrium zu erwarten bis zum Tode, damit ihre Wesenheit hinter sich warfen. Sie blieben innerlich ihrer Herkunft verbunden, zugleich aber entwuchsen sie, in Nöten, dem Provinzialismus einer eingeschränkten deutschen Tradition. Grüber scheint kein Gefühl zu haben — eigentlich müßte er etwas davon wissen —, wie verletzend seine Analyse für eine Anzahl deutscher Hochschullehrer ist, die ‚flüchteten', weil sie nicht mehr lehren durften, was ihre Überzeugung war. Aber das Element ihres Lebens war Lehren und Forschen — diese These ist unter seiner menschlichen, auch amtlichen Würde. Und das, was er ‚Flucht' nennt, ist in vielen, vielen Fällen liebende Verantwortung für die Kinder, für den Geist ihrer jungen Jahre gewesen.

Geradezu peinlich aber empfinde ich die Mitteilung von Grüber, daß, je später die ‚Vertriebenen' oder ‚Geflüchteten' nach Deutschland zurückkehrten, um so verderblicher ihr politischer Einfluß; fast macht er sie für die tragische Trennung der deutschen Staatlichkeit verantwortlich. Das geht zu weit. Denn die Leute, die das lesen, werden pastoral ermuntert, sich und den Nachbarn zu fragen: ‚Wen meint er damit wohl?' Gut, Grüber kann die Politik von Bonn und von Berlin verurteilen. Aber er sollte sie nicht mit einer Denunziation gegen ‚Unbekannt' und ‚Ungenannt' verbinden.

Die Juden haben sich damit abfinden müssen, daß im deutschen Sprachgebrauch ein aus ihrer theologischen Antike stammender Begriff des ‚Pharisäertum' sich zur Bezeichnung einer selbstgerechten menschlichen Haltung entwickelt hat. In der inneren seelischen Wirrnis ist das einstweilen bei uns noch nicht mit Statuten organisierte ‚Pharisäertum' ein geistig-soziologischer Tatbestand geworden. Schade, daß ein Mann von dem bisher erwiesenen Rang des Propstes Grüber sich als Stabschef oder Generalsekretär in Bereitschaft hält."

Brief an Heuß

Diese Erklärung bewog den Verleger unserer „Blätter", Manfred Pahl-Rugenstein, an Prof. Heuss, mit Datum vom 15. Juni, folgenden Brief zu schreiben:

„Sehr verehrter Herr Professor Heuss, in der ‚Frankfurter Allgemeinen Zeitung' vom 14. Juni 1961 wie auch in Stuttgarter Zeitungen des gleichen Tages findet sich unter der Überschrift ‚Antwort an Propst Grüber' eine Stellungnahme von Ihnen zu den Ausführungen von Propst Grüber ‚Gegen die Verniedlichung', die in der Juni-Ausgabe unserer Monatsschrift ‚Blätter für Deutsche und Internationale Politik' veröffentlicht wurden.

Ihren Sätzen ist zu entnehmen, daß Sie den Inhalt der Darlegungen von Propst Grüber nur aus Zeitungs-Exzerpten kennen. Wie wenig exakt diese Exzerpte sind, mag schon daraus hervorgehen, daß der von Ihnen zitierte und zu einer Replik benutzte Ausdruck ‚Techniker der Verniedlichung' in den Ausführungen von Propst Grüber nicht vorkommt.

Ohne in diesen Zeilen irgendwie in eine Diskussion einzugreifen, möchte ich mir die Bemerkung erlauben, daß sicherlich ein übereinstimmendes Urteil in unserer Öffentlichkeit darüber besteht, daß Propst Grüber zu den ganz wenigen Menschen in unserem Volke gehört, denen es aus christlicher und nationaler Verantwortung darum geht, die gefährlichen Reste und Unausgegorenheiten unserer braunen Vergangenheit zu überwinden. Es erscheint mir abwegig, hierin auch nur den geringsten Ansatz zu einem Denunziantentum zu erblicken, wie weit oder wie wenig man immer seinen persönlichen Darlegungen zu folgen vermag.

Die Beachtung, die die ‚Blätter' in führenden politischen Kreisen finden, ließ mich annehmen, daß sie auch Ihnen, sehr verehrter Herr Professor Heuss, bekannt sind. Selbstverständlich wäre Ihnen auf Anforderung jederzeit sofort das Heft mit dem Beitrag von Propst Grüber zugeschickt worden. Mit gleicher Post geschieht dies nun unter Beifügung der beiden voraufgegangenen Monatshefte."

Heuß antwortet

Altbundespräsident Prof. Dr. Heuss antwortete unserem Verleger am 16. 6. wie folgt:

„Sehr geehrter Herr, freundlichen Dank für die Zusendung der ‚Blätter für Deutsche und Internationale Politik'. Ich gebe gerne zu, daß es vermutlich ein Bildungsdefekt von mir ist, daß ich von der Existenz dieser Zeitschrift gar nichts wußte. Leider bin ich mein ganzes Leben hindurch ein schlechter Zeitungs- und Zeitschriftenleser gewesen und nur auf das ‚Vierteljahresheft für Zeitgeschichte' abonniert. Ich erhalte wohl die oder die Zeitschrift zugesandt, aber es kommt bei meiner sinnlosen Überbeanspruchung und bei dem Kampf um die Stunden, die ich der eigenen literarisch-wissenschaftlichen Arbeit widmen kann, selten dazu, daß ich mich in diesen Publikationen umsehen kann. Daß das ein Mangel in meinem zeitgenössischen Dasein ist, weiß ich selber.

Einer der Herausgeber Ihrer ‚Blätter' hat mir auch den Vorwurf gemacht, daß ich meine ‚Antwort' schrieb ohne die genaue Kenntnis des gesamten Aufsatzes. Aber da ich ihn nun gelesen habe, glaube ich nicht, daß ich zu früh ‚geschossen' hätte. Es kommt mir dabei nicht darauf an, wie meine politischen Äußerungen von dem oder jenem beurteilt werden. Die menschliche Ernsthaftigkeit von Propst Grüber ist bei mir in keinem Augenblick in Zweifel gewesen, da ich ihn ja persönlich schon durch manche Begegnung in der Nazizeit und später zu schätzen gelernt habe. Ich glaube, ich würde auch bei Kenntnis des Wortlautes die Dinge, auf die es mir ankam, so gesagt haben, wie ich sie gesagt habe, denn mit dem aggressiven Wort von der „Verniedlichung" fühlte ich meine Bemühungen in der jüdischen Frage entwertet, mit dem Wort von dem „Freibrief für die Fortgelaufenen" einen neuen von mir als leichtfertig empfundenen Begriff des Davonlaufens in eine individuell so tragische Problematik eingeführt — und die Unterscheidung, die Propst Grüber zwischen den Vertriebenen und Geflüchteten einführte, als moralisch und politisch geradezu verhängnisvoll.

Allein diese Dinge haben mich, von einigen nahestehenden Menschen gebeten und gedrängt, zu der raschen und knappen Antwort veranlaßt.

Die Bewertung der Persönlichkeit und der Arbeitsleistung von Propst Grüber bleibt bei mir über diesen Zwischenfall hinaus lebendig. Wie er mich selber im politischen Raum beurteilt, ist für mich höchst zweitrangig, da ich nie in meinem Leben Ansprüche auf Unfehlbarkeit gemacht habe und auch den Irrtum als Begleiter meines Lebens kenne; aber mit diesem Aufsatz hat nach meinem Urteil Propst Grüber den politischen Stil der Deutschen, an dem ihm doch eigentlich gelegen sein wird, mehr verdorben als gesäubert.

Mit freundlicher Empfehlung

Ihr (gez.): Theodor Heuss"

„Die Emigranten waren anders"

Abschließend lassen wir zu dem hier angeschnittenen, so wichtigen Komplex der Emigrantenfrage nun noch einen deutschen politischen Emigranten der Nazi-Zeit, Heinz Abosch, mit folgender an uns gerichteten Leserzuschrift zu Worte kommen:

„Der im Juni von den „Blättern" veröffentlichte Beitrag Propst D. Grübers verlangt eine Entgegnung nicht nur in Anbetracht seiner Person, sondern auch angesichts der allgemeinen Bedeutung der behandelten Fragen. Sie sind zweifacher Art, und meine Antwort ist ihnen gegenüber auch nicht die gleiche. Mit Recht erhebt sich der Verfasser gegen die in der Bundesrepublik geübte „Verniedlichung" des Nazi-Reichs und seiner Verbrechen. Uneingeschränkt pflichte ich seiner Forderung bei, daß nicht „allgemeine Schuldbeteuerungen" notwendig seien: „Nur konkrete Erkenntnisse und Bekenntnisse helfen uns weiter und machen uns frei." Propst D. Grüber erwähnt als Beispiel eines solchen notwendigen Auftretens diejenigen, die für das Ermächtigungsgesetz stimmten, was nicht nur politisch unklug, „sondern verbrecherisch" gewesen sei.

Bis dahin folge ich den Ausführungen des Verfassers uneingeschränkt und mit Begeisterung: nur auf diesem Wege ließe sich die seit langem im Gange befindliche unheilvolle Entwicklung der Bundesrepublik zum Besseren wenden. Propst D. Grüber wirft dann jedoch eine Frage auf, die ihm — wie er schreibt — als noch „schwerwiegender" erscheint: das Problem der deutschen Emigration. Hier trennen sich — und ich stelle das mit Bedauern fest — unsere Wege eindeutig. Im Unterschied zu den rassisch „Vertriebenen" sieht der Verfasser in den politisch Geflüchteten vor allem „Fortgelaufene", denen — man höre und staune! — „das System nicht paßte, die nicht die Kraft verspürten, Widerstand zu leisten, und die den Mut nicht hatten, das Opfer der Freiheit und des Lebens zu bringen." Gehen wir über das etwas verächtliche Wort gegen Leute hinweg, denen „das System nicht paßte". Man sollte sich eher hüten, einen solchen Satz im Sinne eines Vorwurfs zu erheben. Aber es geht hier überhaupt um Sinn und Bedeutung der Emigration. Zunächst ist die strenge Einteilung in rassisch „Vertriebene" und politisch „Geflüchtete" nicht angängig. Ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß es Politiker, Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler gab, die gleichzeitig rassisch verfolgt waren? Weiter: unter den politischen Emigranten gab es einen bedeutenden Teil, dessen Leben ebenso bedroht war wie das des rassisch Verfemten. Es ist fast indezent, hier Leid und Schmerzen gegeneinander abzuwägen. Diese Kenntnis sollte zum Selbstverständlichen gehören, ohne daß es notwendig wäre, davon zu sprechen. Propst D. Grüber gesteht zu, daß es Emigranten gab, „die auf Weisung ihrer Organisation oder ihrer Partei den Wohnsitz ins Ausland verlegt haben, um ihre Tätigkeit fortführen zu können". Doch dem „größten Teil" wirft er Feigheit und Charakterschwäche vor. Da wären wir nun fast inmitten der Kampagne — und das ist nicht das geringste, was mich betrübt —, die kein anderer als Herr Strauß zu Beginn des Jahres vom Zaune brach. Geht es heute wirklich nicht mehr ohne Verunglimpfung der Emigranten? Nun, es gibt keine Statistiken über den Grad der Bedrohung der Geflohenen. Auch Propst D. Grüber wird keine kennen. Jeder wird aus persönlicher Erfahrung sprechen. Auch ich besitze eine solche: mir ist niemand begegnet, der unbedroht das Dritte Reich verlassen hätte. Womit nicht gesagt sein soll, daß es diese Menschen nicht gab. Aber sie waren eine kleine Minderheit. Die Mehrzahl stand auf den Verhaftungslisten der Gestapo und auf den Mordlisten der SA. Es waren entweder Prominente der Weimarer

Zeit oder Unbekannte, die den illegalen Kampf geführt hatten.

Wie es nicht angeht, eine strenge Trennung von rassisch Bedrohten und politisch Geflüchteten vorzunehmen, so unmöglich ist es, von im Lande gebliebenen Mutigen und draußen befindlichen Feigen zu reden. Dieses Kriterium ist willkürlich und völlig untauglich. Zwischen innen und draußen gab es keine trennende Mauer. Zumindest bis zum Krieg bestand nicht nur eine organisatorische Verbindung; es gab Emigranten, die als Illegale ins Inland zurückkehrten, und Illegale, die ihre Tätigkeit in die Außenposten verlegten: je nach den Erfordernissen des Kampfes. Ohne das Vorhandensein der politischen Emigration hätte es seit 1933 keine organisierten Gruppen der Illegalität gegeben. Von draußen erhielten sie Material, von draußen wurde ihre Tätigkeit zusammengefaßt und aktiviert. Unzählige Druckschriften, Zeitungen, Blätter, Broschüren gelangten auf diese Weise ins Dritte Reich und hielten den Geist des Widerstandes aufrecht. Es dürfte nicht nötig sein, darauf hinzuweisen, daß die Emigranten sich nicht darauf beschränkten, vom sicheren Ausland zum Kampf aufzurufen, sondern daß eine große Anzahl ihr Leben bei Materialtransporten aufs Spiel setzte. Es ist richtig, daß diese Fakten nicht sehr bekannt sind. Seit langem ist es in der Bundesrepublik eher üblich, die Panzerschlachten des Herrn Guderian zu studieren als die Geschichte der Emigration. Um so zwingender ist es, allem diesbezüglichen Verschweigen und Entstellen entgegenzutreten.

Propst D. Grüber scheinen zahlreiche Elemente des Problems der Bekämpfung des Dritten Reiches unbekannt zu sein. So übersieht er, daß die Entscheidung zur Emigration sehr oft eine Entscheidung überhaupt zur Aktion gegen den Nazismus war. Der Wille, im Lande zu bleiben, war längst nicht immer, wie die Ausführungen D. Grübers suggerieren, eine Verpflichtung zum Kampf. Häufig entsprach er dem Geist der Resignation oder noch Schlimmerem. Nur auf ein bedeutendes Beispiel sei hingewiesen. Innerhalb der Sozialdemokratie wurde gegen die sich ausbreitende Kapitulationstendenz Stellung genommen, indem der nazifeindliche Teil der Führung in die Emigration ging: eine Tat, die man D. Grüber zufolge als feige bezeichnen müßte. Andere, nach D. Grüber die „Mutigen", blieben im Land und versuchten sich dem herrschenden System anzupassen. Dieses Beispiel allein offenbart die völlige Ungereimtheit seiner Klassifizierung.

Etwas anderes hat der Verfasser nicht berücksichtigt, was in gleichem Maße auf die Enge seines Gedankenganges hinweist. Die Aufgabe der politischen Emigration bestand nicht nur in der Zusammenarbeit mit den Illegalen im Innern. Zum andern mußte sie Gedankenaustausch, Studium und Debatte pflegen, was im Dritten Reich kaum noch möglich war. Weiter hatte sie die Aufgabe, das Ausland über den wahren Charakter des Nazismus aufzuklären und die bezüglich seiner „friedlichen Absichten" üppig wuchernden Illusionen zu bekämpfen. Wenn dieser Tätigkeit, wie auch allen anderen der deutschen Opposition, kein Erfolg beschieden war, so hatte sie nichts destoweniger eine Wirkung. Die vorgenommene Aufklärung war bedeutend.

Nichts berechtigt dazu, diese unter schwierigen Bedingungen ausgeführte Aktivität zu ignorieren. In Prag, Paris, London, New York, ja in Montevideo und Mexiko erschienen freie deutsche Wochen- und Monatsschriften von einem im Nazi-Reich unbekannten Niveau. Emigranten-Verlage gaben die verfemten Autoren heraus, so daß man Thomas und Heinrich Mann, Feuchtwanger und Kerr, Seghers und Brecht im Original lesen konnte. Unter Horkheimer und Adorno gab es sogar ein soziologisches Forschungsinstitut. Die vielfachen geistigen Unternehmungen

waren nicht nur eine hohe Kulturleistung, sie stellten eine politische Tat ersten Ranges dar. Allein durch die Bekundung freien deutschen Geistes wurde den Ansprüchen der braunen Gewalthaber, die ganze Nation zu verkörpern, ein nicht zu überhörendes Dementi erteilt. Darf man das als nichtig veranschlagen und stattdessen auf die Notwendigkeit des Märtyrertums in den KZs verweisen?

Aber auch hierbei handelte es sich nicht um ein Hobby von Mutlosen. Die Waffen der Kritik wurden bisweilen mit der Kritik der Waffen vertauscht. Ist dem Probst D. Grüber unbekannt, daß Tausende deutscher Emigranten in Spanien kämpften und ihr Leben opferten, nicht im Dienst der Legion Condor, sondern zum Schutz der rechtmäßigen Republik? Während des Krieges befanden sie sich in der Widerstandsbewegung der besetzten Länder, wobei sie häufig eigene Gruppen bildeten, die unter den Soldaten der Wehrmacht Aufklärungsarbeit durchführten. War das auch ein Platz für Feige? Ich spreche darüber aus eigener Anschauung und weiß von den hohen Blutopfern, die diese Aktionen forderten. Während Propst D. Grüber die Emigranten der Feigheit zeiht, waren wir bisher an den Vorwurf gewohnt, sie hätten sich des Landesverrats schuldig gemacht. Wo ist die Wahrheit? Beide Anschuldigungen entsprechen ihr nicht.

Zum Schluß sei auf die Anklage eingegangen, wonach die zurückgekehrten Emigranten „wahrscheinlich der größte Schaden für die politische Entwicklung Deutschlands nach 45 gewesen" seien. Ist es nicht seltsam, aus diesem Munde zu hören, daß nicht die Kräfte von einst Schlüsselstellungen besetzt hielten, sondern böse Emigranten? Ich möchte Herrn Propst D. Grüber bitten, Namen zu nennen. Es ist mir nicht bekannt, daß die Bundesregierung, die Bundeswehr und die Spitzen der Wirtschaft von dieser lasterhaften Kategorie beherrscht würden. Damit nicht genug, wird den Emigranten auch noch die Teilung Deutschlands ins Schuldkonto geschrieben, an der sie „schuldiger als die Besetzungsmächte" sein sollen. Nun, das heißt doch, die Weltgeschichte auf Kleopatras Nase zurückzuführen und die sich in Deutschland gegenüberstehenden Interessengegensätze der Weltmächte ungebührlich zu reduzieren. Außerdem ist mir nicht bekannt, daß die Aufrüstungsbefürworter von A d e n a u e r über S c h r ö d e r bis S t r a u ß , die doch einen entscheidenden Beitrag zur Spaltung geleistet haben, der bösen Kategorie der „Remigranten" entstammen.

Kurzum, die von Propst D. Grüber leichtfertig herausgeschleuderten Anschuldigungen dürften ihm reichlichen Beifall eintragen, allerdings von einer Seite, die ihn gewöhnlich nicht als einen der ihren betrachtet und zu der er sich nicht zählt. Das sollte ihm zu denken geben. Sein Artikel beabsichtigte, gegen die Verniedlichung des Nazismus zu wirken. Unversehens wurde daraus jedoch ein Teil der Kampagne, eben der „Verniedlicher" selbst, die schon seit langem mit der Verunglimpfung der Emigration beschäftigt sind. So könnte man sich von neuem der so einträglichen und ablenkenden Hetze hingeben, statt — wie es Grüber selbst fordert — so konkrete Fragen wie die Haltung zum Ermächtigungsgesetz einer Analyse zu unterziehen.

Heinz A b o s c h , Düsseldorf"

Ein Briefwechsel mit der Frankfurter Allgemeinen

Im Zusammenhang mit dem unvollständigen Abdruck des neuesten Deutschland-Memorandums der Sowjetregierung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung richtete unser Mitherausgeber Dr. Hermann E t z e l am 17. 6. 1961 folgende Zuschrift an die Herausgeber der FAZ:

Etzel an FAZ

„Sehr geehrte Herren, die Presseagentur AP hat am 10. Juni von Moskau aus den Wortlaut des letzten Deutschland-Memorandums Chrustschows mitgeteilt. In der Ausgabe vom 12. Juni veröffentlichten Sie Ihrerseits den als Wortlaut bezeichneten Inhalt. Sie bemerkten dazu, Sie hätten ihn, den Wortlaut, nur unwesentlich gekürzt. Die fortgelassenen Stellen haben Sie durch Punkte angedeutet. Sie finden sich in den Absätzen 2, 4 und 5 der Ziffer 5 und im Absatz 4 der Ziffer 6. Am gleichen Tage haben andere westdeutsche Zeitungen, beispielsweise die Stuttgarter Zeitung, den unverstümmelten Wortlaut gebracht. Das von Ihnen eingeschlagene Verfahren muß befremden und Widerspruch hervorrufen.

Die AP-Mitteilung war ein Akt der Dokumentation. Auch Ihre Bekanntgabe sollte ein solcher sein. Zum Wesen der Dokumentation gehört die unverkürzte Wiedergabe eines Textes. Das entspricht der journalistischen Verpflichtung zur Wahrheit in der Nachrichtengebung. Wollten Sie sich auf eine auszugsweise Veröffentlichung beschränken, dann hätten Sie das zu erkennen geben müssen.

Sie nehmen für sich in Anspruch, zu entscheiden, was an einem Text unwesentlich und für die Wiedergabe entbehrlich ist. Tatsächlich sind die von Ihnen vorgenommenen Kürzungen schon umfänglich nicht unbeträchtlich und sachlich keineswegs unerheblich. Das gilt im besonderen von der Lücke in Absatz 4 der Ziffer 5.

Indem Sie gegen das Wesen der Dokumentation verstießen, haben Sie Ihren Lesern wichtige Teile vorenthalten, ich will nicht sagen unterschlagen, haben Sie dazu beigetragen, daß in ihnen ein falsches Bild entsteht, und die journalistische Verpflichtung zur Objektivität in der Nachrichtengebung verletzt. Was Sie zu Ihrem Vorgehen bewogen hat, sei dahingestellt. Sie werden aber nicht überrascht sein, wenn in Ihren Lesern der Verdacht und der Eindruck entstehen, daß hier wieder einmal der Kalte Krieg in Erscheinung getreten ist.

Seit dem Jahre 1911 lese ich die ‚Frankfurterin'. Wenn ich an die liberale Objektivität der alten Frankfurter Zeitung zurückdenke, als deren Traditionsnachfolgerin sich wohl die FAZ betrachtet, so möchte ich die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß Sie es angesichts der Bedeutung des Deutschland-Memorandums und des Verdachts einer tendenziösen Wiedergabe für geboten erachten, die fortgelassenen Textstellen Ihren Lesern nachträglich bekanntzugeben."

FAZ an Etzel

Die Redaktion der FAZ (Dr. Hermann Ruelius) erwiderte Dr. Etzels Schreiben mit folgendem Brief vom 20. Juni:

„Sehr geehrter Herr Dr. Etzel, wir danken Ihnen herzlich für Ihre kritische Zuschrift zur Veröffentlichung des Deutschland-Memorandums Chrustschows in unserer Ausgabe vom 12. Juni. Wir sind immer bei Dokumenten, die ja eine wörtliche Wiederholung dessen darstellen, was in indirekter Rede schon an anderer Stelle des Blattes veröffentlicht worden ist, möglichst vollständig. Es gelingt aber der Redaktion nur in ganz seltenen Fällen, ihren Wunsch nach Platz in einem solchen Ausmaße erfüllt zu sehen, daß es ohne Kürzung abgeht. In dem von Ihnen beanstandeten Fall ging es eben darum, auf dem freien Stück der Seite neun das Memorandum unterzubringen, und das ist tatsächlich mit Kürzungen von Stellen gelungen, die der Bearbeiter für entbehrlich gehalten hat und auch halten konnte. Es gab überhaupt nur die Wahl, entweder auf das ganze Dokument zu verzichten oder es doch in sehr wesentlichen Teilen wiederzugeben. Es sind etwa 15 bis 20 Zeilen weggefallen, und wir wären froh, wenn es immer mit einem so kleinen Opfer abginge. Im ersten Absatz dieser Nachricht ist übrigens ausdrück-

lich vermerkt, daß es sich um einen unwesentlich gekürzten Wortlaut handele. Ein Redakteur muß jeden Tag darüber entscheiden, was er für wesentlich oder unwesentlich hält, das ist sein Beruf; denn das anfallende Nachrichtenmaterial kann das Vielfache des Raumes füllen, den er zur Verfügung hat.

Es stimmt uns ein wenig traurig, daß wir die Kritik eines alten Lesers der Frankfurter Zeitung, von deren Redaktionsstab zahlreiche Mitarbeiter an der Frankfurter Allgemeinen Zeitung arbeiten, nicht gelten lassen können. Wir hoffen dennoch auf Verständnis."

Etzel an FAZ

Dr. Etzel antwortete mit folgendem Schreiben vom 24. Juni:

„Sehr geehrter Herr Dr. Ruelius, für Ihre Antwort danke ich Ihnen. Sie sagen: Dokumente sind eine wörtliche Wiedergabe dessen, was in indirekter Rede an anderer Stelle des Blattes veröffentlicht ist. Aus Platzmangel können Dokumente in der Regel nur mit Kürzungen wiedergegeben werden; so auch im vorliegenden Falle. Der Bearbeiter des Dokuments konnte die gekürzten Stellen für entbehrlich halten.

Sie werden nicht im Ernst glauben, daß ich Ihnen diese Schelmerei abnehme. Wenn die große FAZ für die ungekürzte Wiedergabe von Dokumenten keinen Raum hat, dann möge sie diese Aufgabe den Zeitungen überlassen, die sich keinem Platzmangel beugen, wenn es um die Wahrheit geht. Unter solchen Umständen genügt ja wohl die ‚indirekte Rede' der Frankfurter Allgemeinen. Der Ansicht, daß der Sachbearbeiter tatsächlich nur unwesentlich gekürzt habe, muß ich entschieden widersprechen. Vor allem, wie ich wiederhole, im Hinblick auf die in Absatz 4 der Ziffer 5 unterdrückte Stelle, wo die sowjetische Kompromißbereitschaft gegenüber Amerika zum Ausdruck kam.

Daß Sie den Bearbeiter der Dokumentation zu decken versuchen, gereicht Ihnen nicht zur Unehre. Daß Sie in diesem Bemühen aber so weit gehen, sich mit seiner tendenzverdächtigen Methode zu identifizieren, und es ablehnen, den Lesern die gestrichenen Stellen wenigstens nachträglich bekanntzugeben, das stimmt nun mich meinerseits nicht ‚wenig traurig'."

Die fehlenden Stellen

Abschließend geben wir nun noch, um den Vorgang abzurunden, unseren Lesern jene Stellen des Deutschland-Memorandums wieder, die von der FAZ fortgelassen worden waren. Jedermann kann unschwer erkennen, daß es sich keineswegs um „unwesentliche" Passagen handelt:

„. . . Das bis heute dort bestehende Besatzungsregime ist bereits überlebt. Es hat jede Verbindung mit den Zielen verloren, um derentwillen es geschaffen wurde, ebenso wie mit den alliierten Abkommen über Deutschland, auf deren Grundlage es existierte . . .

. . . Es versteht sich von selbst, daß die USA ebenso wie alle anderen Länder die volle Möglichkeit hätten, ihre Beziehungen mit der Freien Stadt zu unterhalten und zu entwickeln. Im allgemeinen muß Westberlin, wie es sich die Sowjetregierung vorstellt, streng neutral sein. Freilich darf man nicht zulassen, daß Westberlin auch weiterhin als Stützpunkt für eine provokatorische feindselige Tätigkeit gegen die UdSSR, die DDR oder irgendeinen anderen Staat benutzt wird und weiterhin ein gefährlicher Herd der Spannungen und der internationalen Konflikte bleibt . . .

. . . Die sowjetische Seite ist bereit, sämtliche andere Maßnahmen zu erörtern, die die Freiheit und Unabhängigkeit Westberlins als Freie entmilitarisierte Stadt garantieren könnten. Bei alledem müßte die Westberlin-Regelung natürlich die Notwendigkeit einer strengen Achtung und Einhaltung der souveränen Rechte der Deutschen Demokratischen Republik berücksichtigen, die bekanntlich ihre Bereitschaft erklärt hat, sich einem entsprechenden Abkommen anzuschließen und es zu achten . . .

. . . Die Frist für einen Kontakt zwischen der deutschen Bundesrepublik und der DDR und für Verhandlungen zwischen ihnen reicht vollkommen aus, da in den nach dem Kriege vergangenen 16 Jahren die Einsicht in die Notwendigkeit herangereift ist, mit den Überresten des Zweiten Weltkrieges in Europa Schluß zu machen . . ."

Im Hintergrund: Das Erdöl

Eine der wichtigsten Streitfragen bei den französisch-algerischen Verhandlungen in Evian ist das Sahara-Erdöl. Nach einem alten französischen Sprichwort ist das Geld der Nerv des Krieges. Im Falle des Algerien-Konflikts könnte man es abwandeln: schon seit langem ist der Nerv des algerischen Krieges das in der Sahara entdeckte Erdöl, zu dem man Erdgas, Eisenerze und andere Metalle zählen muß. Ab 1955/56 wurden die Prospektionen und Schürfungen in großem Umfang betrieben und bald darauf Produktionsanlagen errichtet. Von Edjele und Hassi Messaud wurde eine mehrere hundert Kilometer lange Rohrleitung durch die Wüste bis an den algerischen Hafen Bougie gelegt. Im letzten Jahr betrug die Produktion bereits 8,5 Millionen Tonnen, während sie ein Jahr davor nur etwas über eine Million betragen hatte. Die rasche Steigerung soll in den nächsten Jahren fortgesetzt werden. Schließlich wird für 1965 mit einer Jahreserzeugung von 25 Millionen t gerechnet, während der französische Konsum bei 18 Millionen liegt, wobei ein Drittel durch die Produktion im Mutterland sichergestellt ist. Die Reserven werden als gewaltig angesehen und sind längst noch nicht vollständig bekannt. Mit Eifer werden die Schürfungen weiter betrieben. Die Erdöl-Reserven von Hassi Messaud schätzt man auf eine Milliarde t, die von Edjele auf 500. Die Tagesproduktion von Erdgas wird zunächst auf 1,5 Millionen Kubikmeter veranschlagt; vorgesehen ist eine Steigerung auf 4 Millionen. Frankreich, das bisher 12 Millionen t Rohöl im Jahr einführte, würde ebenso viel exportieren können. Bedeutende Ersparnisse an Devisen wären möglich. Das alles winkt in der Sahara.

Grund genug, um an dieser Beute festzuhalten. Die Entdeckung der riesigen Bodenschätze eines Landes, das bis jetzt als die Unfruchtbarkeit selbst galt, führte 1957 zu einer einschneidenden politischen Maßnahme: das Sahara-Gebiet wurde von Algerien abgetrennt und einem besonderen Ministerium, einer eigenen Verwaltung unterstellt. Die wirtschaftlichen Aufgaben gehören zur Kompetenz der „Gemeinsamen Organisation der Sahara-Gebiete" (OCRS). Im Prinzip sollen sie neben Frankreich alle Randstaaten der Wüste umfassen. Doch traten bis heute der OCRS nur die neugegründeten und von Frankreich stark abhängigen Republiken Mauretanien, Tschad und Niger bei. Marokko und Tunesien verhielten sich feindlich bis zurückhaltend. Was den demokratischen Charakter des Gebildes unterstreichen sollte, vermochte nur den peinlichen Eindruck einer imperialen Neuschöpfung zu erhöhen. Es war allzu deutlich, was mit der OCRS-Gründung beabsichtigt war: das Reichtum versprechende Sahara-Gebiet sollte von Algerien losgelöst werden, während gleichzeitig der Anschein einer demokratischen Lösung vermittels der Beteiligung der Randstaaten bezweckt wurde. Die algerischen Forderungen sollten derart von den nordafrikanischen Staaten getrennt und isoliert werden. Das ist bis heute nur zu einem Teil gelungen. Trotzdem schwelt ein Interessenkonflikt, der von Paris beharrlich geschürt wird und die in Gang gebrachten Friedensverhandlungen gefährdet. So erhebt Marokko Gebietsansprüche auf die westliche Sahara, während Tunesien das gesamte Wüstengebiet als gemeinsamen Besitz der umliegenden Randstaaten betrachtet wissen will. Dieses Streitobjekt wird auch ein künftiges unabhängiges Alge-

rien belasten. De Gaulle benutzt es heute schon, um die Friedensverhandlungen in das von ihm gewünschte Gleis zu lenken.

Frankreich hat den entscheidenden Einfluß in der Sahara-Produktion bewahren können. Die dort tätigen Gesellschaften sind gemischter, staatlich-privater Art. Nichtsdestoweniger haben auch ausländische Kapitalgruppen, insbesondere die anglo-niederländische Shell, Fuß gefaßt. Der finanzielle Anteil der ausländischen Gruppen erreicht ein Drittel. Auch die amerikanische Standard Oil erwarb Schürfungsrechte, hat ihre bisherige Aktivität aber vor allem auf Libyen konzentriert. Die Erdölvorräte sollen dort ebenso vielversprechend sein, während der Weg zu den Häfen bedeutend kürzer ist. Wesentlich mitgespielt hat wahrscheinlich die politische Belastung des Sahara-Problems durch die ungelöste Algerien-Frage. Es ist möglich, daß die Amerikaner bisher keine allzu große Lust empfanden, sich ebenfalls ins algerische Wespennest zu setzen.

Bei den Verhandlungen in Evian haben die algerischen Unterhändler starr das Souveränitätsrecht Algeriens auf die Sahara betont und die Rechtmäßigkeit der von Paris 1957 durchgeführten neuen Grenzziehung bestritten. Um ihren Standpunkt zu verteidigen, haben sie als bestes Argument die amtlichen Karten, die bis zu diesem Datum die Sahara als Teil Algeriens bezeichneten. Trotz des Bemühens um demokratische Legitimation ist das imperiale Interesse nur allzu offensichtlich: mit den Produktionsquellen der Sahara könnte Frankreich weiterhin auch das politische Schicksal des nördlichen afrikanischen Raumes bestimmen. Die staatliche Unabhängigkeit Algeriens würde jedes realen Gehalts entbehren. Halten die Algerier unnachgiebig an ihrem Souveränitätsrecht fest, so sind sie doch bereit, Frankreich einen großen Anteil an der wirtschaftlichen Ausbeute einzuräumen. Sie wissen, daß sie allein nicht in der Lage sind, die gewaltigen Industrieprojekte durchzuführen. Sie haben weder das Kapital noch die technischen Hilfskräfte dazu. Ohne ausländische Unterstützung wird die Sahara weiter eine endlose Wüste bleiben. Wird Frankreich dazu die Mittel nicht geben, dann werden es amerikanische oder andere Erdölgesellschaften sein. Die Frage heißt jedoch: wird es sich um eine Unterstützung handeln im Rahmen der von der algerischen Regierung bestimmten Politik, oder wird diese Regierung nur ein Spielball in den Händen fremder Kapitalgruppen sein? Das ist letzten Endes das Kernproblem der Verhandlungen in Evian. Die Sahara-Rohstoffe können für die im Aufbau befindlichen afrikanischen Staaten zum Segen werden, — und sie können Frankreich gleichzeitig wirtschaftliche Vorteile verschaffen. Notwendig ist jedoch, daß diese Staaten über eine wirkliche Souveränität verfügen und nicht über den Umweg einer wirtschaftlichen Fesselung weiter in Abhängigkeit gehalten werden. Es ist nicht sicher, daß de Gaulle sich eine solche Ansicht bereits zu eigen gemacht hat. Schon vor längerer Zeit sagte der Vorsitzende der französischen Liga für Menschenrechte und frühere Minister Daniel Mayer: „Gäbe es kein Erdöl, dann wäre der Krieg schon längst zu Ende." Diese Worte gelten noch immer. — sch

In Zürich nicht, Herr Oistrach!

Abendländer, merkt euch den Namen des wackeren Mannes, der den Mut hatte, den bösen Kommunisten allesamt zu zeigen, was eine Harke ist; der es fertig brachte, aus der vielbeklagten Defensive vor dem Kommunismus endlich zur Offensive überzugehen; und der darum als Erster mit dem Orden ausgezeichnet zu werden verdient, den es bisher zwar noch nicht gibt, der nun aber eigentlich just diesem Manne zuliebe gestiftet werden sollte und dem ich hier vorschlagsweise zunächst einmal den Arbeitstitel

„Pour la liberté" geben möchte.

Es ist der Direktor der Zürcher Kantonalen Fremdenpolizei, Häfeli mit Namen; doch warum untertreiben: Doktor Häfeli, um der Wahrheit die Ehre zu geben — und um von vornherein jeden Zweifel auszuräumen, es könnte sich bei der nun zu schildernden Tat um die Kurzschlußreaktion eines Halbgebildeten gehandelt haben, um einen Zufallstreffer sozusagen. Nein, nein: der Doktor Häfeli wußte, schon als Akademiker, sehr gut, was er tat.

Es ist nichts groß, was nicht einfach wäre, mag der Mensch sich gesagt haben, und was er dann tat, war denn auch wirklich ebenso verblüffend einfach wie imposant: Ihm und seiner Zürcher Kantonalen Fremdenpolizei verdankt das christliche Abendland, einem Ei des Kolumbus gleich, das bisher probateste Rezept für den Umgang mit Kommunisten, und das lautet nicht „man nehme ...", sondern eben: „Man nehme nicht!" Man nehme Kommunisten in unseren Städten ganz einfach nicht auf — und schon ist die ewige Malaise mit ihnen aus der Welt geschafft.

Eine gute Medizin muß bitter schmekken — was besonders Kommunisten gegenüber wichtig ist. Der diese bittere Pille des Doktors Häfeli zu schlukken bekam, war der Towarisch David Oistrach. Was der sich auch eingebildet hatte! Meinte er vielleicht, ein geigender Moskowiter, dem es infolge mangelhafter Aufmerksamkeit anderer abendländischer Behörden bereits gelungen war, nach Paris, London und New York einzubrechen, müsse nun — nur weil ihm der Ruf des größten Geigers unserer Zeit vorausgeht — unbedingt auch im tugendsamen Zürich seine roten Sirenenklänge ertönen lassen dürfen? Im Doktor Häfeli jedenfalls kam er endlich an den Rechten: der versperrte ihm einfach den Weg über die Limmat, und es nutzte auch nichts, daß verschiedene Eidgenossen — die es verdächtigerweise mit der Erhaltung des Abendlandes offenbar weniger ernst nehmen — dagegen protestierten: Es blieb dabei, der Towarisch Oistrach durfte in Zürich nicht geigen, vielmehr wurde ihm selbst tüchtig eingegeigt: Mag er sein verführerisches rotes Lied erklingen lassen, wo er will — in Zürich jedenfalls nicht! Dort lebten die Leute schon zur Zeit der „Drei gerechten Kammacher", ohne etwas von Herrn Oistrach zu wissen, und dort würden die Leute sehr wohl auch weiterhin nicht gleich umkommen, wenn sie Herrn Oistrach nicht hören durften.

Der mag sich Doktor Häfelis Begründung für das „Arbeitsverbot" ruhig einmal hinter die Ohren schreiben:

„Nach kommunistischer Auffassung lassen sich Kunst und Kultur nicht von der Politik trennen ..." Und da sollen wir immer die Dummen sein, die das noch tun?! Der Direktor der Zürcher Fremdenpolizei hatte diese bürgerliche Sentimentalität einfach satt. In bewunderungswürdiger Ermannung gab er der gesamten westlichen Welt ein Beispiel dafür, daß wir, was die Kommunisten können, ebenso gut auch können — ja noch besser als sie, denn ihnen ist es bisher noch nicht eingefallen, einen vergleichbaren Virtuosen aus dem Westen zuerst freundlich einzuladen, um ihm dann im letzten Moment die Tür vor der Nase zuzuschlagen. So können nicht nur wir, sondern auch die Kommunisten vom Doktor Häfeli noch was lernen.

„Kunst und Kultur stehen im kommunistischen Herrschaftsbereich im Dienste des Staates und der eigenen Ideologie ..." Siehe oben: Warum sollte das bei uns nicht auch so sein? Haben wir's denn nötig, uns Beethovens Violin-Konzert von einem Sowjetbürger vorgeigen zu lassen, wo wir doch im eigenen Land genügend loyale Staatsbürger haben, die das zur Not auch können? „Internationaler Kulturaustausch" ist ja doch nichts weiter als ein von den Kommunisten erfundenes Schlagwort, um uns auf die

süße Tour langsam kirre zu machen.

„Mit Darbietungen von Künstlern aus kommunistisch regierten Diktaturstaaten sollen die tiefgreifenden Unterschiede vertuscht werden, die zwischen der kommunistischen Diktatur und der freiheitlichen Welt bestehen ..." Das sitzt! Endlich einmal ein Mann, der die Courage hat, dem Biedermann Oistrach die Maske vom Gesicht zu reißen: Mit viel Gefühl Mozart spielen und dabei doch nur die Weltrevolution im Sinne haben — das kann man mit dem Doktor Häfeli nicht machen, mit ihm nicht! Dazu ist er viel zu schlau. Und dazu kennt er auch seine Pappenheimer viel zu gut — seine arglosen Landsleute, die zu Tausenden fähig gewesen wären, auch noch zu applaudieren und Bravo zu rufen, bis der Towarisch Oistrach ihnen eine furiose Paganini-Zugabe gespielt hätte, die in Wirklichkeit, eben weil er sie gespielt hätte, eine ebenso raffinierte wie schamlose Paraphrase auf die „Internationale" gewesen wäre! Was heißt hier Freiheit — hell muß man sein, wachsam, dann wird uns schon nichts passieren. Freiheit? Ihnen nicht, Herr Oistrach.

„Es ist möglich", gab der Direktor der Zürcher Kantonalen Fremdenpolizei in echt demokratischer Gerechtigkeitsliebe zu, „daß Herr Oistrach persönlich kein Kommunist ist. Aber seine Reisen erfolgen auf Geheiß des Staates. Von seinen Erfolgen profitiert das kommunistische Regime."

Wenn es nur nicht vom „Erfolg" des Doktor Häfeli noch viel mehr profitiert!

Übrigens war es eben unfair von mir, das Wort Erfolg zwischen Anführungsstriche zu setzen. Der wackere helvetische Wächter unserer abendländischen Unbescholtenheit hatte mit seinem Streich wirklich einen Erfolg: den einer internationalen Heiterkeit. Für ein paar Tage wird er fast ebenso berühmt gewesen sein wie, sagen wir einmal, ein David Oistrach.

Simon Messer

Buchbesprechungen

Die Revolution, die keine war

Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer, Gerhard Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen, 1960, 1034 Seiten.

I

Wiewohl sich die deutsche und außerdeutsche Geschichtsschreibung schon in reichem Maße an der Deutung des Nationalsozialismus in allen seinen Erscheinungsformen versucht hat, ist jede weitere Arbeit zu begrüßen, die sich — sei es in durchdringender Interpretation, sei es in weiterführender Dokumentation — Aufstieg und Wirken des Nationalsozialismus zum Thema gewählt hat. Als Band 14 der Schriften des Instituts für politische Wissenschaften, Berlin, liegt hier ein Beitrag zur nationalsozialistischen Machtergreifung als Studie des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland für die Jahre 1933/1934 vor, die nach Umfang und Inhalt gleichermaßen gewichtig ist. Dieser Band, der von Karl Dietrich Bracher zusammen mit Gerhard Schulz und Wolfgang Sauer in gelungener Gemeinschaftsarbeit verfaßt wurde, fügt sich gleichsam folgerichtig an Brachers nun bald in 4. Auflage erscheinende „Auflösung der Weimarer Republik" und den von Erich Matthias und Rudolf Morsey herausgegebenen Sammelband „Das Ende der Parteien" an.

Angesichts der Fülle des verarbeiteten, teilweise ungedruckten Quellenmaterials, scheint es hier vielleicht angebracht, nur ein Teilproblem herauszugreifen und ihm eine eingehendere Betrachtung zu widmen.

Mißverständnis" zu bezeichnen, geht nicht an. Bracher hat das ganz deutlich betont. In diesem Zusammenhang ist es interessant, auf das politische Schicksal von Gottfried Feder und Hans Frank zu weisen, die, aus den Reihen der NSDAP selbst kommend, die Verwirklichung ihrer Ideen der Machtpolitik der Parteispitze unterordnen mußten.

Anhand solcher Beispiele wird eigentlich erst recht deutlich, wie beim Nationalsozialismus zwar von einer Manipulation der Macht, kaum aber von einer solchen im Sinne einer Ideologie gesprochen werden kann.

Die Konsolidierung der Macht fand ihren ersten Höhepunkt und Abschluß in der Röhm-Affäre vom Juni 1934. Bis dahin hatte ein wahres Konglomerat von Sammlungs- und Erneuerungsbewegungen den Aufstieg begleitet, die nach der Machtergreifung zwar noch vorhanden waren, aber nicht mehr gehandhabt wurden von jenen Kreisen, die „unablässig die rigorose nationale Revolution eines großen Volksführers und einer militärisch disziplinierten Volksbewegung als höchsten Wert proklamiert" hatten und nunmehr zahlreich der NSDAP zuliefen. Dieser Mischmasch an Intentionen, Sehnsüchten und Wünschen hat genug Boden für den Nationalsozialismus aufbereitet, genug, um zweckbestimmter großindustrieller Unterstützung an die NSDAP Aussicht auf Erfolg zu geben, genug auch, um in Zeiten ökonomischer Krisen den ohnehin nur schwach entwickelten — weil mit dem Makel der Revolution behafteten — demokratischen Gedanken vollends absinken zu lassen. Dr. Horst Lademacher.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Moskaus Deutschland-Memorandum

Die sowjetische Regierung hat die beiden Memoranden über die Kernwaffenversuche und das Deutschland- und Berlinproblem veröffentlicht, die Ministerpräsident Chrustschow in Wien dem amerikanischen Präsidenten Kennedy überreicht hatte. Das Deutschland-Memorandum hat folgenden Wortlaut:

1. Die Friedensregelung mit Deutschland, die sich viele Jahre verzögert hat, hat in bedeutendem Maße die gefährliche Entwicklung der Ereignisse in Europa in der Nachkriegszeit bestimmt. Die wichtigsten Beschlüsse der Alliierten über die Ausrottung des Militarismus in Deutschland, welche die Regierungen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion seinerzeit als Unterpfand eines dauerhaften Friedens ansahen, wurden nur teilweise durchgeführt und werden gegenwärtig auf dem größeren Teil des deutschen Territoriums faktisch nicht befolgt.

Von den Regierungen der beiden deutschen Staaten, die sich nach dem Kriege herausgebildet haben, erkennt nur die Regierung der DDR diese Übereinkommen an und hält sich daran. Die Regierung der Deutschen Bundesrepublik erklärt offen ihre ablehnende Einstellung diesen Übereinkommen gegenüber, fördert den säbelrasselnden Militarismus und tritt für eine Revision der Grenzen Deutschlands, für eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges ein. Sie versucht, ihren aggressiven Plänen eine starke militärische Grundlage zu geben, einen gefährlichen Herd für Konflikte auf deutschem Boden zu schaffen und die ehemaligen Verbündeten in der Anti-Hitler-Koalition gegeneinander zu treiben.

Die Westmächte gestatteten es der Bundesrepublik, mit der Anhäufung von Waffen und der Schaffung einer Armee zu beginnen, die offenkundig die Erfordernisse der Verteidigung übersteigen. Neue und gefährliche Schritte seitens der NATO-Mächte bestehen darin, daß sie der Bundesrepublik die Erlaubnis geben, Kriegsschiffe mit einer Wasserverdrängung bis zu 6000 t zu bauen sowie die Territorien Englands, Frankreichs und Italiens für Militärstützpunkte der Bundesrepublik auszunutzen.

Abschluß eines Friedensvertrages

2. Die Sowjetregierung ist aufrichtig bestrebt, die Ursachen zu beseitigen, die eine Spannung zwischen der UdSSR und den USA hervorrufen, und zu einer konstruktiven freundschaftlichen Zusammenarbeit überzugehen. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland würde beide Länder diesem Ziel bedeutend näher bringen. Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten kämpften gemeinsam gegen Hitler-Deutschland. Ihre gemeinsame Pflicht besteht darin, einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen und dadurch eine sichere Garantie dafür zu schaffen, daß sich auf deutschem Boden niemals mehr die Kräfte erheben, die die Welt in einen neuen, noch verheerenderen Krieg stürzen könnten. Wenn der Wunsch der Sowjetunion, den Frieden zu festigen und die Entfesselung eines neuen Weltkrieges in Europa nicht zuzulassen, den Absichten der Regierung der Vereinigten Staaten nicht entgegensteht, so dürfte es nicht schwer sein, zu einer Einigung zu gelangen.

3. Von der realen Einschätzung der Lage ausgehend, tritt die Sowjetregierung für den unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ein. Die Frage des Friedensvertrages ist die Frage der nationalen Sicherheit der Sowjetunion und vieler anderer Staaten. Die Zeit, da man die Lage in Deutschland unverändert lassen durfte, ist bereits vorbei, alle Voraussetzungen für den Abschluß eines Friedensvertrages sind längst herangereift, und ein solcher Vertrag muß abgeschlossen werden. Das Wesentliche besteht darin, durch wen und wie er abgeschlossen wird.

Für die Grenzen von 1945

4. Die Sowjetregierung verfolgt nicht das Ziel, die Interessen der Vereinigten Staaten oder der anderen Westmächte in Europa zu schädigen. Sie schlägt nicht vor, irgendetwas in Deutschland oder Westberlin zugunsten irgendeines Staates oder einer Staatengruppe zu verändern. Die Sowjetunion hält es im Interesse der Festigung des Friedens für erforderlich, die nach dem Kriege in Europa entstandene Lage zu fixieren, die Unantastbarkeit der bestehenden deutschen Grenzen juristisch zu formulieren und zu festigen und die Lage in Westberlin auf der Grundlage einer vernünftigen Berücksichtigung der Interessen aller Seiten zu normalisieren.

Im Interesse einer Einigung über einen Friedensvertrag besteht die Sowjetunion nicht auf einem unverzüglichen Austritt der Deutschen Bundesrepublik aus der NATO. Beide deutschen Staaten könnten eine bestimmte Zeitlang nach Abschluß eines Friedensvertrages in den militärischen Gruppierungen verbleiben, deren Mitglieder sie jetzt sind.

Der sowjetische Vorschlag verknüpft den Abschluß eines Friedensvertrages nicht mit der Anerkennung der DDR oder der Deutschen Bundesrepublik durch alle Partner dieses Vertrages. Ob der eine oder andere Staat anerkannt wird oder nicht, ist Sache einer jeden Regierung.

Wenn die Vereinigten Staaten nicht bereit sind, einen einheitlichen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten zu unterzeichnen, so könnte eine Friedensregelung auf der Grundlage zweier Verträge getroffen werden. In diesem Falle würden die Teilnehmerstaaten der Anti-Hitler-Koalition einen Friedensvertrag mit beiden oder mit einem deutschen Staat nach eigenem Ermessen unterzeichnen. Diese Verträge müssen nicht unbedingt im Text übereinstimmen, aber sie müssen die gleichen Grundsätze zu den wichtigsten Fragen einer Friedensregelung enthalten.

„Entmilitarisierte Freie Stadt Berlin"

5. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland würde auch die Aufgabe einer Normalisierung der Lage in Westberlin lösen. Westberlin ist heute, da es keinen festen internationalen Status besitzt, ein Ort, an dem die Bonner revanchistischen Kreise ständig eine äußerst starke Spannung aufrechterhalten und alle nur möglichen Provokationen organisieren, die für die Sache des Friedens überaus gefährlich sind. Wir sind verpflichtet, eine solche Entwicklung abzuwenden, bei der eine Forcierung des westdeutschen Militarismus infolge des ungeregelten Zustandes in Westberlin nicht wiedergutzumachende Folgen nach sich ziehen könnte.

Die Sowjetregierung sieht heute keine bessere Lösung der Frage Westberlins als seiner Umwandlung in eine entmilitarisierte freie Stadt. Die Verwirklichung des Vorschlages über eine freie Stadt würde die Lage in Westberlin unter entsprechender Be-

rücksichtigung der Interessen aller Seiten normalisieren. Das bis heute dort bestehende Besetzungsregime ist bereits überlebt. Es hat jede Verbindung mit den Zielen verloren, um derentwillen es geschaffen wurde, und mit den Alliierten-Abkommen über Deutschland, auf deren Grundlage es existierte.

Die Besetzungsrechte erlöschen natürlich mit dem Abschluß eines Friedensvertrages, sei er mit beiden deutschen Staaten oder nur mit der DDR unterzeichnet, innerhalb deren Territorium Westberlin liegt.

Die Sowjetregierung ist dafür, daß eine freie Stadt Westberlin ungehindert ihre Verbindungen mit der Außenwelt wahrnimmt und daß die innere Ordnung darin durch den frei geäußerten Willen seiner Bevölkerung bestimmt wird. Es versteht sich von selbst, daß die Vereinigten Staaten ebenso wie alle anderen Länder die volle Möglichkeit hätten, ihre Beziehungen mit der freien Stadt zu unterhalten und zu entwickeln. Im allgemeinen muß Westberlin, wie es sich die Sowjetregierung vorstellt, streng neutral sein. Freilich darf man nicht zulassen, daß Westberlin auch weiterhin als Stützpunkt für eine provokatorische feindselige Tätigkeit gegen die Sowjetunion, die Deutsche Demokratische Republik oder irgendeinen anderen Staat benutzt wird und weiterhin ein gefährlicher Herd der Spannungen und der internationalen Konflikte bleibt.

Symbolische Truppenkontingente

Die Sowjetunion schlägt vor, die zuverlässigsten Garantien gegen die Einmischung in die Angelegenheiten der freien Stadt seitens irgendeines Staates zu schaffen. Als Garant der freien Stadt könnten in Westberlin symbolische Kontingente von Truppen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion stationiert werden. Seitens der Sowjetunion würden auch keine Einwände gegen die Stationierung von Kontingenten der Truppen neutraler Länder unter der Schirmherrschaft der UN in Westberlin zu gleichen Zwecken erhoben werden. Der Status der freien Stadt könnte in geeigneter Weise in den UN registriert und durch die Autorität dieser internationalen Organisation gefestigt werden. Die sowjetische Seite ist bereit, sämtliche anderen Maßnahmen zu erörtern, die die Freiheit und Unabhängigkeit Westberlins als freie entmilitarisierte Stadt garantieren könnten.

Bei alledem müßte die Westberlin-Regelung natürlich die Notwendigkeit der Achtung einer strengen Einhaltung der souveränen Rechte der DDR berücksichtigen, die bekanntlich ihre Bereitschaft erklärt hat, sich einem entsprechenden Abkommen anzuschließen und es zu achten.

6. Die Sowjetregierung schlägt vor, schon jetzt ohne jede Verzögerung eine Friedenskonferenz einzuberufen, einen Friedensvertrag abzuschließen und auf dieser Grundlage die Frage Westberlins als einer freien Stadt zu lösen. Sollten die Regierungen der Vereinigten Staaten und der anderen Westmächte aus den einen oder anderen Motiven zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht dazu bereit sein, so könnte für eine bestimmte Zeitspanne eine Zwischenlösung getroffen werden.

Die vier Mächte werden sich an die deutschen Staaten mit dem Appell wenden, sich in jeder für sie annehmbaren Form über die Fragen zu einigen, die eine Friedensregelung mit Deutschland und die Wiedervereinigung betreffen. Die vier Mächte werden von vornherein erklären, daß sie jede Vereinbarung anerkennen, die von den Deutschen getroffen wird.

Sechs Monate Frist für Verhandlungen Bonn—Ostberlin

Im Falle eines positiven Ausgangs der Verhandlungen zwischen der DDR und der Deutschen Bundesrepublik würde hierauf ein einheitlicher deutscher Friedensvertrag vereinbart und unterzeichnet werden. Sollten sich aber die deutschen Staaten in den oben erwähnten Fragen nicht einigen können, dann werden Maßnahmen zum Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten oder mit einem von ihnen nach Ermessen der interessierten Länder ergriffen werden.

Damit eine Friedensregelung nicht weiter hinausgezögert wird, ist es notwendig, einen Termin festzulegen, binnen dessen die Deutschen nach Möglichkeiten zu Übereinkommen in Fragen ihrer inneren Kompetenz suchen müssen. Die Sowjetregierung hält für solche Verhandlungen eine Frist von nicht mehr als sechs Monaten für genügend. Diese Frist für einen Kontakt zwischen der Deutschen Bundesrepublik und der DDR und für Ver-

handlungen zwischen ihnen reicht vollkommen aus, da in den nach dem Kriege vergangenen 16 Jahren die Einsicht in die Notwendigkeit herangereift ist, mit den Überresten des Zweiten Weltkrieges in Europa Schluß zu machen.

7. Die Sowjetregierung ist bereit, alle konstruktiven Vorschläge der Regierung der Vereinigten Staaten zu einem Friedensvertrag mit Deutschland und zur Normalisierung der Lage in Westberlin zu erörtern. Die Sowjetregierung wird ein Maximum an gutem Willen aufbringen, um die Frage eines Friedensvertrages in gegenseitigem Einvernehmen zwischen der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten und anderen interessierten Staaten zu lösen. Die Unterzeichnung eines deutschen Friedensvertrages durch alle Teilnehmer der Anti-Hitler-Koalition und die auf dieser Grundlage zu erfolgende Regelung der Frage eines neutralen Status von Westberlin würden die besten Voraussetzungen für ein Vertrauen zwischen den Staaten und für die Lösung so wichtiger internationaler Probleme wie der Abrüstung und anderer schaffen. Sollten aber die Vereinigten Staaten kein Verständnis für die Notwendigkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages aufbringen, dann würden wir dies bedauern, da wir einen Friedensvertrag, den weiter hinauszuschieben unmöglich und gefährlich wäre, nicht mit allen Staaten, sondern nur mit denen unterzeichnen müßten, die ihn unterzeichnen wollen.

Verbindungswege Sache der DDR

Ein Friedensvertrag wird den Status Westberlins als einer freien Stadt besonders fixieren, und die Sowjetunion wird ebenso wie die anderen Vertragspartner den Status natürlich strikte einhalten. Es werden Maßnahmen dafür getroffen werden, daß dieser Status auch von den anderen Ländern geachtet wird. Gleichzeitig wird dies auch die Aufhebung des Besetzungsregimes in Westberlin mit allen sich hieraus ergebenden Folgen bedeuten. Insbesondere werden die Fragen der Benutzung der Verbindungswege auf dem Lande, zu Wasser und in der Luft, die über das Territorium der DDR führen, nicht anders zu lösen sein als auf der Grundlage entsprechender Übereinkommen mit der DDR. Dies ist auch natürlich, da die Wahrnehmung einer Kontrolle über solche Verbindungswege das unveräußerliche Recht eines jeden souveränen Staates ist.

8. Der Abschluß eines Deutschlandvertrages wird eine wichtige Maßnahme zur endgültigen Nachkriegsregelung in Europa sein, die die Sowjetunion unablässig anstrebt.

Nach: Neue Zürcher Zeitung v. 12. VI. 61

Versuch der Neutralisierung Mitteleuropas?

Die Chrustschow-Memoranden zur Deutschland- und Abrüstungsfrage haben in diplomatischen Kreisen Moskaus lebhaftes Interesse hervorgerufen. Viele Missionschefs und andere Diplomaten, die bei Wochenendtemperaturen von 30 Grad ihre Sommerhäuser aufgesucht hatten, ließen sich die Texte nachbringen, um sie eingehend zu prüfen. Westliche Diplomaten hatten nach dem ersten Studium der Texte allerdings den Eindruck, daß der Abschluß eines Friedensvertrages für die Sowjets nicht allein ein Hebel zur Regelung der Berlin-Frage in ihrem Sinne sein soll, sondern offenbar der Ansatz ist zur Aufrollung der Deutschland-Frage im Sinne einer Neutralisierung Mitteleuropas. In Kreisen, die der deutschen Botschaft in Moskau nahestehen, wurde darauf hingewiesen, daß dieses Memorandum weitgehend mit dem Memorandum übereinstimmt, daß der Bundesregierung Anfang dieses Jahres vom Kreml übergeben worden ist. Politische Kreise rechnen damit, daß die Sowjets nach Wahrnehmung aller Verhandlungsmöglichkeiten mit dem Westen zum Herbst dieses Jahres eine Friedenskonferenz einberufen werden, zu der alle Staaten eingeladen werden, die im zweiten Weltkrieg gegen Deutschland gekämpft haben. Es gilt als sicher, daß auch die Volksrepublik China mit am Konferenztisch sitzen soll.

Stuttgarter Zeitung v. 12. VI. 61

Lippmann fordert neue Berlin-Politik des Westens

Einen Tag nach den Berlin-Vorschlägen des Fraktionsvorsitzenden der US-Demokraten, Senator Mansfield, setzte sich gestern der einflußreiche amerikanische Publizist Walter Lippmann, für eine grundsätzliche Änderung der amerikanischen Berlin-Politik und für Verhandlungen über einen verbesserten Status der deutschen Hauptstadt ein.

Wie Lippmann in einem Fernseh-Interview berichtete, soll die Furcht vor deutschen Atomwaffen den sowjetischen Ministerpräsidenten Chrustschow dazu bewogen haben, ein rasches Übereinkommen mit den Westmächten über die Regelung der Berlin-Frage und der deutschen Grenzen anzustreben.

Lippmann, der kürzlich von Chrustschow in Moskau zu einer Unterredung über politische Fragen empfangen wurde, erklärte, der sowjetische Regierungschef habe ihm gegenüber geäußert, daß er die Grenzen Deutschlands, den Status von Berlin und die Demarkationslinie zwischen der Sowjetzone und der Bundesrepublik vertraglich festlegen wolle, „bevor Hitlers Generale in Westdeutschland die Atombombe haben".

Chrustschow sei überzeugt, betonte Lippmann, daß der Bundesrepublik innerhalb der nächsten fünf Jahre entweder von den USA oder von Frankreich Atomsprengköpfe überlassen würden. Dadurch würden die Sowjetunion und Osteuropa der Gefahr eines deutschen Angriffskrieges ausgesetzt. Da nicht damit zu rechnen sei, daß die USA in einem solchen Fall intervenieren würden, wünsche die Sowjetunion eine vertragliche Festlegung der Grenzen. Falls die Bundesrepublik dann zum Angriff schreiten sollte, würde sie in den Augen der Weltöffentlichkeit als „Aggressor" dastehen.

Kölner Stadtanzeiger v. 17./18. VI. 61

Walter Lippmann's neuestes Wort zum Berlin-Problem

Seit Wien hat es über Berlin viele Erklärungen von beiden Seiten des Eisernen Vorhanges gegeben. Sie sind bezeichnend für das, was sie sagen. Sie sind nicht minder bezeichnend für das, was sie nicht sagen.

Jede Seite hat gesagt, was ihre vitalen Interessen sind, für die sie lieber kämpfen würde, als diese aufgeben ... Aber der Westen hat nicht gesagt, daß er es ablehne, über die Garantien der Freiheit West-Berlins zu diskutieren. Und die Sowjet-Regierung hat nicht gesagt, daß sie die ostdeutsche Regierung in einer Blockade oder der Besetzung West-Berlins unterstützen werde.

Bisher sind beide Seiten fest und vorsichtig gewesen, heftig darin, daß sie ihre vitalen Interessen nicht aufgeben werden, und vorsichtig, die Türen zu Verhandlungen nicht zuzuschlagen. Die Türen würden zugeschlagen, wenn Chrustschow erklärte, daß die Alliierten West-Berlin räumen müßten. Die Tür würde zugeschlagen, wenn wir uns weigerten, über West-Berlin zu diskutieren. Jedoch wurden die Türen, die kritisch sind, nicht zugeschlagen. Das ist es, was Bürgermeister Willy Brandt gemeint zu haben scheint, als er vor einigen Tagen sagte, daß die Situation sehr gefährlich sei, aber nicht so dramatisch, wie einige meinen.

Die grundsätzliche amerikanische Einstellung ist immer gewesen, daß das Berlin-Problem endgültig nur gelöst werden könne, wenn die Westdeutschen wiedervereinigt seien, und ganz Berlin die Hauptstadt Deutschlands würde ...

Aber es gibt unglücklicherweise keine ersichtliche Chance, die zwei Deutschlands wieder zu vereinen. Sie sind seit 15 Jahren geteilt gewesen, und in dieser Zeit hat so ziemlich ganz Europa auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges tiefere Beziehungen aufgenommen, die der Wiedervereinigung Deutschlands entgegenstehen. Natürlich sind da die Sowjet-Union und alle ihre Satelliten, besonders Polen und die Tschechoslowakei, die ein einziges Deutschland von 80 Millionen Menschen, ausgerüstet von und alliiert mit den Vereinigten Staaten, als eine Lebensgefahr empfinden. Aber sie stehen nicht allein. Die Wahrheit ist, daß Frankreich und Großbritannien entschieden sind in einer Art unausgesprochener nationaler Politik, die Vereinigung der beiden Deutschlands zu verhindern. Die blühende Idee der „Europäischen Einheit" verfolgt als einen ihrer Hauptzwecke die Zementierung West-Deutschlands in West-Europa, um der Gefahr eines unabhängigen vereinigten, bewaffneten und abenteuerlustigen Deutschlands zu begegnen.

Weil die Sowjet-Union die Wiedervereinigung Deutschlands nicht erlauben wird, weil sie darin die unausgesprochene Unterstützung so ziemlich ganz West-Europas hat, eingeschlossen einer großen Schicht der West-Deutschen, gibt es keine Aussicht, das Berlin-Problem entsprechend der klassischen amerikanischen Formel zu lösen. Es gibt einige, die sagen, daß es kein Berlin-Problem gäbe, hätte Chrustschow ein solches nicht mit Vorbedacht und unnötigerweise geschaffen. Es tut mir leid, aber diese Leute haben das

Problem nicht völlig verstanden. Während nämlich die Kommunisten den Status quo in Berlin nicht mögen — Schauplatz, Propaganda, Spionage und Schlupfloch — hat der Westen eine ganze Menge Sorgen deswegen. Ich werde als Zeugen den deutschen Botschafter in Washington, Dr. Wilhelm Grewe, zitieren, indem ich seinen offiziellen Kommentar zur Genfer Konferenz von 1959 wiedergebe.

Nachdem er erörtert hat, daß ein ausgehandelter Kompromiß nicht möglich sei, sagt Dr. Grewe: „Das höchste, einzig denkbare wäre ein stillschweigendes Übereinkommen, das den anderen Partner wissen läßt, daß die Situation in Berlin als unwiderruflich akzepiert worden ist, auf der einen Seite (durch die fortdauernde Anwesenheit westlicher Truppen in Berlin), und in der Sowjetzone, auf der anderen Seite (durch die anhaltende Existenz des Ulbricht-Regimes)." Das ist die Aufrechterhaltung des Status quo, von dem uns so viele erzählen, daß sie unsere Aufgabe sei.

Aber was sagt der deutsche Botschafter über dieses Ziel? „Wenn der Westen sich beruhigen würde, dann wäre auch dies kein richtiger Kompromiß, sondern vielmehr der Anfang der Kapitulation.

West-Berlin kann auf lange Sicht nicht gehalten werden, wenn seine Bevölkerung zu dem Schluß kommen müßte, daß der Westen tatsächlich die Teilung Deutschlands akzeptiert hätte."

Dies Letzte ist der Kern des Problems. West-Berlin, sagt der deutsche Botschafter, kann auf lange Sicht nicht gehalten werden, wenn die Leute zu dem Glauben kämen, daß der Westen die Teilung Deutschlands akzeptiert hätte. Warum nicht? Wohl weil viele von der Berlinern nach dem Westen umziehen und andere ihren Weg nach dem Osten machen wollen. Es ist die Anerkennung der Teilung Deutschlands, die Chrustschow als erstes verfolgt. Der Botschafter mag recht haben. Und wenn alles, was wir tun können, ist, festzustehen und festzuhalten, dann wird sich der Pessimismus des Botschafters mit ziemlicher Sicherheit als richtig erweisen.

Aber es gibt keinen einleuchtenden Grund, warum wir eine derart verzweifelte Schlußfolgerung akzeptieren sollten. Denn wenn der deutsche Botschafter recht hat, riskieren wir einen thermonuklearen Krieg, um eine Situation aufrechtzuerhalten, in der „West-Berlin auf lange Sicht nicht gehalten werden kann".

Es wäre eine weisere Politik, scheint es mir, die Tatsache anzuerkennen, daß sich für eine unabsehbare Zukunft die beiden Deutschlands nicht wiedervereinigen werden, und als einem Gegenstand positiver westlicher Politik, nicht als schamhafte Konzession an die Sowjets, darauf zu bestehen, daß unsere neuen Garantien dieser neuen Situation begegnen, Garantien, unter denen West-Berlin vertrauensvoll und in Freiheit leben kann bis zu dem, wenn auch noch so entfernten Tage, da es wieder die Hauptstadt Deutschlands sein wird.

Ich bin überzeugt, daß der Fehlschlag des Präsidenten, eine solche positive Linie zu beschreiten, bedeuten wird, daß er die Initiative in deutschen Angelegenheiten an Chrustschow übergeben hat. Wenn es nichts gibt, was er in Deutschland zu tun wünscht außer nichts zu tun, dann wird der Präsident die Kraft verloren haben, den Kampf zu dirigieren und zu kontrollieren und Macht zu benutzen und mit der Androhung von Macht wirkliche Ziele mit Intelligenz zu erreichen.

Nach „New York Herald Tribune" v. 29. VI. 1961

Observer: Garantien für Berlin durch Anerkennung der DDR

Der Westen kann Berlin nicht aufgeben, er könnte vielleicht klarstellen, daß er mit der Verteidigung Berlins nicht versucht, den Status quo in Europa zu ändern. Die Kommunisten ihrerseits könnten vielleicht ein freies Berlin dulden, wenn die Existenz Ostdeutschlands zuvor als permanent anerkannt wird. Nur auf einer derartigen Grundlage scheinen ernsthafte Verhandlungen überhaupt möglich. Der Westen könnte anbieten, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen und der Sowjetzonenrepublik im Austausch gegen eine neue und dauerhafte Berlin-Lösung eine Art Anerkennung zu geben . . .

Observer (London) v. 18. VI. 61

Montgomery für Abzug aller Truppen

In einem aufsehenerregenden Artikel in der Londoner „Sunday Times" schlägt der britische Feldmarschall Montgomery, der ehemalige stellvertretende Oberkommandie-

rende des Nordatlantikpakts, vor: Sämtliche ausländischen Streitkräfte sollen aus Deutschland und Berlin abgezogen werden ...

Montgomery geht davon aus, daß eine Änderung der vor zehn Jahren — als die Sowjetunion die Atombombe noch nicht hatte — festgelegten NATO-Strategie längst „überfällig" sei. Unter der Überschrift „Eine neue Strategie für die NATO regt er an:

1. West und Ost sollen sich jetzt auf den Rückzug aller ihrer Truppen aus Deutschland in ihre jeweiligen Heimatländer bis Ende 1965 einigen.

2. Die europäischen NATO-Länder sollen anfänglich selbst für die Neuorganisation ihrer Verteidigung mit konventionellen Streitkräften verantwortlich sein.

3. Die überseeischen NATO-Länder — die Vereinigten Staaten, Kanada und Großbritannien — sollen Stützpunkte außerhalb Europas aufrechterhalten, von denen aus sie dem Kontinent in wenigen Stunden militärische Hilfe gewähren könnten.

4. In Europa sollten außereuropäische Mächte keine Kernwaffen stationieren. Diese Waffen sollen ausschließlich in den jeweiligen Heimatländern oder auf hoher See stationiert werden.

„Natürlich muß der Westen die Freiheit der zwei Millionen Berliner, die westlichen Zugangsrechte zu der Stadt und die westlichen Rechte in Berlin verteidigen." Der Westen könne jedoch keine militärischen Maßnahmen zur Offenhaltung der Verbindungswege nach Berlin ergreifen, ohne in eine militärische Auseinandersetzung mit den Sowjets verwickelt zu werden, die nur in einem allgemeinen Atomkrieg enden könne.

Die Teilung Deutschlands müsse der Westen hinnehmen. Sie sei „der eigene Fehler" der Deutschen.

Die Welt v. 19. VI. 61

Unterhausantrag gegen deutsche Aufrüstung

Rund 50 Unterhausabgeordnete der Labour Party haben einen Antrag unterzeichnet, der sich gegen „das ständige Wachsen der militärischen Stärke der Bundesrepublik" wendet. Besonders wurde in dem Antrag die Entscheidung des Rates der Westeuropäischen Union kritisiert, nach der Deutschland Zerstörer bis zu 6000 Tonnen bauen darf. Zu den Unterzeichnern gehören der frühere Verteidigungsminister Shinwell und Jenny Lee, die Witwe des früheren stellvertretenden Vorsitzenden der Labour Party, Bevan.

Deutsche Zeitung v. 9. VI. 61

Die Bedeutung des Troika-Prinzips

Wie aus informierten politischen Kreisen zu erfahren war, sind Kennedy und seine Mitarbeiter beunruhigt über die Bedeutung, die Chruschtschow der sogenannten Troikaformel (Bildung internationaler Dreiergremien mit einem westlichen, einem östlichen und einem neutralen Vertreter) für künftige internationale Zusammenarbeit zumißt. Die Formel bedeutet ein automatisches sowjetisches Vetorecht selbst in administrativen Fragen — etwa des UN-Sekretariats und aller internationalen Gremien. Allerdings ist aus UN-Kreisen, namentlich aus dem neutralistischen Block zu erfahren, daß ja Gegenseitigkeit bestünde und auch der Westen überall ein gleiches Vetorecht bekommen würde, so daß die westliche Aufregung über diesen Sowjetplan von farbigen nichtfestgelegten Ländern nicht ganz gebilligt wird. Das läßt die Befürchtung aufkommen, daß Moskau mit dem Troikaplan, der die Neutralisten zum ausschlaggebenden Faktor macht, mehr Anhang gewinnen könnte als erwartet. Andererseits hat die gleichzeitige und von dem Wiener Gespräch wohl unabhängige Zuspitzung des Moskauer Verhältnisses zu Nasser, der plötzlich von Moskau heftig angegriffen wird, in afrikanischen und sonstigen neutralistischen Kreisen der Weltorganisation wie eine kalte Dusche gewirkt.

Stuttgarter Zeitubng v. 9. VI. 61

Die fünf Grundsätze des aktiven Neutralismus

Die Kairoer Vorbereitungskonferenz für ein „neutrales Gipfeltreffen" hat eine fünf Punkte umfassende Definition des Begriffs Neutralismus beschlossen als Maßstab für die Teilnahme an der zum 1. September in Jugoslawien geplanten Gipfelkonferenz. Als neutrale Staaten werden Staaten anerkannt, deren Politik die folgenden fünf Grundsätze aufweist: 1. Die Staaten müssen eine unabhängige Politik auf der Grundlage der Nichtbin-

dung und der friedlichen Koexistenz mit anderen ideologischen Gesellschaftsformen verfolgen. 2. Die Staaten müssen Freiheitsbewegungen und Unabhängigkeitsstreben in noch nicht souveränen Gebieten unterstützen. 3. Die Staaten dürfen nicht Mitglieder von Militärpaktsystemen sein, wenn diese Systeme sie in die Ost-West-Auseinandersetzung hineinziehen können. 4. Die Staaten dürfen nicht bilaterale Militärabkommen mit Großmächten unterhalten oder regionalen Bündnissystemen angehören, wenn diese Mitgliedschaft sie in Auseinandersetzungen der Blöcke hineinzieht. 5. Die Staaten dürfen nicht mit der Errichtung und Unterhaltung ausländischer Militärbasen auf ihren Hoheitsgebieten einverstanden sein.

Stuttgarter Zeitung v. 13. VI. 61

US-Politiker für neue Atomversuche

Präsident Kenndey ist einem wachsenden Druck der Befürworter neuer Atomversuche in den USA ausgesetzt. Gestern teilte der Vorsitzende des Ausschusses für Atomenergie im Kongreß, Holifield, mit, er habe Kennedy aufgefordert, die Kernwaffenversuche fortsetzen zu lassen. Auf der Genfer Atomkonferenz verdeutlichten unterdessen heftige gegenseitige Beschuldigungen die schwere Krise, in die die Verhandlungen über eine kontrollierte Einstellung der Atomversuche geraten sind.

Holfield sagte gestern vor der Presse, er habe bei Präsident Kennedy die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche unter der Erde beantragt. Er hoffe, daß das Weiße Haus „innerhalb einiger Wochen" eine entsprechende Anordnung treffen werde. Der demokratische Politiker sagte, seiner Ansicht nach müsse die Entwicklung moderner atomarer Waffen vorangetrieben werden, die „so revolutionär" seien, wie es die H-Bombe im Jahre 1949 gewesen sei. Er weigerte sich jedoch, diese Bemerkung zu erläutern; er beantwortete auch nicht die Frage, ob er an eine „Neutronen-Bombe" denke.

Der Mittag v. 15. VI. 61

Anhaltender Druck auf Kennedy

In den Vereinigten Staaten steigt der Druck der öffentlichen Meinung auf den Präsidenten, die Atomversuche wieder aufzunehmen, und Kennedy hat diesem Druck jetzt halb nachgegeben. Die Militärs wollen die Waffen ausprobieren, die ihnen die Erfinder versprochen haben, und die Industrie möchte sie produzieren. Die nationale Rechte will sich von den Russen nicht für dumm verkaufen lassen, und das China-Lobby hat Angst, daß über einen Vertrag zur Kontrolle der Atomtests Rotchina diplomatisch salonfähig wird.

Deutsche Zeitung v. 21. VI. 61

Besuch trotz Warnungen

Die Besuche amerikanischer Atom-Unterseeboote in verschiedenen Häfen der Welt seien trotz Warnungen führender Atom-Wissenschaftler erfolgt, behauptete jetzt die amerikanische Zeitung „Washington Post". Edward Teller, „Vater der Wasserstoffbombe", und Vizeadmiral Rickover, Schöpfer der Atom-U-Boote, hätten bereits im April 1960 davor gewarnt, Atom-U-Boote in dicht bevölkerte Häfen zu entsenden, um Strahlungsschäden zu vermeiden.

Bild am Sonntag v. 17./18. VI. 61

Mörderin Atombombe

300 000 Menschen wurden beim Abwurf der beiden Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945 auf der Stelle getötet. Diese Zahlen werden in einem Weißbuch angegeben, das der Japanische Rat gegen Atom- und Wasserstoffbomben (Gensuikyo) veröffentlicht hat.

Der Bericht ist von etwa einem Dutzend japanischer Wissenschaftler mit den Fachgebieten Medizin, Physik, Politik und Volkswirtschaft in zweieinhalb Jahren erarbeitet worden.

In dem Weißbuch wird behauptet, daß die schleichenden Strahlungsschäden bisher weitgehend unterschätzt worden seien. Allein in den vier Jahren von 1956 bis 1959 seien

noch 141 Personen in dem für die Atomopfer eingerichteten Spezialkrankenhaus in Hiroshima an den Folgen der Strahlen gestorben.

Auch auf die politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Atomabwürfe geht das Weißbuch ein. So seien im Jahre 1958 rund 40 vH der als „atomgeschädigt" registrierten männlichen Erwachsenen im Stadtgebiet von Hiroshima ohne Arbeit gewesen. Viele Verlobungen seien in die Brüche gegangen, nachdem sich herausstellte, daß der Partner ein Opfer der Atomstrahlungen war.

Die beteiligten Wissenschaftler wollen ihre Forschungen fortsetzen, um detaillierte Informationen über die Zusammenhänge zwischen Strahlungsschäden und Vererbung zu erhalten.

Kölnische Rundschau v. 17. VI. 61

Amerikanische Neutronen-Bombe wieder im Gespräch

Die mögliche Entwicklung einer Neutronenbombe wird nach einem Bericht der „New York Times" zur Zeit in der US-Regierung und in Wissenschaftlerkreisen „privat" erörtert. Wie die Zeitung am Sonntag meldete, beteiligte sich an der Diskussion nahezu die gleiche Gruppe von Wissenschaftlern, die vor zwölf Jahren an der Entwicklung der Wasserstoffbombe arbeitete. Die Neutronenbombe, heißt es in dem Bericht, werde im Gegensatz zu den bisherigen Atom- und Wasserstoffwaffen keine Zerstörungen und Tötungen durch Hitze- oder Sprengwirkungen nach der Explosion verursachen. Vielmehr würden alle Menschen in einem bestimmten Gebiet nach der Explosion durch plötzliche Neutronenstrahlen getötet werden.

Frankfurter Rundschau v. 26. VI. 61

Die Botschaft der Prager „Allchristlichen Friedensversammlung"

Die „Allchristliche Friedensversammlung" in Prag beendete am 17. Juni ihre fünftägigen Beratungen unter der Leitung von Theologieprofessor Dr. Hromadka mit der einstimmigen Annahme einer Botschaft an die Weltöffentlichkeit, in der es unter anderem heißt: „Mit großem Schmerz und tiefer Sorge sehen wir, daß große Teile der Christenheit den Auftrag unseres Herrn, der uns auf den Weg des Friedens, der Versöhnung und der Gerechtigkeit ruft, verleugnen, daß sie die Massenvernichtungsmittel pseudochristlich legitimieren, bestimmte Gesellschaftsordnungen für unabänderlich ausgeben und den Kalten Krieg gegen solche Völker schüren, die eine neue Gesellschaftsordnung aufbauen."

Die Botschaft wendet sich dann gegen die römisch-katholische Kirche, indem sie fortfährt: „Wir können nicht verschweigen, daß zahllose Mitchristen römisch-katholischen Bekenntnisses, die wie wir nach Frieden verlangen und sich mit uns um die Abwehr der Katastrophe des Kalten und des Heißen Krieges mühen, durch das praktische Verhalten vieler ihrer Kirchenführer in schwere Gewissenskonflikte kommen. Leitende kirchliche Stellen, auch Kreise im Vatikan, tragen leider dazu bei, daß der Geist des Kalten Krieges fortlebt."

Im Blick auf die Bedrohung der Welt durch atomare Waffen fordert die Botschaft Parlamente und Regierungen auf, dahin zu wirken, daß die Kernwaffenversuche eingestellt werden und über internationale Kontrollmaßnahmen eine Einigung erzielt wird. Dazu gehöre ein allgemeines Verbot aller Kernwaffen wie auch die Vernichtung der vorhandenen Bestände; dazu gehörten ferner alle Vorschläge zur Bildung von „Atomwaffenfreien Zonen" und zur Schaffung international garantierter „Neutralitätsverträge".

Zum Deutschland-Problem, das in einer besonderen Arbeitsgruppe der Versammlung behandelt wurde, stellt die Botschaft wörtlich folgendes fest: „Die ungelöste Deutschlandfrage ist eine gefährliche Wunde am Leibe Europas. Deshalb wenden wir uns an die Kirchen und Christen, an die Regierungen und an das Volk in beiden deutschen Staaten mit der Bitte, die besonderen deutschen Versuchungen zu erkennen, die in jeder Form der Aufrüstung, vor allem aber in der atomaren Aufrüstung liegen, und durch Verzicht darauf zum Frieden Europas und der Welt aktiv beizutragen." Im Blick auf die Entwicklungshilfe werden zum Schluß diejenigen Staaten, „die unerhört hohe Beträge für ihre Rüstungen aufwenden", daran erinnert, daß jede Einschränkung ihrer Rüstungsaufgaben wirtschaftliche Mittel freisetze, durch die Hunger und großes menschliches Elend in der

Welt gebannt werden könnten. In einer Arbeitsgruppe, die sich mit dem Thema des Kalten Krieges befaßte, kam es zu einer Auseinandersetzung über die Frage, wer vor wem mit Recht oder Unrecht Angst habe. „Viele Vertreter aus dem Osten meinen, daß die Bedrohung des Friedens nur vom Westen käme, während aus dem Westen darauf hingewiesen wurde, daß die Ausbreitung der kommunistischen Weltrevolution ebenfalls als eine Bedrohung empfunden wird." Abschließend macht der Bericht dieser Arbeitsgruppe auf die Gefahr aufmerksam, daß die „Prager Friedenskonferenz" selber im Kalten Krieg mißbraucht werden könne: „Daß auch unser Bemühen mißdeutet werden kann, ist uns bewußt. Wir meinen aber, daß wir uns in der Nachfolge Christi dem Rufe zu einer solchen Zusammenarbeit nicht entziehen können und daß schon die Tatsache unseres Zusammenseins ein Zeugnis gegen den Kalten Krieg ist."

Nach: Basler Nachrichten v. 21. VI. 61

Bundeswehr stellt Fallschirmjäger für NATO-„Feuerwehr"

Die sogenannte NATO-„Feuerwehr", die zur Zeit von dem NATO-Europabefehlshaber General Norstad aufgebaut wird, soll mit taktischen Atom-Artillerieraketen des amerikanischen Typs „Honest John" ausgerüstet werden. Diese bewegliche „Einsatztruppe" der NATO soll sich aus fünf verstärkten Bataillonen zusammensetzen, die von fünf NATO-Staaten zu stellen sind. Die „Feuerwehr" soll zu Land, über See und im Luftwege eingesetzt werden können, um vor allem die Flanken der NATO-Front zu schützen. Die Bundeswehr wird ein Fallschirm-Bataillon stellen.

Hamburger Echo v. 22. VI. 61

Himmelstadt gegen „Himmelfahrts-Kommando"

Der Gemeinderat hat in einer internen Sitzung den Antrag der Bundeswehr, an der gemeindeeigenen Stahlbrücke über den Main „Vorrichtungen für eine eventuelle Sprengung im Ernstfall" anbringen zu dürfen, abgelehnt. Die Brücke liegt unmittelbar neben dem Rhein-Main-Donau-Kraftwerk und verbindet die zwei Ortsteile der 1250 Einwohner zählenden Gemeinde. Die Brücke wurde 1906/07 auf Gemeindekosten gebaut. 1945 wurde sie in den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs sinnlos zerstört. Der Wiederaufbau nach dem Krieg ging zu Lasten der Gemeinde Himmelstadt.

Süddeutsche Zeitung v. 16./17. VI. 61

Nach 16 Jahren Ritterkreuz

Sechzehn Jahre nach Kriegsende erhielt jetzt ein ehemaliger Oberleutnant einer Panzereinheit — Hans Walz aus Hallstadt im Landkreis Bamberg — das Ritterkreuz samt Besitzurkunde zugestellt. Dem ehemaligen Oberleutnant Walz, der jetzt Mühlenbesitzer ist, war am 14. April 1945 das Ritterkreuz verliehen worden. Er hatte sich zu dieser Zeit aber schon verwundet in amerikanischer Gefangenschaft befunden. Das Bundesarchiv Cornelimünster bei Aachen stellte ihm nun die Auszeichnung zu.

Rheinische Post v. 17. VI. 61

Aufrüstung und „christliche Haltung"

Mit den Worten: „Möge dieser Bau zum geistigen Zentrum der Ausbildungsarbeit der Luftwaffe werden, dem Wohle unseres Volkes und dem Frieden der Welt dienen, eine Pflanzstätte abendländischer Gesinnung und c h r i s t l i c h e r H a l t u n g werden", hat der Inspekteur der Luftwaffe, General Kammhuber, am Dienstag auf dem Flugplatz Neubiberg bei München den Grundstein für den Neubau der Offiziersschule der Luftwaffe und der H ö h e r e n T e c h n i s c h e n S c h u l e d e r L u f t w a f f e gelegt. Der Bau wird bis zur Fertigstellung im Herbst 1963 etwa 20 bis 25 Millionen Mark kosten. Zugleich müssen in Neubiberg die gesamten Versorgungsanlagen saniert oder neu geschaffen werden, weil die bisherigen veraltet oder nicht mehr ausreichend sind.

FAZ v. 7. VI. 61

Adenauer „stöhnt unter dem Grundgesetz"

Auf einer Studentenveranstaltung in Würzburg erklärte gestern Bundeskanzler Adenauer: „Manchmal stöhne ich unter dem Grundgesetz. Wenn Sie sich nur vorstellen die

Geschichte mit dem zweiten Fernsehen. Hätte man uns gewähren lassen, das deutsche Volk hätte schon längst ein sehr gutes Kontrastprogramm. Es wäre schon alles fix und fertig. Aber wie es jetzt wird, weiß niemand. Ich werde mir das zweite Programm nicht ansehen. Ich kann meine Zeit besser brauchen als dieses Programm anzusehen."

Hamburger Echo v. 8. VI. 61

Manteuffel begnadigt

Der ehemalige deutsche Panzergeneral Hasso von Manteuffel ist vier Monate nach Antritt seiner Gefängnisstrafe von 18 Monaten begnadigt worden. Der ehemalige prominente Abgeordnete der Freien Demokraten war am 21. August 1959 wegen Totschlag als Truppenkommandeur während des Krieges verurteilt worden, hatte seine Haft jedoch erst nach Verwerfung seiner Revision am 17. Februar dieses Jahres angetreten. Der General ließ im Januar 1944 als Divisions-Kommandeur an der Ostfront einen Gefreiten wegen angeblicher Feigheit vor dem Feind erschießen, obwohl ein Kriegsgericht den Soldaten nur zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt hatte. Die Begnadigung von Manteuffels hat der Justizminister von Nordrhein-Westfalen, Otto Flehinghaus, in der vergangenen Woche ausgesprochen. Der Ex-General und ehemalige Politiker ist nach Neuss am Ammersee zurückgekehrt.

Basler Nachrichten v. 20. VI. 61

„In Sorge um die Truppe ..." (Zur Begnadigung Manteuffels)

Völlig unbegreiflich ist jedoch, wie Nordrhein-Westfalens Justizminister Flehinghaus seinen Gnadenakt begründet: Abgesehen vom schlechten Gesundheitszustand des heute 64 Jahre alten Generals ist berücksichtigt worden, daß er damals „in Sorge um das Schicksal der ihm anvertrauten Truppe" eine Fehlentscheidung traf. Unbegreiflich ist das deshalb, weil sowohl das Schwurgericht Düsseldorf als auch der Bundesgerichtshof mit aller Eindeutigkeit Manteuffels Rechtfertigungsgründe zurückwiesen und sein Verhalten als „überhebliche Willkür" charakterisierten. Selbst wenn man berücksichtigt, daß im September gewählt wird und Flehinghaus ein prominenter Vertreter der CDU ist — so weit sollte es doch nicht gehen, daß ein Justizminister mit einer derartigen Urteilsschelte in den Wahlkampf eingreift.

Frankfurter Rundschau v. 21. VI. 61

Notstandsgesetz in Südkorea

Die regierende Militärjunta in Südkorea hat am Dienstag ein neues Notstandsrecht verkündet, das an die Stelle der nach dem Putsch außer Kraft gesetzten Teile der Verfassung treten soll und dem Rat der Offiziere weitreichende Vollmachten in der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung einräumt.

Gleichzeitig beschloß die Militärjunta, ihren Vorsitzenden, General Tschang Do-jung, von seinen Pflichten als Verteidigungsminister und Armeeoberbefehlshaber zu entbinden, damit er sich ganz seiner Aufgabe als Regierungschef widmen kann.

Die neuen Bestimmungen geben den Militärs das Recht, Taten, die bis zur Machtergreifung der Armee am 16. Mai als mit den Gesetzen vereinbar galten, nachträglich unter Strafe zu stellen. Eine gewählte Nationalversammlung soll nicht eher zusammentreten, als nicht die „Ziele der Revolution erreicht" seien.

Die Welt v. 7. VI. 61

Rechtsextremisten in Japan aktiv

InTokio ist angeblich eine Verschwörung von Offizieren der Armee aufgedeckt worden. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, werden die Ermittlungen jedoch streng geheim gehalten, da die Regierung durch Bekanntwerden der Verschwörung einen Prestigeverlust im befreundeten Ausland befürchtet.

Sprecher der Verteidigungsstreitkräfte und des japanischen Außenministeriums haben alle diesbezüglichen Gerüchte dementiert. Aus Kreisen innerhalb und außerhalb der Regierung ist jedoch bekannt geworden, daß die Verschwörung im vergangenen Monat kurz vor dem Militärputsch in Südkorea entdeckt wurde. Es soll sich um eine Gruppe junger, in Tokio stationierter Offiziere handeln, die gegen die nach ihrer Ansicht zu weiche Po-

litik des Ministerpräsidenten Ikeda gegenüber den Kommunisten opponieren. Sie sollen ferner den Zusammenbruch der Wirtschaftspolitik der Regierung, die eine Verdoppelung der Einkommen erreichen will, vorausgesagt und für diesen Fall einen Aufstand der gesamten Armee geplant haben. Die Offiziere sollen von rechtsextremen Kreisen beeinflußt gewesen sein. Wie verlautet, sollen die Verschwörer nicht abgeurteilt, sondern auf andere Posten versetzt werden.

Neue Zürcher Zeitung v. 8. VI. 61

Guerilla-Experten der USA nach Südvietnam

Siebzig Experten für Guerilla- und Dschungelkrieg aus den Vereinigten Staaten sind in der südvietnamesischen Hauptstadt Saigon eingetroffen. Sie sollen die Streitkräfte des Präsidenten Ngo Dinh Diem in ihrem Kampf gegen die prokommunistischen Viet-Cong-Rebellen beraten. Die Militär-Instrukteure aus Amerika werden die Truppen der südvietnamesischen Armee in neuen Methoden der Dschungelkriegführung unterrichten, jedoch nicht selbst in die Kämpfe eingreifen.

Die Welt v. 14. VI. 61

Resolution der Europäischen Konferenz 1961

Die Europäische Konferenz fand in der Zeit vom 9. bis 11. Juni 1961 in Oslo statt. Sie wurde von einer Gruppe von Persönlichkeiten des öffentlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Lebens einberufen und unterstützt. Zu dieser Gruppe gehörten unter anderen: Carl Bonnevie (Norwegen), Bertrand Russell, Anthony Greenwood, Tom Driberg (Großbritannien), Danilo Dolci (Italien), Martin Niemöller, Arno Behrisch (Bundesrepublik), Anna Seghers (DDR), August Spångberg, Gunnar Myrdal (Schweden), Michail Nesterow, Ilja Ehrenburg (UdSSR), Leopold Infeld (Polen), Vercors, Bernard Lavergne (Frankreich), Miroslav Vitorovic (Jugoslawien) und andere.

An dieser Konferenz beteiligten sich Persönlichkeiten aus: Belgien, Bulgarien, Dänemark, aus der Bundesrepublik, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Holland, Italien, Jugoslawien, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, aus der Schweiz, der Tschechoslowakei, Ungarn und der UdSSR.

Die politische Resolution der Konferenz hat folgenden Wortlaut:

Die Teilnehmer dieser Konferenz sind der Auffassung, daß die nachstehenden Tatsachen und Überlegungen in ihren Ländern möglichst weitgehend propagiert, verstanden und anerkannt werden sollen:

1. Europa und die Militärblöcke

Die Menschheit lebt heute im Schatten des Todes, weil die Welt in rivalisierende Militärblöcke gespalten ist, die sich in einem Wettlauf um die Kernwaffen befinden. Dieser ist das Ergebnis der Tatsache, daß bald nach dem Krieg die Großmächte ihre wechselseitigen Beziehungen wieder auf die Politik des Gleichgewichts der Macht ausrichteten und sie auf gegnerische Bündnisse stützten.

Aber die Geschichte zeigt, daß jedes Wettrüsten mit Krieg endet. Die sogenannte atomare Abschreckungsstrategie ist eine atomare Vernichtungsstrategie. Mit Waffen, die alles zerstören würden, ist es nicht möglich, irgend etwas zu verteidigen. Die Annahme jeder Seite, daß die andere angreifen will, ist falsch. Es mag wohl machtvolle Interessen an Kriegsvorbereitungen und am Kalten Krieg geben; aber grundlegend wird das Wettrüsten durch gegenseitige Furcht und Argwohn aufrechterhalten und keine der beiden Seiten will die andere angreifen. Je mehr sich beide für einen sofortigen Krieg gegen die imaginäre Gefahr einer Aggression vorbereiten, um so größer wird die wirkliche Gefahr eines Zwischenfalles, der zu einem fürchterlichen Unglück führen kann.

Die derzeitige Spaltung der Welt begann mit der Spaltung Europas, jener historisch entstandenen Einheit von Kultur und Tradition. Die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Angelegenheiten Europas können aber auch nicht realistisch diskutiert werden, ohne den Einfluß des riesenhaften Ausläufers von Europa, der Vereinigten Staaten von Amerika, zu berücksichtigen.

2. Die Vereinten Nationen und Europa

Die gemeinsame Grundlage für die Wiederherstellung der Einheit Europas ist die

Charta der Vereinten Nationen, denn fast alle Staaten Europas einschließlich der Mitglieder der beiden Militärblöcke gehören den Vereinten Nationen an und haben sich verpflichtet, die Ziele, Grundsätze und Verpflichtungen ihrer Charta zu respektieren. Die Charta wurde — wie der Generalsekretär der Vereinten Nationen in seinem ersten Jahresbericht an die Generalversammlung darlegte — auf die grundlegende Voraussetzung gestützt, daß die Großmächte, die ständige Mitglieder des Weltsicherheitsrates sind, im Geiste des gegenseitigen Verstehens und des Kompromißwillens nach Verständigung streben und ihre Bemühungen nicht aufgeben würden, bis eine solche Verständigung erreicht worden ist.

3. Disengagement und kollektive Sicherheit

Die ernsteste Gefahr besteht in Europa entlang der Grenzlinie der militärischen Kräfte der NATO und der Staaten des Warschauer Vertrages. Dieser Gefahr muß durch die Politik des Disengagements begegnet werden, d. h. durch die Herstellung einer möglichst breiten und sich rasch ausdehnenden Zone, aus der alle ausländischen Streitkräfte abgezogen würden und innerhalb derer die konventionellen Streitkräfte der dieser Zone angehörenden Staaten unter internationaler Kontrolle verringert und begrenzt und alle Kernwaffen, Basen und Abschußrampen usw. verboten werden. Die Staaten dieser Zone würden aufhören Mitglieder irgend eines Militärbündnisses zu sein, würden aber andererseits wie alle anderen europäischen Staaten Partner eines im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen stehenden gesamteuropäischen kollektiven Sicherheitsvertrages sein.

Das im Rapacki-Plan offiziell vorgeschlagene Mindestgebiet für eine militärisch verdünnte Zone schließt ganz Deutschland ein. Die rumänische und die sowjetische Regierung haben ihrerseits Vorschläge gemacht, die dazu führen würden, die Disengagementzone auf Nordeuropa und in Südosteuropa auf beide Seiten der Adria auszudehnen. Nichtoffizielle Pläne wie die der Labour-Party und der SPD, die in weiten Kreisen Unterstützung finden, sehen sogar ein größeres Gebiet in Mitteleuropa vor. Die Realisierung eines Disengagements in diesem Ausmaß würde die Liquidierung des NATO- und des Warschauer Bündnisses und deren Ersetzung durch das obenerwähnte gesamteuropäische kollektive Sicherheitssystem mit sich bringen.

4. Abrüstung

Die Abrüstung ist der Prüfstein und die Krönung einer Politik der Beendigung des Kalten Krieges und der Verwirklichung der friedlichen Koexistenz. Unserer Meinung nach ist die allgemeine Abrüstung unter entsprechenden Kontrollformen das einzige praktische Ziel. Eine solche Kontrolle muß der Durchführung der Beschlüsse der Abrüstung dienen und darf der Abrüstung nicht vorangehen oder in Formen erfolgen, die in keiner Beziehung zum tatsächlichen Prozeß der Abrüstung stehen.

5. Die Wiedervereinigung Deutschlands

Die deutsche Wiedervereinigung wird nur im Rahmen einer Politik der Abrüstung, des Disengagements und einer gesamteuropäischen kollektiven Sicherheit — wie sie bereits beschrieben wurde — zu Einheit und Frieden in Europa beitragen. Es ist tatsächlich eine Frage von Leben und Tod, zu erkennen, daß eine gewaltsame Vereinigung Deutschlands unmöglich ist und ein solcher Versuch einen Weltkrieg beschleunigen würde. Darüber hinaus könnte der Versuch der einen oder anderen Seite, Differenzen — wie z. B. über die Rechte Ostdeutschlands oder über den Status von Westberlin — durch Androhung von Gewalt auszunutzen, statt die friedlichen Mittel, die in der UNO-Charta vorgeschrieben sind, anzuwenden, die endgültige Katastrophe herbeiführen. Friedliche Methoden der Vereinigung setzen die Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten und die endgültige Annahme der gegenwärtigen Grenzen Deutschlands voraus.

6. Schlußfolgerung

Wir glauben, daß man auf der Grundlage dieser Hinweise den toten Punkt überwinden und so an die so überaus dringende Aufgabe der Errichtung des Friedens herangehen kann. Wir glauben auch, daß die Völker Europas, indem sie für diese Aufgabe wirken, den Weg finden, ihre Differenzen zu überwinden, ihre Einheit wiederfinden und ein Gefühl für die Sendung in dieser Welt gewinnen, die des Kontinents würdig ist, der die Wiege der westlichen Zivilisation war.

Deutschland-Vorschläge des Bundestagsabgeordneten Arno Behrisch

Am 22. Juni habe ich die Fraktionsvorsitzenden der CDU, SPD und FDP in einem Schreiben aufgefordert, trotz der zu Ende gehenden Legislaturperiode und ungeachtet der bereits festgelegten Bundestagsferien eine außenpolitische Debatte im Bundestag abzuhalten, um die durch das sowjetische Deutschland-Memorandum entstandene Situation zu erörtern. Obwohl es zu keiner Stunde notwendiger gewesen wäre, daß der Bundestag als oberste Volksvertretung entsprechend seiner Verantwortung die bevorstehenden Entscheidungen ernsthaft prüft und diese nicht den einsamen Entschlüssen des Bundeskanzlers überläßt, hat es die Mehrheit der Bundestagsparteien für ratsam gehalten, der notwendigen Debatte aus dem Weg zu gehen. Durch diesen Beschluß der Fraktionsgeschäftsführer sehe ich mich genötigt, die Vorschläge, die ich als Abgeordneter der Deutschen Friedens-Union in dieser Debatte unterbreiten wollte, auf diesem Weg der Presse und der Öffentlichkeit zu übergeben. *gez. Arno Behrisch*

Zur Deutschlandfrage

Das sowjetische Deutschland-Memorandum hat uns in eine Situation gestellt, die Entscheidungen unausweichlich macht. Entscheiden wir uns in den kommenden Wochen gegen Friedensverhandlungen mit den ehemaligen Siegermächten, wird der einseitige Abschluß eines Friedensvertrages zwischen der DDR und den Ostblockstaaten die Folge sein. Die Bundesregierung sollte ernst überlegen, ob sie die weitreichenden Folgerungen, die sich aus einem solchen Vertragsabschluß letztlich für ganz Deutschland ergeben, verantworten kann.

Kommt es hingegen zu einer Friedenskonferenz, auf der für beide Teile Deutschlands in gleicher Weise verbindliche friedensvertragliche Regelungen ausgehandelt werden, dann könnte in Erfüllung gehen, was Millionen deutscher Atomwaffen-Gegner und alle an der Wiedervereinigung interessierten Deutschen seit Jahren ersehnen und worum sie sich seit Jahren bemühen:

- Die atomare Aufrüstung könnte durch einen Friedensvertrag unterbunden werden.
- Die Herauslösung Deutschlands aus den gegensätzlichen militärischen Blöcken könnte in einem Friedensvertrag vereinbart werden.
- Die Neutralität Deutschlands, etwa nach dem Modell Österreichs, könnte vertraglich festgelegt und von sämtlichen Unterzeichnerstaaten des Friedensvertrags garantiert werden.

Der Krieg ist kein Mittel der Politik mehr. Die Wiedervereinigung Deutschlands kann folglich nur auf dem friedlichen Weg des Verhandelns, auf dem Weg der schrittweisen Annäherung beider Teile Deutschlands, erreicht werden. Durch entsprechende friedensvertragliche Abmachungen läßt sich der Weg zu einem atomwaffenfreien, neutralen Deutschland freilegen. Es ist deshalb nicht wahr, daß ein Friedensvertrag die Spaltung Deutschlands „zementiere". Im Gegenteil: er schafft die ersten Voraussetzungen für eine Wiederannäherung.

Zu allererst hat ein mit West und Ost abgeschlossener Friedensvertrag jedoch einen Vorzug: er nimmt von uns Deutschen die drohende Atomkriegsgefahr. Die auf unserem Boden feindselig gegeneinanderstehenden Armeen waren für unser Volk seit Kriegsende eine latente Gefahr. Seit sich aber die Bundesregierung darum bemüht, deutsche Truppen mit atomaren Sprengkörpern auszurüsten, ist die Gefahr ins Unermeßliche gestiegen. Ein für Deutschland tödlicher Konflikt mit atomaren Waffen kann jederzeit ausbrechen, zumal die politischen Spannungen, die sich aus dieser wahnwitzigen Rüstungspolitik in und um Deutschland ergeben, von Jahr zu Jahr wachsen. Ein Friedensvertrag, der die atomare Bewaffnung beider Teile Deutschlands unterbindet und die Rüstung in beiden deutschen Teilstaaten stufenweise auf ein Minimum herabsetzt, befreit unser Volk aus dieser explosiven Situation und garantiert uns Sicherheit.

Eine verantwortungsbewußte deutsche Regierung müßte deshalb mit all ihrer Kraft dafür sorgen, daß durch eindeutige friedensvertragliche Regelungen eine Ausgangsbasis geschaffen wird, die es ermöglicht, die Ziele aller vernünftigen Deutschen, nämlich Entspannung, Frieden und Wiedervereinigung, zu verwirklichen. Eine deutsche Regierung, die es unterläßt, diese elementaren deutschen Interessen bei zukünftigen Friedensverhandlungen zu vertreten, versäumt in einem geschichtlich entscheidenden Augenblick ihre Pflicht gegenüber Deutschland.

Die deutsche Friedensregelung

Ausgehend von den deutschen Interessen: der Entspannung, der Sicherung des Friedens in Europa sowie der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands, für deren Verwirklichung ein Friedensvertrag mit ganz Deutschland die Voraussetzung sein kann, schlagen wir vor:

1. Einberufung einer Friedenskonferenz, an der alle Staaten beteiligt sind, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befanden. An der Konferenz nehmen von deutscher Seite die Bundesregierung und die Regierung der DDR als gleichberechtigte Partner teil.

2. Um diejenigen deutschen Forderungen, die vor allem im Interesse einer künftigen Wiedervereinigung Deutschlands unerläßlich sind, wirkungsvoll gegenüber den Siegermächten zur Geltung zu bringen, unternimmt die Bundesregierung den Versuch, bis zum Zeitpunkt des Zusammentretens der Friedenskonferenz in Verhandlungen mit der Regierung der DDR zu ermitteln, ob es möglich ist, trotz aller Unterschiedlichkeit der Auffassungen in bestimmten elementaren Grundfragen zu einer Übereinstimmung zu gelangen. Läßt sich eine solche Plattform minimaler Gemeinschaft finden, so verpflichten sich beide deutsche Regierungen, diese gemeinsame Position gegenüber den Siegermächten als deutschen Standpunkt zu vertreten.

Grundsätze einer deutschen Friedensregelung

Im einzelnen müßte ein mit beiden Teilen Deutschlands abgeschlossener Friedensvertrag folgende Grundsätze enthalten:

1. Recht auf Wiedervereinigung

Das Recht der Deutschen auf Wiedervereinigung muß von allen Unterzeichnerstaaten vertraglich garantiert werden.

2. Entspannung — Rüstungsverminderung — Neutralität

Alle Teilnehmerstaaten verpflichten sich, Deutschland aus dem internationalen Spannungsfeld herauszulösen, um seinen Frieden zu sichern und die deutsche Wiedervereinigung zu erleichtern.

Beide Teile Deutschlands verpflichten sich, keine Atomwaffen herzustellen oder auf ihrem Territorium zu lagern sowie keine Atom- oder Raketenstützpunkte auf deutschem Boden zu dulden.

Beide deutsche Regierungen verpflichten sich, innerhalb einer bestimmten Frist aus den Militärpakten (NATO und Warschauer Pakt) auszuscheiden. Die ausländischen Streitkräfte werden in vertraglich festzulegenden Etappen aus beiden Teilen Deutschlands abgezogen. Ausländische Militärstützpunkte dürfen danach auf deutschem Territorium nicht mehr errichtet werden.

Der Friedensvertrag legt die Neutralität der beiden deutschen Staaten und des späteren Gesamtdeutschland vertraglich fest. Alle Teilnehmerstaaten der Konferenz verpflichten sich, zum Schutz dieser Neutralität analog den im österreichischen Staatsvertrag enthaltenen Bestimmungen.

Beide Teile Deutschlands verpflichten sich, keinen anderen Staat anzugreifen, nicht an Militärpakten, die gegen Teilnehmerstaaten der Friedenskonferenz gerichtet sind, teilzunehmen und ihre Streitkräfte nur zum Schutz der eigenen Grenzen zu verwenden.

Beide deutsche Staaten verpflichten sich, innerhalb einer festzulegenden Frist eine gemeinsame Rüstungsbegrenzung und Rüstungsverminderung in Deutschland festzulegen und alle verbleibenden innerdeutschen Fragen nur mit friedlichen Mitteln zu lösen. Sie schließen ein Abkommen über gegenseitigen Gewaltverzicht.

3. Wiederherstellung der vollen Souveränität — Aufnahme in die UNO

Mit dem Abschluß des Friedensvertrages erkennen alle Unterzeichnerstaaten die volle Souveränität Deutschlands an. Alle Einschränkungen der deutschen Souveränitätsrechte und alle gegen Deutschland noch bestehenden Diskriminierungen werden aufgehoben.

Mit dem Abschluß des Vertrages erlöschen alle Ansprüche auf Reparationen, die an Deutschland auf Grund der Kriegshandlungen gestellt worden sind.

Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, für die Aufnahme Deutschlands in die UNO einzutreten. Bis zur deutschen Wiedervereinigung nehmen beide deutsche Staaten stellvertretend für ganz Deutschland den Platz in der UNO ein.

Wie die Teilnehmerstaaten der Friedenskonferenz gemeinsam die Unverletzlichkeit der bestehenden deutschen Grenzen garantieren, so garantiert Deutschland seinerseits die Grenzen seiner Nachbarstaaten und stellt keinerlei Gebietsforderungen.

Der Friedensvertrag legt für die deutsche Wirtschaft das Recht auf ungehinderte Entfaltung fest und garantiert die Freiheit des deutschen Handels mit allen Teilnehmerstaaten der Konferenz ohne jegliche Benachteiligung oder Diskriminierung.

4. Berlin

Der Friedensvertrag bestimmt Berlin zur Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands. Bis dahin verpflichten sich alle Teilnehmerstaaten der Konferenz, den von der gleichen Konferenz ausdrücklich vereinbarten Status Westberlins als Interims-Lösung zu respektieren. Für Deutschland ist dabei jede Interims-Lösung annehmbar, die die völlige Freiheit der West-Berliner Bevölkerung garantiert, innerhalb Westberlins über ihre Angelegenheiten auf der Grundlage einer unangetasteten Demokratie selbst zu bestimmen, und die die Verbindung West-Berlins mit der Bundesrepublik und dem übrigen westlichen Ausland eindeutig sicherstellt.

Die Bundesrepublik wird in den Kreis der Garantiemächte für die Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten West-Berlins durch ausländische Mächte einbezogen.

Alle Teilnehmerstaaten verpflichten sich, auf die aus dieser Interimslösung ihnen evtl. zukommenden Rechte in West-Berlin zu verzichten, wenn die Einheit Deutschlands wiederhergestellt ist.

5. Unterzeichnung

Der Friedensvertrag wird auf deutscher Seite vom Bundestag der Bundesrepublik Deutschlands und von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik ratifiziert. Beide deutschen Regierungen unterzeichnen den Friedensvertrag stellvertretend für eine künftige gesamtdeutsche Regierung.

Vom Friedensvertrag zum wiedervereinigten Deutschland

Nach dem Abschluß des Friedensvertrages mit beiden Teilen Deutschlands oder bereits während der Verhandlungen über diesen Vertrag sollen Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Regierungen stattfinden, die auf der Grundlage des Deutschlandplanes der SPD eine stufenweise Annäherung der beiden deutschen Teilstaaten zum Ziel haben.

Die erste Stufe der Annäherung wäre, dem Deutschlandplan der SPD folgend, eine paritätisch zusammengesetzte gesamtdeutsche Kommission zur Regelung der Fragen der innerdeutschen Beziehungen.

Die zweite Stufe stellt die Einberufung eines paritätisch zusammengesetzten gesamtdeutschen Rates dar, der eine gesamtdeutsche Verfassung und die Wahl einer gesamtdeutschen Nationalversammlung vorbereitet.

Auf der dritten Stufe würde die gesamtdeutsche Nationalversammlung auf der Basis einer vom ganzen deutschen Volk angenommenen Verfassung den Schritt zur Wiedervereinigung Deutschlands vollziehen.

In demselben Zeitraum sollten sich beide deutsche Regierungen darum bemühen, den Abschluß einer vertraglichen Vereinbarung über eine kernwaffenfreie und militärisch verdünnte Zone in Mitteleuropa zu fördern, wie sie gleichfalls im Deutschlandplan der SPD vorgeschlagen ist. Das künftige neutrale Gesamtdeutschland soll Bestandteil dieser entspannten Zone in Mitteleuropa sein.

*

Da wir die Schwierigkeiten kennen, die der Verwirklichung dieser Vorschläge entgegen stehen, werden wir an die Regierungen neutraler und blockfreier Staaten, vor allem an die Regierungen Österreichs, Indiens und Brasiliens, mit der Bitte herantreten, bei der Bundesregierung und der Regierung der DDR im Sinne der hier entwickelten Vorstellungen zu vermitteln.

Wir erklären außerdem unsere Bereitschaft, im nächsten Bundestag mit der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion auf der Grundlage des Deutschland-Planes der SPD zusammenzuarbeiten, um die Grundsätze dieses Planes, die mit unseren Vorstellungen übereinstimmen, im Interesse des ganzen deutschen Volkes in gemeinsamer Anstrengung zu verwirklichen.

Bemerkungen

Heinz A b o s c h wurde 1918 in Magdeburg geboren. Besuch der höheren Schule. 1933 Emigration nach Frankreich. Von 1935 bis 1937 Besuch der Kunstakademien in Straßburg und Paris, publizistische Tätigkeit. Widerstand im besetzten Frankreich. 1944 von der Gestapo verhaftet. Nach dem Kriege Publizist. Von 1951 bis 1956 Korrespondent des „Vorwärts" in Paris. Seitdem Mitarbeit an den „Werkheften katholischer Laien", „Les Temps modernes" usw. Veröffentlichte 1960 in Paris einen Essay „L'Allemagne sans miracle" bei Julliard.

Albrecht B a u s c h, geboren 1929 in Heilbronn, Studium der Theologie in Tübingen und Basel, seit 1955 Vikar in Württemberg, z. Zt. in Ebersbach/Fils. Seit 1958 tätig in der Anti-Atom-Bewegung und in der Kirchlichen Bruderschaft. Veröffentlichungen: „Politische Predigt und atomare Aufrüstung", Herbert Reich-Verlag, Hamburg-Bergstedt 1961.

Prof. Dr. phil. Erich Gabriel (von) K a h l e r wurde 1885 in Prag geboren. Nach seiner Promotion an der Universität Wien (1911) lehrte er bis zu seiner Emigration aus dem Dritten Reich in München und Heidelberg Geschichte und Geschichtsphilosophie. Seit 1947 ist Kahler Professor für Deutsche Literatur an der Cornell University, Ithaca, USA. 1955/56 war er Gastprofessor an der Universität Manchester in England. Er ist u. a. Korrespondierendes Mitglied der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung sowie seit 1949 Mitglied des „Institute for Advanced Study" in Princeton. Zu Kahlers bekanntesten Buchveröffentlichungen gehören: Weltgesicht und Politik (1916); Das Geschlecht Habsburg (1919); Der Beruf der Wissenschaft (1920); Israel unter den Völkern (1936, Zürich); Der deutsche Charakter in der Geschichte Europas (1937, Zürich); Man the Measure, An new Approach to History (1943, New York); Die Verantwortung des Geistes (1952); The Tower and the Abyss, Inquiry into the Transformation of the Individual (1957, New York; deutsche Ausgabe in Vorbereitung).

Emanuel Salomon S a c h s gilt als einer der besten Afrikakenner der westlichen Welt. Durch eine Reihe von Buchveröffentlichungen, vor allem mit dem Werk „Rebel's Daughters", wurde er auch in Deutschland bekannt. In der Südafrikanischen Union war E. S. Sachs viele Jahre lang Generalsekretär der Gewerkschaft der Oberbekleidungsnäher, bis er wegen seines konsequenten Eintretens gegen die Rassendiskriminierung der südafrikanischen Regierung des Landes verwiesen wurde. Heute lebt er in London.

Es schrieben bisher u. a.:

Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB
Arno Behrisch, MdB
Schalom Ben-Chorin
General a. D. Dr. Franz Beyer
Lucie Beyer, MdB
Dr. Wilhelm R. Beyer
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Dr. Gerhard Caemmerer †
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Wolf Donner
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann, MdB
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
RA Erwin Fischer
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt)
Major a. D. Hans Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i.R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. D. Emil Fuchs
Dr. Werner Gerth
Albrecht Goes
Prof. Gerhard Gollwitzer
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Walter Hagemann
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Esther Sophia Hayfron
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig
Dr. Elsa Hennings
Dr. Hans Henrich
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Dr. Walther Herbst
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Dr. Viktor Kadalie
Alexander Karev
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Wilhelm von Kleist
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Dr. Eugen Kogon
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Dr. Bodo Manstein
Wladimir Massitsch
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB
Herbert Mochalski
Dr. Girya K. Mookerjee
Prof. Dr. Wilhelm Müller
Hans Nätscher
Peter Nellen, MdB
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Adolf Schmidt
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Rolf von Schoen
Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr. Hans-Joachim Tepe
Reinhard Tietz
P. A. Timberlake
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Hellmut Traub
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Philipp Wehr, MdB †
Johannes Weidenheim
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka

E Rechtsanwalt Dr. Heinrich Bock
Ehrenstr. 84/86
1800 3165

Bemerkungen

Heinz A b o s c h wurde 1918 in Magdeburg geboren. Besuch der höheren Schule. 1933 Emigration nach Frankreich. Von 1935 bis 1937 Besuch der Kunstakademien in Straßburg und Paris, publizistische Tätigkeit. Widerstand im besetzten Frankreich. 1944 von der Gestapo verhaftet. Nach dem Kriege Publizist. Von 1951 bis 1956 Korrespondent des „Vorwärts" in Paris. Seitdem Mitarbeit an den „Werkheften katholischer Laien", „Les Temps modernes" usw. Veröffentlichte 1960 in Paris einen Essay „L'Allemagne sans miracle" bei Julliard.

Albrecht B a u s c h, geboren 1929 in Heilbronn, Studium der Theologie in Tübingen und Basel, seit 1955 Vikar in Württemberg, z. Zt. in Ebersbach/Fils. Seit 1958 tätig in der Anti-Atom-Bewegung und in der Kirchlichen Bruderschaft. Veröffentlichungen: „Politische Predigt und atomare Aufrüstung", Herbert Reich-Verlag, Hamburg-Bergstedt 1961.

Prof. Dr. phil. Erich Gabriel (von) K a h l e r wurde 1885 in Prag geboren. Nach seiner Promotion an der Universität Wien (1911) lehrte er bis zu seiner Emigration aus dem Dritten Reich in München und Heidelberg Geschichte und Geschichtsphilosophie. Seit 1947 ist Kahler Professor für Deutsche Literatur an der Cornell University, Ithaca, USA. 1955/56 war er Gastprofessor an der Universität Manchester in England. Er ist u. a. Korrespondierendes Mitglied der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung sowie seit 1949 Mitglied des „Institute for Advanced Study" in Princeton. Zu Kahlers bekanntesten Buchveröffentlichungen gehören: Weltgesicht und Politik (1916); Das Geschlecht Habsburg (1919); Der Beruf der Wissenschaft (1920); Israel unter den Völkern (1936, Zürich); Der deutsche Charakter in der Geschichte Europas (1937, Zürich); Man the Measure, An new Approach to History (1943, New York); Die Verantwortung des Geistes (1952); The Tower and the Abyss, Inquiry into the Transformation of the Individual (1957, New York; deutsche Ausgabe in Vorbereitung).

Emanuel Salomon S a c h s gilt als einer der besten Afrikakenner der westlichen Welt. Durch eine Reihe von Buchveröffentlichungen, vor allem mit dem Werk „Rebel's Daughters", wurde er auch in Deutschland bekannt. In der Südafrikanischen Union war E. S. Sachs viele Jahre lang Generalsekretär der Gewerkschaft der Oberbekleidungsnäher, bis er wegen seines konsequenten Eintretens gegen die Rassendiskriminierung der südafrikanischen Regierung des Landes verwiesen wurde. Heute lebt er in London.